



# Landtag von Baden-Württemberg

31. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 15. März 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 9:32 Uhr

Mittagspause: 12:45 bis 14:00 Uhr

Schluss: 15:49 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	1641	<b>Rechtsextremismus im Internet und in sozialen Netzwerken</b> – Drucksache 15/1069 . . . . .	1663
1. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – <b>Geplante Polizeiform</b> – Drucksache 15/1188 . . . . .	1641	Abg. Florian Wahl SPD . . . . .	1663
Abg. Thomas Blenke CDU . . . . .	1641, 1650	Abg. Winfried Mack CDU . . . . .	1664
Abg. Petra Häffner GRÜNE . . . . .	1643	Abg. Alexander Salomon GRÜNE . . . . .	1665
Abg. Nikolaos Sakellariou SPD . . . . .	1644	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .	1666
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .	1646	Minister Reinhold Gall . . . . .	1666
Minister Reinhold Gall . . . . .	1647	Beschluss . . . . .	1668
Beschluss . . . . .	1652	4. Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – <b>Armuts- und Reichtumsberichterstattung auch in Baden-Württemberg einführen</b> – Drucksache 15/1070 . . . . .	1668
2. a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – <b>Gefährdung der Solarenergie-Branche und ihr Stellenwert für die Energiewende in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 15/1360		Abg. Thomas Poreski GRÜNE . . . . .	1668, 1674
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – <b>Folgen der Absenkung der Einspeisevergütung für Strom aus Fotovoltaik</b> – Drucksache 15/1353 . . . . .	1652	Abg. Rainer Hinderer SPD . . . . .	1669, 1676
Abg. Daniel Renkonen GRÜNE . . . . .	1652, 1661	Abg. Thaddäus Kunzmann CDU . . . . .	1670
Abg. Johannes Stober SPD . . . . .	1654, 1661	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	1671
Abg. Paul Nemeth CDU . . . . .	1655, 1661	Ministerin Katrin Altpeter . . . . .	1673
Abg. Andreas Glück FDP/DVP . . . . .	1656, 1662	Beschluss . . . . .	1677
Minister Franz Untersteller . . . . .	1657	5. <b>Fragestunde</b> – Drucksache 15/1393	
Abg. Volker Schebesta CDU (zur Geschäftsordnung) . . . . .	1662	5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Georg Wacker CDU – <b>Genehmigungsverfahren „Schulversuch G 9“</b> . . . . .	1677
Beschluss . . . . .	1662	Abg. Georg Wacker CDU . . . . .	1677, 1678
3. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – <b>Bekämpfung von</b>		Staatssekretär Dr. Frank Mentrup . . . . .	1677, 1678, 1679, 1680
		Abg. Volker Schebesta CDU . . . . .	1678
		Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU . . . . .	1678
		Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP . . . . .	1679
		Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . .	1679
		Abg. Werner Raab CDU . . . . .	1680

- 5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Alexander Throm CDU – **Genehmigungspraxis sogenannter Gemeinschaftsschulen** . . . . . zurückgezogen (1680)
- 5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – **Downsizing der Dienstwagenflotte der Landesregierung** . . . . . 1680  
 Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU . . . . . 1680  
 Staatssekretär Ingo Rust . . . . . 1680, 1682  
 Abg. Tanja Gönner CDU . . . . . 1682  
 Abg. Walter Heiler SPD . . . . . 1682
- 5.4 Mündliche Anfrage des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU – **Präsentation von Weinen aus Baden-Württemberg durch die Landesregierung** . . . . . 1682  
 Schriftliche Antwort des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz . . . . . 1682
- 5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Werner Raab CDU – **Ausreisepflicht von Minderheitsangehörigen aus der Republik Kosovo** . . . . . 1683  
 Schriftliche Antwort des Innenministeriums . . . . . 1683
6. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – **Wirtschaftskriminalität und Internet** – Drucksache 15/1092 . . . . . 1684  
 Abg. Nikolaos Sakellariou SPD . . . . . 1684  
 Abg. Karl Zimmermann CDU . . . . . 1685  
 Abg. Petra Häffner GRÜNE . . . . . 1686  
 Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . . 1687  
 Minister Rainer Stichelberger . . . . . 1687
7. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport zu der Mitteilung der Landesregierung vom 20. Dezember 2011 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“**  
**Abschnitt 3.1 – Allgemeine Entwicklungen und Herausforderungen**  
**Abschnitt 3.2 – Berufliche Schulen**  
**Abschnitt 3.3 – Duale Ausbildung**  
**Abschnitt 3.4 – Allgemeine und berufliche Weiterbildung**  
 Drucksachen 15/1057, 15/1344 . . . . . 1690  
 Abg. Viktoria Schmid CDU . . . . . 1690  
 Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE . . . . . 1691  
 Abg. Gerhard Kleinböck SPD . . . . . 1692  
 Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . . 1693  
 Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer . . . . . 1694  
 Beschluss . . . . . 1696
8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Januar 2012, Az.: 2 BvE 7/11 – **Organstreitverfahren der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag gegen die Bundesregierung wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen** – Drucksache 15/1396
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Januar 2012, Az.: 2 BvE 2/11 – **Organstreitverfahren von vier Abgeordneten des Deutschen Bundestags und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen die Bundesregierung wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen** – Drucksache 15/1395
10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 2011 – **Bericht der Landesregierung zu Beschlüssen des Landtags; hier:**  
 a) **Denkschrift 2005 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003 – Beitrag Nr. 7: Elektronische Zeiterfassung bei der Landespolizei**  
 b) **Denkschrift 2010 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2008 – Beitrag Nr. 6: Arbeitszeit und Zeiterfassung bei der Landespolizei**  
 Drucksachen 15/1090, 15/1328
11. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 2. Dezember 2011 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 6. Oktober 2006 zur Struktur der Grundbuchämter und Einführung des Elektronischen Grundbuchs in Baden-Württemberg** – Drucksachen 15/991, 15/1329
12. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 8. Dezember 2011 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2010 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2008 – Beitrag Nr. 10: Übertragung der Bewährungs- und Gerichtshilfe auf einen freien Träger** – Drucksachen 15/1046, 15/1331

13. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 2011 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2010 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2008 – Beitrag Nr. 11: Personaleinsatz in den öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten** – Drucksachen 15/1079, 15/1332
14. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. Dezember 2011 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 17: Personalunterkünfte der Zentren für Psychiatrie** – Drucksachen 15/1009, 15/1333
15. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 22. Dezember 2011 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2010 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2008 – Beitrag Nr. 14: Förderung von Demonstrationsvorhaben im Energiesektor** – Drucksachen 15/1089, 15/1334
16. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu
  - a) der Mitteilung der Landesregierung vom 16. November 2010 – **Bericht der Landesregierung zu Beschlüssen des Landtags; hier: Denkschriften und Beratende Äußerung des Rechnungshofs – Sachstand des Projekts KONSENS und der Arbeitsqualität bei den Veranlagungsstellen**
  - b) der Mitteilung der Landesregierung vom 9. Dezember 2011 – **Bericht der Landesregierung zu Beschlüssen des Landtags; hier: Denkschriften und Beratende Äußerung des Rechnungshofs – Sachstand des Projekts KONSENS und der Arbeitsqualität bei den Veranlagungsstellen**Drucksachen 14/7186, 15/1047, 15/1335
17. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 8. Dezember 2011 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2010 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2008 – Beitrag Nr. 19: Organisation und Arbeitsweise der Betriebsprüfungsstellen** – Drucksachen 15/1045, 15/1336
18. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. Dezember 2011 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Landesbeteiligungen an Unternehmen und Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien** – Drucksachen 15/990, 15/1338
19. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. Dezember 2011 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Pläne der Landesregierung zum Atomausstieg und zur Energiewende** – Drucksachen 15/1043, 15/1361
20. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 17. Februar 2012 – **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Prioritäre Stoffe im Bereich der Wasserpolitik** – Drucksachen 15/1206, 15/1362
21. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu
  - a) der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 2. Januar 2012 – **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Vorschlagspaket zum Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“**
  - b) der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 14. Januar 2012 – **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Strategische Innovationsagenda des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT)**Drucksachen 15/1100, 15/1137, 15/1390
22. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 2011 – **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2012** – Drucksachen 15/1160, 15/1389

23. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. Februar 2012 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Abschluss der Bund-Länder-Vereinbarung zum Stabilisierungsmechanismusgesetz (StabMechG)</b> – Drucksachen 15/1211, 15/1381	Drucksachen 15/1264, 15/1265, 15/1266, 15/1267, 15/1268, 15/1269, 15/1270, 15/1271, 15/1272, 15/1273, 15/1274, 15/1275
24. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben –	25. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – 15/1300, 15/1301..... 1696
	Beschluss zu den gemeinsam aufgerufenen Tagesordnungspunkten 8 bis 25..... 1698
	Nächste Sitzung ..... 1698

## Protokoll

über die 31. Sitzung vom 15. März 2012

Beginn: 9:32 Uhr

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 31. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Krankgemeldet sind Frau Kollegin Heberer, Herr Kollege Leide Abal und Herr Kollege Schwehr.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich Herr Minister Gall ab 12:45 Uhr.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – Geplante Polizeireform – Drucksache 15/1188**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Kollegen Blenke.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Jawohl, guter Mann!  
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Guter Mann!)

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Guten Morgen, Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU beantragt heute, dass die Landesregierung vor Eintritt in Gesetzgebungs- und Vorbereitungsmaßnahmen in Sachen Polizeireform die Evaluierungsergebnisse der bayerischen Polizeireform, die Ende dieses Jahres vorliegen werden, abwartet.

Ich finde, dieses Ansinnen liegt auf der Hand. Wer eine so grundlegende Reform angeht, wie Sie es vorhaben, sollte gründlich vorbereitet sein und die Risiken, die ein solches Mammutprojekt birgt, bestmöglich abschätzen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Daran fehlt es bislang. Darüber kann man zurzeit täglich in den Zeitungen lesen.

Warum der Blick nach Bayern? Bayern hat eine ähnlich umfassende Strukturreform hinter sich. Dort wurde sie im Jahr 2004 angestoßen und nach vierjährigen Vorbereitungen und einem Probelauf Ende 2009 landesweit umgesetzt.

Sie lehnen unseren Antrag in der schriftlichen Stellungnahme mit der Begründung ab, Bayern sei mit Baden-Württemberg nicht vergleichbar. Der Flächenvergleich zeige, dass sich, würde man das Modell übertragen, bei uns nur fünf statt zwölf re-

gionale Präsidien ergeben würden. Mehr fällt Ihnen dazu nicht ein. Da machen Sie es sich etwas zu einfach.

Schauen Sie sich doch einmal Folgendes an: Die Bayern hatten das Ziel einer massiven Straffung der Aufbauorganisation durch Wegfall einer Führungsebene. Sie, Herr Minister, haben das Ziel der Verschmelzung zweier Ebenen, also genau das Gleiche. In Bayern war ein Synergiegewinn von 600 Stellen angedacht, in Baden-Württemberg geht es um einen Synergiegewinn von 650 Stellen im Vollzug und 240 Stellen in der Verwaltung – also vergleichbar. In Bayern war die Stärkung der Basisarbeit angedacht; hier ist es genauso. In Bayern war die Reduzierung der Einsatzzentralen angedacht oder ist vollzogen; das ist auch Ihr Ziel. In Bayern ist ein flächendeckender Kriminaldauerdienst eingerichtet; auch von Ihnen wird dies so vorgesehen. So geht es weiter.

Natürlich unterscheidet sich Ihre Reform in Detail von der in Bayern, aber der Grundgedanke ist der gleiche. Da liegt es doch auf der Hand, einmal bei den Nachbarn nachzufragen, welche Erfahrungen sie gemacht haben, vor allem dann, wenn man sich selbst – meines Erachtens völlig unnötig – unter solch einen Zeitdruck setzt, wie Sie dies getan haben.

Herr Minister, Sie haben Ende September 2011 den Projekt-auftrag erteilt; das Projekt hatte den Auftrag, Ende des Jahres 2011 Ergebnisse vorzulegen. Mit Ach und Krach hat das die Projektgruppe dann Ende Januar 2012 geschafft.

Ein Projekt, für das unsere Nachbarn über Jahre Zeit für eine gründliche Vorbereitung hatten, haben Sie in knapp vier Monaten durchgepeitscht. Sie sagen lapidar: „Aber unsere Projektgruppe war einmal in Bayern. Sie hat sich beim Polizeipräsidium Unterfranken über die bayerische Polizeireform informiert.“

Warum diese Eile, warum dieser Druck? Warum weigern Sie sich, Erfahrungen unserer Nachbarn anzunehmen? Erste Erfahrungen in Bayern gibt es. Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat festgestellt: Der erwartete Synergieeffekt ist so nicht eingetreten, der Abbau von Verwaltungsaufwand ist so nicht belegbar, und die Umsetzung der Reform kostet unheimlich viel Geld,

(Abg. Walter Heiler SPD: Was?)

nämlich einen Millionenbetrag im unteren dreistelligen Bereich.

Sie sagen, die Situation in Bayern sei nicht mit der in Baden-Württemberg vergleichbar. Bayern habe, obwohl dieses Land viel größer ist als Baden-Württemberg, nur zehn regionale Präsidien, während Sie zwölf regionale Präsidien planten.

(Thomas Blenke)

Sie wehren Wünsche aus den eigenen Reihen – Wünsche, die übrigens zunehmend geäußert werden – nach mehr Präsidien mit der Begründung ab, mit jedem zusätzlichen Präsidium reduziere sich der Präsenzgewinn um 70 Stellen. In Bayern dagegen ist laut den Feststellungen des dortigen Rechnungshofs trotz einer noch geringeren Zahl von Präsidien gar kein Präsenzgewinn nachweisbar.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Herr Minister, Sie behaupten, 900 Stellen würden für Präsenz frei. Davon sind 240 Verwaltungskräfte: Diese fahren nicht Streife. 330 Kriminalbeamte: Diese fahren auch nicht Streife. Sie ziehen sie vor Ort ab und zentralisieren sie. Es bleiben gerade einmal 330 Schutzpolizisten. Woher kommen diese? Vor allem: Wann stehen sie zur Verfügung, um in die Fläche verteilt zu werden?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist die Frage!  
– Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Für eine zusätzliche Streife rund um die Uhr, wie Sie es erwarten, brauchten Sie landesweit rund 2 000 Stellen.

Warum warten Sie die Ergebnisse der Evaluation in Bayern nicht ab? Es schreit doch geradezu über den Zaun der Nachbarn: „Schau mich an.“ Was tun Sie? Sie schauen weg.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Das ist in diesem Fall verantwortungslos, Herr Minister.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir schauen genau hin!)

Sie schauen weg, obwohl Kosten in Millionenhöhe im Raum stehen. In Ihrem Papier heißt es zu den Kosten – ich zitiere –:

*Verlässliche Berechnungen oder zumindest näherungsweise Schätzungen für notwendige Investitionen wie Einsparungen sind ... erst im Rahmen einer Präzisierung der konkreten organisatorischen Umsetzung möglich.*

(Abg. Walter Heiler SPD: Das ist doch logisch!)

Wissen Sie, was das auf Deutsch heißt? Es ist so, wie wenn ein schwäbischer Häuslebauer seinen Architekten fragt: „Was kostet das Ganze?“, und der Architekt dann sagt: „Jetzt fangen wir erst einmal an zu bauen, und dann sage ich dir nach und nach, was das Ganze nach meiner Schätzung am Ende kostet.“

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das kommt mir irgendwie bekannt vor!)

So gehen Sie vor.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Meine Damen und Herren, man muss kein schwäbischer Häuslebauer sein, um zu wissen: So funktioniert das nicht.

Was sagt eigentlich der Finanz- und Wirtschaftsminister zu diesem finanziellen Vabanquespiel?

(Abg. Tanja Gönner CDU: Er ist mal wieder nicht da!)

Zig Millionen Euro Risiko für eine Reform, deren Kosten nicht einmal annähernd abschätzbar sind und deren Nutzen nicht einmal ansatzweise belegt ist.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Deshalb unser Angebot, Herr Minister: Bei unseren Nachbarn in Bayern findet derzeit eine externe Evaluation der dortigen Reform statt. Unter den externen Experten ist auch der Präsident unseres Landeskriminalamts, der vermutlich von uns allen sehr geschätzte Präsident Schneider. Also: Wovor haben Sie Angst? Warum warten wir nicht ab?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir haben keine Angst! Wir sind nicht in Bayern, sondern in Baden-Württemberg!)

Gehen Sie nicht mit dem Kopf durch die Wand, Herr Minister. Wir sind bereit, mit Ihnen vernünftige Reformen mit Augenmaß durchzuführen.

(Beifall bei der CDU)

Hören Sie doch die mahnenden Stimmen aus Ihren eigenen Reihen. Beschränken Sie sich nicht nur auf den Landesvorstand der GdP Baden-Württemberg, der in Treue Seit an Seit zu Ihnen steht. Die Deutsche Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund äußert sich mahnend über Risiken der Reform. Es gibt auf örtlicher Ebene auch Bündnisse aller Gewerkschaften, die sagen: So geht es nicht.

Die SPD im Kreis Tuttlingen – so lesen wir – will eine Korrektur der Reform. SPD-Kommunalpolitiker setzen zunehmend Fragezeichen. Ich lese, der Waldshuter SPD-Abgeordnete sagt, allenfalls eine Fusion der Polizeidirektionen Waldshut und Lörrach sei denkbar, aber kein regionales Präsidium.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie heißt der denn?)

– Das ist Herr Winkler, ein guter Mann.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von den Grünen: Das ist eine völlig normale Diskussion!)

Abgeordnete der Grünen, Poreski und Lede Abal, fordern Korrekturen im Bereich Neckar-Alb usw.

(Zuruf von den Grünen: Gute Leute! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gute Leute, aber auf dem falschen Dampfer! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist eine ganz normale Diskussion!)

Sogar der Vizeministerpräsident, dessen Wahlkreis in Reutlingen ist und der daher – auch wenn sein Wohnort anderswo ist – ebenfalls betroffen ist, sagt laut „Reutlinger Tagblatt“, gewachsene Strukturen müssten erhalten bleiben. Das könnten wir gesagt haben: „Gewachsene Strukturen müssen erhalten bleiben.“

(Zuruf: Gewachsene Strukturen!)

Herr Minister, nehmen Sie doch bitte die Stimmen Ihrer Basis wahr. Sie vergeben sich nichts, wenn Sie in diesem Fall Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Thomas Blenke)

Warten wir gemeinsam ab, was die Evaluation der Reform in Bayern ergibt, und dann lassen Sie uns doch gemeinsam nach einer maßgeschneiderten Lösung für Baden-Württemberg suchen. Da wären wir dabei.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Super Rede!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Häffner.

**Abg. Petra Häffner GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Veränderungen machen Angst, und wenn etwas Neues auf einen zukommt, dann fehlt es oftmals auch an Vertrauen, und man möchte gern an Vertrautem festhalten. Dieser Reflex ist verständlich, er ist menschlich, und er wird immerzu aktiviert.

(Lachen des Abg. Peter Hauk CDU)

Dass dieser Reflex vorhanden ist, wissen Sie selbst sehr gut. Sie haben ihn im letzten Jahr am 27. März nämlich kennengelernt, haben erfahren, was es heißt, Altes, Vertrautes zu verlieren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Sie aber auch! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Von wegen, was zu verlieren!)

Ich möchte an dieser Stelle Herrn Landrat Jahn zitieren; er sagte laut „Stuttgarter Zeitung“ vom 13. März:

*Mit dieser Reform wird Bewährtes ohne Not aufgegeben.*

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Frau Kollegin Häffner, gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Das war nur eine Wortmeldung. Entschuldigung, Frau Kollegin.

**Abg. Petra Häffner GRÜNE:** Ein weiteres Zitat:

*Mit der Polizeireform will die grün-rote Landesregierung nun die gewachsenen und bewährten Strukturen ohne Not zerschlagen. Der ländliche Raum wird geschwächt.*

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Gute Rede! Haben Sie die Rede von Herrn Blenke?)

Dieses Zitat stammt von Ihnen, Herr Hauk.

Es ist doch wirklich interessant, wie ähnlich diese beiden Zitate – eines von Landrat Jahn und das andere von Ihnen, Herr Hauk – sind.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist Lebenswirklichkeit!)

Es ist sehr naheliegend, dass hier ein Gleichklang der Äußerungen da ist, und es ist interessant, zu sehen, wie eingespielte Achsen noch immer funktionieren – aus den Zeiten der Vorgängerregierung. Das ist Blockadehaltung.

(Zuruf von der CDU: Ja, weil es richtig ist! – Weitere Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollegin Häffner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hauk?

**Abg. Petra Häffner GRÜNE:** Nein, Herr Hauk, ich denke, es ist an der Zeit, dass Sie jetzt zuhören.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist so eine Arroganz! – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Ich bitte Sie um Ruhe.

**Abg. Petra Häffner GRÜNE:** Silodenken der Landräte, das hemmt Innovation.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zum Inhalt jetzt! – Zuruf: Keine Ausreden!)

Es ist richtig: Seit Beginn dieses Jahres wird innerhalb der Reihen der Polizei über die Eckpunkte diskutiert, es wird über mögliche negative Auswirkungen gesprochen. Diese Bedenken, diese Ängste der Betroffenen nehmen wir, nimmt meine Fraktion und nimmt die Koalition sehr ernst.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist zutreffend, dass Orts- und Personenkenntnisse für die Arbeit der Polizei sehr wichtig sind.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Ihre Argumente drehen sich aber im Kreis. Es kommt nichts Neues hinzu, außer, dass in der Fläche nicht abgebaut werden dürfe. Es kommt nichts Neues; Sie wiederholen sich ständig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Beispiele? – Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt reicht es aber!)

Es ist zutreffend, dass die Reformvorschläge zu 100 % aus der Polizei kommen. Es sind keine Politikerinnen und Politiker dabei gewesen. Jetzt frage ich Sie: Trauen Sie es der Polizei nicht zu, sich Gedanken zu machen, wie eine bessere und effizientere Polizeiarbeit ermöglicht werden kann?

(Zurufe von der CDU)

Trauen Sie es den Polizeibeamten nicht zu, dass sie die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung kennen und diesen entsprechen wollen?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meinen Sie nicht auch, dass die Reform notwendig und dringend an der Zeit ist, weil die Polizei so, wie sie jetzt aufgestellt ist, andernfalls in kurzer Zeit komplett mit dem Rücken an der Wand stehen würde? Auch in den Reihen der CDU ist das bekannt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Woher wissen Sie das?)

Sie hätten diese Reform eigentlich schon längst durchführen sollen. Aber als Sie in der Regierung waren, hatten Sie Angst vor der Realisierung; denn Ihnen fehlte komplett der Mut.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut! Gute Rede!)

(Petra Häffner)

Ihnen fehlte der Mut, eine Reform gegen die Landräte durchzusetzen,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Gegen die Landräte?)

gegen Ihre CDU-Kollegen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gegen Herrn Palmer! Ja!)

Es ist interessant, dass die Landräte hier aufschreien; offenbar haben sie Angst, dass ihnen dabei ein Zacken aus der Krone brechen könnte.

(Zuruf: Werden Sie einmal ein bisschen konkret!)

Von Herrn Blenke wurde in seiner letzten Rede und auch diesmal wieder auf die Polizeireform in Bayern verwiesen. Dazu möchte ich eines sagen: Es ist richtig, dass der dortige Rechnungshof gesagt hat, die Erfolge seien nicht so, wie man sie gern hätte.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jawohl!)

Aber der Rechnungshof sagt auch: Die Reform wurde nicht konsequent genug durchgeführt, und daran ist sie gescheitert; die möglichen positiven Auswirkungen der Sparmaßnahmen, zu denen es hätte kommen können, wurden nicht erzielt.

Einen Satz möchte ich noch sagen: Herr Hauk, mich freut, dass Sie sich bei mir im Remstal wohlfühlen. Das scheint das Tal der Wahrheit zu sein.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nur beinahe! – Abg. Bernd Hitzler CDU: Eher Tal der Tränen!)

Ich möchte zum Schluss gern eine Passage aus Ihren Ausführungen zitieren:

*Auch wir Baden-Württemberger haben 40 Jahre lang über unsere Verhältnisse gelebt.*

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das hat der Hauk gesagt?)

*Wir brauchen nicht voller Verachtung auf die Griechen herabzuschauen.*

Jetzt kommt der letzte Satz dieser Passage von Herrn Hauk; diesen Satz lassen Sie bitte auf sich wirken:

(Zurufe von der CDU: Oi!)

*Ich bin mitschuldig.*

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Was hat das jetzt mit der Polizeireform zu tun? Diese Rede können Sie zu jedem Tagesordnungspunkt bringen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Sakellariou.

**Abg. Nikolaos Sakellariou** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erneut beraten wir über das Thema Polizeireform, diesmal mit Blick auf Bayern. Ich muss zunächst einmal zu Ihnen, Herr Blenke, sagen: In einem Punkt

haben Sie recht. Es ist höchste Zeit, an die Reform heranzugehen. Das war die einzig wahre Aussage, die Kernaussage Ihrer heutigen Rede. Der Rest bestand – das muss ich Ihnen sagen – leider nur aus Plattitüden; das war alter Kram, wie wir ihn schon hundertmal gehört haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie werfen uns vor, wir würden die Ergebnisse aus Bayern nicht zur Kenntnis nehmen. Das ist falsch. Wir haben mit den Bayern Kontakt aufgenommen, wir haben uns mit ihnen unterhalten und die Ergebnisse angeschaut.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber nichts gelernt!)

Aber Ihr Denkfehler ist folgender: Dadurch, dass die Einheiten in Bayern so riesengroß geworden sind, ist man nicht mehr dazu gekommen, eine Ebene abzubauen, sondern hat eine zusätzliche Führungsebene zwischendrin. Genau das ist der Unterschied zu der baden-württembergischen Reform; hier haben die Einheiten genau die Größe, die erforderlich ist, um Synergieeffekte zu erzielen. Mit Einheiten in einer Größe von 1 500 bis 2 000 bleiben wir nämlich in einem Bereich, wo noch Synergie erzeugt werden können.

Jetzt zu den einzelnen Punkten, die mich allmählich auf die Palme bringen,

(Unruhe)

die man in den Zeitungen ständig lesen kann. Die Reform unterscheidet sich von Ihrem Agieren in den letzten 40 Jahren ganz entscheidend. Sie unterscheidet sich deswegen, weil es endlich einmal eine Reform ist, bei der die Betroffenen gefragt worden sind.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was?)

Hätten Sie auf die Betroffenen gehört – schon damals, 1995, als Frieder Birzele Innenminister war –, dann hätten wir die Diskussion heute nicht. Aber Sie haben sich eben nicht getraut, an die Pfründe der Landräte zu gehen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: „Pfründe der Landräte“!)

Dabei ist es sinnvoll, Polizei- und Ermittlungsarbeit nicht nach Landkreisgrenzen zu organisieren, sondern nach Kriminalitätsaufkommen, nach Sachverstand und nach Fachverstand.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Am grünen Tisch! Dorotheenstraße!)

Unter diesem Aspekt sind die Einheiten so, wie wir sie bisher vorfinden, fehlerhaft. Diese Antwort kam aus der Polizei.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie wollen andere Meinungen aus der Polizei mundtot machen!)

Hören Sie endlich auf, die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die an dieser Reform gearbeitet haben, zu willfährigen, willenlosen Opfern der SPD und der Grünen zu machen. So ein Quatsch!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist eine Unverschämtheit! Das habe ich nie gesagt!)

(Nikolaos Sakellariou)

Die Leute waren von Anfang an beteiligt; die Vorschläge kamen von der Polizei.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Geben Sie mir das Zitat, wo ich das gesagt habe!)

Wenn es heißt, diese Kommission sei von Anfang an gesteuert gewesen, hätte ein Ziel umzusetzen gehabt, und zwar das Ziel, die Verwaltungsreform der SPD vorzubereiten, dann lässt sich sagen, dass das ein Quatsch ist.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das steht doch drin! Wer lesen kann! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das steht doch drin! Aber mit einem Auftrag! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt hat er es noch immer nicht gelesen!)

Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die in dieser Reformkommission waren, haben ausschließlich nach sachlichen Kriterien agiert und Vorschläge gemacht.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Sakellariou, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pröfrock?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der hat gar keine Ahnung!)

**Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:** Ja, bitte schön.

**Abg. Matthias Pröfrock CDU:** Herr Kollege Sakellariou, ist Ihnen der Auftrag der Strukturkommission der Polizei bekannt, in dem es heißt, sie möge die optimale Anzahl von regionalen Dienststellen ermitteln?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Natürlich, das ist doch Sinn und Zweck!)

Woher kommt jetzt diese Vorgabe?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Und den Auftrag haben Sie abgelehnt!)

**Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:** Vielen Dank, Herr Pröfrock, für diese Frage.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nicht den Kopf schütteln! Das ist eine Frage!)

Wenn wir nicht jetzt die Struktur der Polizei, die dermaßen chronisch unterfinanziert ist und von der nahezu die Hälfte der Beamten in wenigen Jahren in Pension gehen – deswegen dieser Zeitpunkt –, so umstellen, dass wir angesichts der Herausforderungen trotzdem noch genug Polizeibeamte in der Fläche haben, dann führt dies zu Problemen. Daher müssen wir jetzt handeln.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Nicht ablenken!)

Das ist genau der richtige Auftrag gewesen, dass wir jetzt handeln müssen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf: Vorgabe!)

– Ja, genau. Absolut richtig. Das war das Stichwort Auftrag. Wir müssen doch eine Polizei schaffen, die den Anforderun-

gen der heutigen Zeit gerecht wird, und diese ist nach anderen Einheiten als nach Landkreisgrößen organisiert.

Jetzt ein kleiner Einschub: Wir waren am vergangenen Dienstag bei der Gewerbeaufsicht. Die Gewerbeaufsicht in Deutschland ist neuerdings folgendermaßen organisiert: 125 Dienststellen in ganz Deutschland, davon 48 in Baden-Württemberg. Warum? Weil durch Ihre Verwaltungsreform die Gewerbeaufsicht, in der der Arbeitnehmerschutz organisiert wird, auf die Landkreise übertragen worden ist, auf 48 Kleinsteinheiten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Direkt vor Ort!)

Heute beklagen sich die Gewerbeaufsichten, dass ein Arbeitnehmerschutz in Baden-Württemberg durch diese Kleinräumigkeit kaum noch möglich ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau andersherum ist es!)

Diese Kollegen sind vor Freude gesprungen, als sie gehört haben, was wir mit der Polizei vorhaben, weil wir die Fehler, die Sie bei der Gewerbeaufsicht gemacht haben, jetzt bei der Polizei nicht machen, weil wir es richtig machen. So war es nämlich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Meine Damen und Herren, ich will noch etwas zur Umsetzung sagen. Wir haben allen Polizeibeamten die Möglichkeit gegeben, an diesem Prozess in Regionalkonferenzen und in Personalbesprechungen teilzuhaben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie wissen ja heute noch nicht, wo die Präsidien ihren Sitz haben! Sie machen eine Reform und wissen nicht, wo die Sitze sind! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

4 000 Beamte haben diese Chance wahrgenommen, und es ist jede Frage beantwortet worden. Ich sage Ihnen eines: Warten Sie doch einmal ab. Auf diesen Personalversammlungen wurde gesagt – Sie wissen es doch; Sie haben selbst eine Verwaltungsreform gemacht –, dass jeder betroffene Beamte in einem Interessenbekundungsverfahren gefragt wird, wohin er will oder ob er vielleicht nicht versetzt werden will.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber wohin denn? – Abg. Thomas Blenke CDU: Was machen Sie, wenn der auf eine schon besetzte Stelle will?)

Ich sage Ihnen: Die ganz jungen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten haben mir alle gesagt, sie warteten sehnlichst auf diese Chance; sie freuen sich auf diese Einheiten, in denen sie untergebracht werden können.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Sie wollen den jungen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten die Chancen verbauen, die ihnen durch diese Reform gegeben werden, nämlich fachlich eingebracht zu werden.

In diesem Sinn: Packen Sie mit an, anstatt diese Reform mit der Reform in Bayern zu vergleichen; diese Reformen haben nun wirklich nichts miteinander zu tun.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Professor Dr. Goll.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Reform hat gute Ansätze.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ja!)

Dabei bleibt es auch. Sie droht aber durch die geplanten Überhebungen in der Durchführung gerade auf der neuen mittleren Ebene zu einer wirklich schlechten Reform für das Land zu werden.

Meine Damen und Herren, die Anhänger klassischer Bildung mögen sich an den sagenhaften Räuber Prokrustes erinnern. Sie wissen es: Wenn jemand vorbeikam, hat der Räuber ihn in seine Wohnung geholt. Der Räuber hatte ein Bett, in dem alle schlafen mussten. Wenn jemand zu kurz war, wurde dieser gestreckt. Darum hieß er Gliederstrecker. Wenn jemand zu lang war, wurden ihm die Beine abgehackt.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Wir sind aber nicht mehr im Mittelalter, oder? – Vereinzelt Heiterkeit)

Diese Geschichte stammt aus der Theseussage. Ich würde mir wünschen, dass unser Innenminister sich ein bisschen an Theseus erinnert fühlt und Prokrustes das Handwerk legt.

Aber das, was in der Sage geschildert wird, passiert jetzt: Die Direktionen auf dem Land werden so lange gestreckt, bis sie tot sind.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

An anderen Stellen mag man sich so vorkommen, als ob einem die Füße abgehackt werden. Ich denke z. B. an eine Polizeidirektion wie die in Waiblingen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Bei Esslingen ist es genauso! – Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Meine Damen und Herren, zuletzt haben wir den Fokus auf den ländlichen Raum gerichtet. Aber immer mehr rückt etwas anderes in den Blickpunkt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Ich darf Sie um Ruhe bitten.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Ich habe mein Beispiel bewusst gewählt. Natürlich ist Waiblingen mein Wahlkreis.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Dadurch sehe ich da am besten, was dort passiert.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Pro-domo-Rede!)

Eine Zusammenlegung von Direktionen wie in Waiblingen und Ludwigsburg ist ein Akt kompletter Sinnlosigkeit. Das ist völlig sinnlos.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Lieber Herr Gall, wir versuchen wirklich nicht, diese Reform zu verhindern, sondern wir versuchen, sie vernünftig zu beeinflussen. Das Verhängnisvolle, was Sie sehen müssen, ist, dass man dann, wenn man auf dem Land zu rigoros herangeht, bei Ballungsräumen völlig sinnlos zulangen muss. In diesem Fall ist es wirklich so, wie wenn man anfängt, eine Jacke falsch zu knöpfen. Dann muss man sie bis zum Ende falsch knöpfen. Man könnte auch sagen: Und ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode, meine Damen und Herren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Oder man hat einen guten Schneider! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Reden Sie über den Zustand der FDP?)

Ich habe die realistische Befürchtung – das reden Sie mir nicht aus; das ist so –, dass das Bild der Polizei im Land künftig von zwölf Großbehörden bestimmt wird, die zu weit von den Menschen entfernt sind, die zu weit von den Kommunen entfernt sind und die zu weit von den Tatorten entfernt sind.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Bayern!)

Meine Damen und Herren, durch diese Reform wird der Schwerpunkt bei der Polizei nicht nach unten gerückt, ins Land und auf das Land. Dieser Eindruck könnte ja entstehen, weil bei der Polizei eine Ebene wegfällt. Aber in Wirklichkeit wird der Schwerpunkt nicht nach unten gerückt, sondern nach oben, weg von den Revieren auf eine neue mittlere Ebene.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Meine Damen und Herren, das wird zur Folge haben, dass die wichtigsten Kommunikationswege im operativen Geschäft, nämlich die Kommunikationswege zwischen den Revieren und den ihnen vorgesetzten Dienststellen, nicht etwa verkürzt und vereinfacht werden, sondern im Gegenteil: Die Distanz wird größer. Die Distanz wird nicht nur räumlich größer, sondern auch auf menschlicher Ebene größer. Der Dienstweg wird anonym werden. Die Kommunikation wird umständlicher. Es wird mehr Dienst nach Vorschrift als direkte Kommunikation, als direkten Austausch, wie er jetzt bei den gegebenen Verhältnissen möglich ist, geben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Besprechungstourismus!)

Meine Damen und Herren, ohnehin zeichnet sich dann ab, dass die Musik bei der Organisation mit allen Konsequenzen auf Ebene der großen Präsidien spielen wird, z. B. auch mit der Konsequenz, dass dort auch über Karrieren entschieden wird. Insofern werden die Präsidien nicht nur eine Sogwirkung nach unten im Sinne einer weiteren Zentralisierung entfalten, sondern sie werden auch Qualität von unten abziehen. Auch das ist für mich klar.

Herr Innenminister, insofern korrigieren Sie diese Reform bitte in diesem Punkt, um daraus eine gute Reform zu machen. In der Debatte, die wir kürzlich beantragt haben, haben wir vorgeschlagen, die bisherige Zahl der Direktionsstandorte von 37 nicht auf ein Drittel, sondern auf zwei Drittel zu reduzieren. Eine Reduzierung auf zwei Drittel ist eine gute Diskussionsgrundlage für die Beratung darüber, was man dann zusammenlegt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dass Waiblingen erhalten bleibt!)

(Dr. Ulrich Goll)

Im Übrigen steht noch immer der wirklich gute Gedanke im Raum, nicht nur jeweils ländliche und städtische Präsidien zusammenzulegen, sondern auch zu einem gewissen Mix zu kommen, um die Qualität zu verbessern. Auch das ist wahrscheinlich ein sehr guter Gedanke.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion wird Ende April eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf veranstalten, in der wir natürlich die kommunalen Verbände, aber auch Vertreter der Polizei anhören werden.

Wir raten dringend, nichts über das Knie zu brechen, um nicht aus guten Ansätzen eine schlechte Reform werden zu lassen. Lassen Sie sich Zeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn man sich Zeit lässt, spricht natürlich alles dafür, sich auch die Ergebnisse aus Bayern genau anzuschauen. Insofern werden wir den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht Herr Innenminister Gall.

**Innenminister Reinhold Gall:** Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich hatte vor wenigen Wochen die Gelegenheit – zugebenermaßen sogar die Freude –, als sozialdemokratischer Innenminister im Bayerischen Landtag zu sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Was sagt da Ihr Koalitionspartner?)

Das Thema lautete: „Sicherheitspolitik im Wandel“. Mich hat wirklich sehr erfreut, dass in der anschließenden Diskussion zu diesem Thema die neue, grün-rote baden-württembergische Landesregierung gelobt wurde.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Von wem? – Abg. Peter Hauk CDU: Das war eine SPD-Veranstaltung, oder?)

Sie wurde von der Polizei in Bayern dafür gelobt, dass Grün-Rot in Baden-Württemberg dem Thema Sicherheitspolitik einen so hohen Stellenwert im Koalitionsvertrag gewidmet hat – im Gegensatz zum Stellenwert im Koalitionsvertrag der CSU und der FDP in Bayern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: In Bayern! – Abg. Peter Hauk CDU: Im SPD-Arbeitskreis wahrscheinlich! – Zuruf von der CDU: Wer war der Veranstalter?)

Meine Damen und Herren, nachdem ich die Eckpunkte der Polizeireform in Baden-Württemberg vorgestellt habe, wurden wir auch dafür gelobt – dabei kann ich Ihnen nur empfehlen, sich mit den Kolleginnen und Kollegen in Bayern in Ver-

bindung zu setzen –, dass sich unsere Reform völlig von dem unterscheidet, was in Bayern gemacht wurde. Zudem wurden unsere Ansätze als auf Bayern übertragbar angesehen, aber nicht umgekehrt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wurden Sie auch in Baden-Württemberg gelobt? – Abg. Peter Hauk CDU: Wo waren Sie denn eigentlich?)

Meine Damen und Herren, nachdem ich die Eckpunkte bekannt gegeben hatte – Kollege Sakellariou hat es angedeutet –, haben wir die Gelegenheit genutzt, in Personalversammlungen der Polizei im Land – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Nicht öffentlich!)

– Personalversammlungen sind nun einmal nicht öffentlich.

Wir haben die Gelegenheit genutzt, rund 4 000 Beschäftigten diese Eckpunkte zu erklären, über das hinaus, was wir schon hinlänglich entsprechend gemacht haben, was all das angeht, was die Eckpunkte in der Folge noch mit sich bringen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Innenminister Reinhold Gall:** Nein. Ich möchte das zunächst einmal ausführen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Politik des Gehörtwerdens geht weiter!)

Darüber hinaus haben wir in rund 40 Veranstaltungen im Land – viele davon wurden von mir selbst bestritten, viele auch von Mitgliedern unserer Projektgruppe – dasselbe gemacht. Wir haben also zugehört und Bürgerdialoge geführt.

Ich kann Ihnen sagen: Als Ergebnis all dieser Veranstaltungen stelle ich fest, dass die Kernpunkte dieser Reform nicht ein einziges Mal bestritten worden sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU)

Die Kernpunkte heißen, Strukturen zu straffen, Herr Dr. Goll, Reviere zu stärken und nicht etwa zu schwächen –

(Abg. Peter Hauk CDU: Virtuell!)

wie Sie es gerade wieder deutlich zu machen versucht haben –, indem wir Kriminaldauerdienste im Land einführen und indem wir vor allem auf die Herausforderungen der Zukunft entsprechend reagieren. In keinem einzigen Fall, in keiner einzigen Veranstaltung wurden diese Kernpunkte kritisiert.

Wahr ist: Natürlich bringt eine solche große Reform Veränderungen mit sich. Die einzelnen direkt Betroffenen, nämlich unsere Beamtinnen und Beamten, haben zu Recht Fragen, was ihre eigene Person anbelangt, was ihre bisherige Tätigkeit anbelangt, was ihren Dienstort anbelangt. Das alles sind Problematiken aus der persönlichen Betroffenheit heraus.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Darauf haben sie keine Antwort bekommen!)

(Minister Reinhold Gall)

Das ist legitim; überhaupt keine Frage. Ich hatte jedoch den Eindruck, dass es uns gelungen ist, unseren Beamtinnen und Beamten zu vermitteln, dass ihre persönlichen Sorgen und Nöte bei uns besser aufgehoben sind, als sie es in der Vergangenheit bei Ihnen gewesen waren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU)

Natürlich ist es doch auch völlig legitim – es ist ihre Aufgabe –, dass sich die Interessenvertretungen, die Gewerkschaften, diesbezüglich zu Wort melden. Sie möchten mit uns besprochen haben, wie wir uns denn die Umsetzungsmechanismen vorstellen, wie denn das Interessenbekundungsverfahren im Einzelnen aussieht, in welcher Form sie als Personalvertretungen beteiligt werden. Das tun wir auch. Ich denke, da sind wir auf einem außerordentlich guten Weg.

Ich bin mir auch relativ sicher: Im Laufe der Umsetzungsmechanismen, im Laufe der Umsetzungszeiträume werden wir in den allermeisten Fällen die Situationen und Ergebnisse im Interesse oder zumindest zu weitestgehender Zufriedenheit der Beschäftigten erreichen.

Ich will Ihnen einfach einmal ein Vergleichsbeispiel nennen: Ihre große Verwaltungsreform

(Abg. Karl Zimmermann CDU: War gut! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sehr erfolgreich! – Weitere Zurufe)

hat am Ende des Prozesses – –

(Abg. Peter Hauk CDU: 20 %!)

– Sehen Sie, Herr Hauk, dieses Stichwort ist jetzt gut. Sie sprechen Ihre Effizienzrendite an, Ihr Ziel, letztendlich 20 % Kosten einzusparen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Einer der Kernpunkte dieser Reform ist, dass wir mit den Haushaltsmitteln, die wir haben, und mit dem Personal, das Sie in den zurückliegenden Jahren massiv abgebaut haben, genau die notwendige Struktur schaffen, um die Aufgaben der Zukunft zu bewältigen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU schüttelt den Kopf.)

Auch dies ist ein Unterschied zu der bayerischen Reform: Mit unserer Reform ist eben kein Personalabbau verbunden. Ziel der Reform in Bayern war, Personal bei der Polizei abzubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Das war eines der Kernziele in Bayern. Nicht einmal das haben sie mit ihrer Reform geschafft. Deshalb habe ich überhaupt keinen Grund, mir ein Beispiel an Bayern zu nehmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Dann bringen Sie doch die 20 % mehr in die Fläche!)

Gelegentlich habe ich den Eindruck – auf der einen Seite freut es mich, das will ich sagen, aber auf der anderen Seite ärgere ich mich auch darüber –: Viele im Land entdecken erst jetzt gerade einmal unsere Polizei und sehen,

(Lachen bei der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! So ist es! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

was die eigentlich macht und vor Ort leistet.

(Lachen bei der CDU – Unruhe)

– Soll ich Ihnen entsprechende Beispiele nennen? Ich kann Ihnen entsprechende Beispiele anführen. Es verwundert mich schon, wenn ich bei Diskussionen vor Ort mit Vertretern der kommunalen Ebene – Bürgermeistern, Oberbürgermeistern, Landräten – feststelle, dass sie sehr an ihrem Konzept haften müssen, wenn sie mir die Struktur der Polizei vor Ort erklären, wie viele Reviere, wie viele Posten sie haben. Wäre ich Landrat, wüsste ich dies. Ich müsste dies nicht ablesen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bei mir sind es zwei SPD-Oberbürgermeister!)

Ich wundere mich sehr, wenn ich dem einen oder anderen Landrat erklären muss, welche guten Projekte überhaupt in seinen Zuständigkeitsbereich fallen.

(Unruhe bei der CDU)

Für diese treten sie nämlich immer ein, aber sie wissen selten, was gemacht wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das sind alles CDU-Mitglieder! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Lebhaftes Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, insofern sind wir – –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Machen Sie einen Deeskalationskurs! – Abg. Peter Hauk CDU: Lautstärke ersetzt nicht die Argumentation! – Anhaltende lebhaftes Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Der Herr Minister hat das Wort.

**Innenminister Reinhold Gall:** Sie sind heute gut dran. Denn ich habe heute Kopfschmerzen; deshalb muss ich mich schon selbst ein bisschen zügeln.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Ich darf Sie um Ruhe bitten.

**Innenminister Reinhold Gall:** Kollege Blenke, was jetzt die eine oder andere Äußerung von auf der kommunalen Ebene tätigen Mandatsträgern Ihrer, meiner, der grünen Partei anbelangt, was die eine oder andere Äußerung von kommunalen Vertretern anbelangt, wissen wir doch, wie das Geschäft vor Ort geht:

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Jeder vertritt lokale Interessen. Das halte ich auch für legitim.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist normal!)

(Minister Reinhold Gall)

Meine, unsere Aufgabe ist es jedoch, das Gesamtinteresse des Landes im Auge zu haben und nicht nur entsprechende lokale Interessen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Peter Hauk und Thomas Blenke CDU)

Weil Sie Einzelbeispiele genannt haben, will ich Ihnen auch einmal sagen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Unterstellen Sie uns, dass wir Einzelinteressen vertreten haben?)

dass es zwischenzeitlich auch Menschen aus der CDU gibt – selbst aus dem CDU-Beirat Polizei –,

(Abg. Peter Hauk CDU: Arbeitskreis!)

die sich von dem distanzieren, was dort zum Teil formell öffentlich in die Medienlandschaft gesetzt wird. Auch dies gehört ganz einfach zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Namen! Wer, wann, wo?)

Meine Damen und Herren, ich werde es, wenn es gewünscht wird, Herrn Kollegen Blenke nachher sagen; ich will es nicht öffentlich mitteilen.

(Zurufe von der CDU: Aha! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kollege Blenke wünscht es! – Weitere Zurufe)

– Ich glaube, Sie hätten gar keinen großen Spaß daran, wenn ich es öffentlich sagen würde.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Bei 28 000 Leuten ist jede Meinung vertreten!)

Meine Damen und Herren, jetzt noch einmal konkret zu dem, was in Bayern gemacht wurde, und zu dem, was wir gemacht haben. Herr Kollege Blenke, Sie haben, weil Sie mit diesem Antrag versuchen, auf Zeit zu spielen, gesagt, die Bayern hätten sich vier Jahre Zeit genommen, um ihre Reform vorzubereiten,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Es geht um ein paar Monate!)

vier Jahre, um ein Ergebnis hinzubekommen, bei dem Sie jetzt erwarten, dass die Evaluation negativ ausfällt. Das erwarten Sie doch.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja, logisch! – Abg. Thomas Blenke CDU: Ich weiß es nicht! Wir werden es abwarten!)

Sie wollen doch Baden-Württemberg wiederum mit einem negativen Ergebnis in Bayern vergleichen und sagen: „Es taugt nichts. Vier Jahre haben sie geprobt und haben nichts fertiggebracht.“ Warum soll ich mir daran ein Beispiel nehmen?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr gut!)

Ich sage Ihnen ganz einfach noch einmal: Unsere Projektgruppe hat diese Reform – darauf lege ich großen Wert – zwar in Ruhe, aber nicht abgeschottet und schon gar nicht – wie dies gelegentlich zu behaupten versucht wurde – im Geheimen vorbereitet.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Natürlich!)

– Das ist nicht wahr. Sie war offen. Sie hat externen Sachverstand von außerhalb der Projektgruppe, aus der Polizei von Fall zu Fall hinzugezogen. Sie war offen für Einwände, für Anregungen, die es über das Onlineportal der Polizei im Laufe dieses Prozesses von außen gegeben hat. Es gab über 200 Anregungen aus der Basis in die Projektgruppe hinein. Wenn wir dann das, was angeregt wurde, mit dem vergleichen, was empfohlen wurde, was kritisiert wurde, stellen wir fest: Fast 80 % dieser Anregungen haben ihren Niederschlag in diesen Eckpunkten gefunden.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Da kann man doch nicht davon reden, es sei eine Geheimoperation gewesen. Im Übrigen war die Projektgruppe natürlich auch in anderen Bundesländern unterwegs und hat sich angeschaut, was gemacht wurde, was in Planung ist, insbesondere natürlich auch in Bayern. Glauben Sie doch nicht, dass wir die Fehler, die die Bayern gemacht haben, 1 : 1 wiederholen. Wir wiederholen da überhaupt keinen ihrer Fehler.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das wollen wir doch gar nicht! Genau!)

Meine Damen und Herren, es gibt häufig den Einwurf: Unsere Polizei arbeitet gut. Das bestreitet niemand. Unsere Polizeibeamtinnen und -beamten arbeiten gut in der gegenwärtigen Struktur. Ihnen bleibt auch gar nichts anderes übrig. Aber unsere Polizei ist immer auch – der Begriff stammt nicht von mir; ich habe ihn einfach von meinem Vorgänger, von Ihnen, übernommen, weil er richtig ist – eine lernende Organisation. Deshalb weist die Polizei uns in der Politik zu Recht darauf hin, wo Steuerungsbedarf ist, wo Handlungsbedarf ist, wo Schwächen bestehen, die wir entsprechend ausmerzen haben. Genau das machen wir mit dieser Struktur. Wir schaffen effizientere Einheiten, wir schaffen besser steuerbare Einheiten, wir bringen mehr Menschen in die Revierstrukturen, in die Postenstrukturen, die wir nicht angreifen wollen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Pro Dienstgruppe 0,5!)

– Herr Zimmermann, Sie sind doch Kollege. Gehen Sie doch vor Ort an die Basis. Die Leute vor Ort sind für jede einzelne Person Verstärkung außerordentlich dankbar und nicht etwa für das, was Sie machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie fragen draußen: Wohin kommen die zwölf neuen Präsidien?)

Meine Damen und Herren, es gibt da – –

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pröfrock?

**Innenminister Reinhold Gall:** Nein, von Herrn Pröfrock kann ich heute keine Zwischenfrage gestatten; denn durch seinen Zwischenruf „Helau!“ vorhin merke ich, dass er noch in Faschingslaune ist. Das Thema ist mir zu ernst.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr dünnhäutig! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Unzufriedenheit, Herr Minister, herrscht vor, weil wir noch immer nicht wissen, wo die Präsidien ihren Sitz haben!)

Meine Damen und Herren, ich möchte den Literaturnobelpreisträger France zitieren. Dieser hat einmal gesagt:

*Die Vorzüge von gestern*

– also das, auf das wir uns vielleicht heute stützen könnten –  
*sind oft die Fehler von morgen.*

Das werden wir nicht machen. Wir stellen uns rechtzeitig auf die Rahmenbedingungen ein, wir stellen uns rechtzeitig auf die Herausforderungen der Zukunft ein. Deshalb halten wir am Fahrplan der Umsetzung dieser Polizeireform fest. Die Bekanntgabe der Standorte und Gebietszuschnitte erfolgt, wie zugesagt, vor Ostern.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

– Nein, zugesagt. – Dann gehen wir in den Ausbau der regionalen Strukturen. Dann – da bin ich mir relativ sicher; nein, ich bin mir sehr sicher –

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ich wäre mir ganz sicher!)

wird sich vieles von dem, was jetzt im Moment einfach aufgrund der zugegebenermaßen bestehenden Unsicherheit noch mit Fragezeichen versehen ist, einer guten, einer noch besseren Bewertung zuwenden.

Herr Blenke, ich gebe Ihnen schon jetzt einmal den Tipp: Wenn Sie einen Ansatz für einen neuen Antrag haben möchten, um vielleicht noch einmal auf Zeit zu spielen, dann beziehen Sie sich statt auf Bayern auf Österreich.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Von Österreich lernen heißt siegen lernen! Ich lache mich tot!)

Denn dort befindet man sich in dem gleichen Prozess, in dem auch wir uns gerade befinden. Das werden sie auch nicht aus Jux und Tollerei machen, sondern weil es einfach die Gegebenheiten erfordern.

In diesem Sinn ganz herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Blenke.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das wird ganz schwer! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber nicht so schreien wie der Minister, sonst bekomme ich Kopfweh! – Zuruf: Hat er noch Redezeit?)

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Er hat noch Redezeit. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal kann solch ein lang anhaltender Applaus auch der Versuch sein, die Reihen künstlich zu schließen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schwacher Anfang!)

Wenn man die Zeitung liest und in Ihre Gesichter schaut, stellt man fest, dass Sie nicht so ganz glücklich mit dem sind, was Ihr Innenminister gerade macht.

(Zurufe von der SPD, u. a.: So ein Quatsch! – Sind Sie Psychologe?)

Herr Sakellariou, ein für alle Mal – das ist mir sehr ernst –: Hören Sie auf, mir zu unterstellen, ich würde die Qualifikation der Projektgruppe, die die Polizeireform vorbereitet hat, infrage stellen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Tun Sie doch! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das machen Sie ständig!)

Ich sage bei jeder öffentlichen Äußerung, in jedem Gespräch vorab: Dort saßen hervorragende, fachlich qualifizierte Polizeibeamte;

(Abg. Georg Nelius SPD: Aha! – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Polizeibeirat der CDU!)

ich ziehe deren Qualifikation in keiner Weise in Zweifel. Das habe ich immer gesagt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aber?)

Diese Gruppe hatte einen Auftrag, einen politischen Auftrag.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Logisch!)

Dieser politische Auftrag lautete – das ist in dem betreffenden Papier nachzulesen –: weniger Hierarchiestufen und weniger Behörden.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! Großartig! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Völlig richtiger Auftrag!)

Wenn ich mich mit diesem Auftrag kritisch beschäftige, heißt das nicht, dass ich die Qualifikation der Projektgruppe kritisiere.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wollen Sie mehr Hierarchie? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wollen Sie mehr Hierarchie? Was ist das für eine Botschaft?)

Das Zweite ist: Ich kritisiere den extremen Zeitdruck, unter dem diese Projektgruppe arbeiten musste.

(Zuruf von der SPD: Ach was!)

Eine Arbeitsdauer von gerade einmal drei Monaten war vorgegeben; vier Monate haben sie gebraucht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und?)

(Thomas Blenke)

Das ist ein extremer Zeitdruck gewesen.

Herr Minister, wir machen – –

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Blenke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Filius?

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Ich habe gerade noch 15 Sekunden Redezeit. Die brauche ich, um noch auf den Minister einzugehen. Wenn Sie danach noch eine Zwischenfrage zulassen, gestatte ich sie gern.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Herr Minister, auch wir führen gerade viele Veranstaltungen zu diesem Thema durch. Wir sind auch viel vor Ort unterwegs, ich als innenpolitischer Sprecher, unser Fraktionsvorsitzender und viele Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ihr verunsichert die Leute! Das ist das, was ihr macht: Leute verunsichern!)

Vor Ort sagen uns die Kommunalpolitiker, die Bürger,

(Zurufe von der SPD: Die Landräte!)

die Landräte, die bei Ihnen gewisse Angstreaktionen und Reflexe auslösen:

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Angst doch nicht!)

„Was hat das für Auswirkungen? Es kann doch nicht sein, dass wir hier eine Reform aufgetischt bekommen, bei der zunächst einmal in erheblichem Umfang vor Ort Stellen aus den Polizeidirektionen abgezogen werden.“

(Zuruf: So ist es!)

Herr Minister, wir haben gemeinsam schon mehrere Veranstaltungen besucht und mehrere Begegnungen gehabt. Da habe ich Sie jetzt schon mehrmals mit der Berechnung konfrontiert, dass beispielsweise eine Polizeidirektion mit 200 bis 220 Mitarbeitern

(Zuruf: Die Zeit ist um!)

zunächst einmal 50 bis 60 Kräfte abgezogen bekommt: aus dem Führungsstab, aus der Kriminalpolizei, aus der Verkehrspolizei und weitere. Jetzt hatten Sie schon mehrfach Gelegenheit, mir das zu widerlegen. Sie haben es nicht getan. Damit, so stelle ich fest, scheint meine Berechnung zu stimmen. Das ist es, was die Menschen vor Ort beunruhigt und was sie nicht haben wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt ist meine Redezeit zu Ende.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Wer wollte noch eine Zwischenfrage stellen? Niemand mehr?

**Präsident Guido Wolf:** Möchten Sie die Zwischenfrage des Kollegen noch zulassen?

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Ja, gern.

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Filius.

**Abg. Jürgen Filius** GRÜNE: Herr Kollege Blenke, Sie haben jetzt ausgeführt, man solle quasi innehalten, letztendlich auf Zeit spielen. Was ist denn eigentlich die Vorstellung der CDU? Sie haben vorhin gesagt, man solle Sie mitnehmen; man möchte da miteinander sprechen. Wollen Sie sagen, die Hierarchie, wie sie bislang besteht, sei der richtige Weg?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Mehr Behörden! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mehr Hauptlinge, weniger Indianer! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Mehr Hierarchie! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Mehr Landräte!)

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Herr Kollege Filius, ich glaube nicht, dass man von „auf Zeit spielen“ sprechen kann, wenn wir heute nichts anderes beantragen, als, wenn wir vor einer so grundlegenden Entscheidung stehen, bei der die Strukturen unserer Polizei so grundlegend geändert werden, bei der Investitionen und Kosten in dreistelliger Millionenhöhe im Raum stehen können, ein paar Monate abzuwarten. Da geht es nicht um Jahre. Ende dieses Jahres liegt die externe Evaluierung der Polizeireform von Bayern vor. Wir sollten abwarten, was dort herauskommt, und dann hier darüber beraten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist eine völlig andere Reform! Bayern hat es völlig anders gemacht!)

Da müssten Sie eigentlich alle, auch Ihre Haushaltspolitiker, zustimmen. Da müssten Sie alle mit dafür sein.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein, in Bayern war es völlig anders, Herr Kollege! – Abg. Ingo Rust SPD: Äpfel und Birnen!)

Dann machen wir das gemeinsam. Das ist unser Ansinnen. Sagen Sie nicht, wir würden verzögern.

Und ein Allerletztes: Herr Minister, vorhin haben Sie gesagt, das sei jetzt so ein bisschen Wahrnehmung lokaler Interessen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Blenke, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Sie sprachen von der Wahrnehmung lokaler Interessen. Das heißt, der Vizeministerpräsident, Herr Schmid, der sich gerade für Korrekturen in seinem Wahlkreis einsetzt,

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

nimmt als stellvertretender Ministerpräsident hier jetzt hauptsächlich lokale Interessen wahr. Ist das das Ergebnis Ihrer Rede?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist der Tagesordnungspunkt beendet.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Halt, halt! Abstimmen!  
Das ist ein Beschlussantrag!)

– Entschuldigung. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags.

(Unruhe)

– Ich darf Sie um Ruhe bitten, damit wir die geschäftsordnungsmäßige Abwicklung des Antrags vornehmen können.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1188, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Abg. Tanja Gönner CDU: Der Minister stimmte zu!  
Lediglich für das Protokoll!)

Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber der Minister hat zugestimmt, der Abgeordnete Gall! – Gegenruf der Abg. Tanja Gönner CDU: Das sollte im Protokoll vermerkt werden!)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Gefährdung der Solarenergie-Branche und ihr Stellenwert für die Energiewende in Baden-Württemberg – Drucksache 15/1360**

**b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Folgen der Absenkung der Einspeisevergütung für Strom aus Fotovoltaik – Drucksache 15/1353**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b je fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Kollegen Renkonen von der Fraktion GRÜNE.

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Verehrter Herr Präsident, liebe Kollegen, sehr geehrte Besucher! Heute sollte eigentlich der Frühling einkehren. Aber für die Fotovoltaikbranche in Baden-Württemberg droht der Sonnenuntergang.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Ah ja!)

Mit den geplanten Kürzungen für die Solarbranche von bis zu 40 % erweist die schwarz-gelbe Bundesregierung dem Ausbau der erneuerbaren Energien einen Bärendienst. Diese unbedachte Hauruckpolitik mit monatlich variierenden Vergütungssätzen gefährdet Tausende von Arbeitsplätzen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

und sie gefährdet den Technologie- und Wissenschaftsstandort mit zahlreichen Studienplätzen. So werden inzwischen 31 Studiengänge zum Thema Sonnenenergie angeboten. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Zusammen mit der SPD-Fraktion werden wir Grünen daher eine Initiative auf den Weg bringen, um auf die Bundesregierung einzuwirken, diesen Unfug zu beenden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Denn kein Bundesland außer Bayern hat so vom Ausbau der Solarenergie profitiert wie Baden-Württemberg.

(Beifall des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Landesweit reden wir von 6 000 Arbeitsplätzen, die inzwischen dank der EEG-Förderung in der Solarzellenproduktion, bei den Zulieferern, in der Glasindustrie, im Maschinenbau und in der Metallindustrie entstanden sind. Bundesweit reden wir von über 130 000 Arbeitsplätzen.

Doch der Job an der Sonne begeistert unsere Studenten auch immer mehr. Wie ich gerade gesagt habe, gibt es sage und schreibe 31 Studiengänge. Seit Herbst 2011 bietet auch die Hochschule Karlsruhe den Studiengang „Energietechnik und Erneuerbare Energien“ an. Ich finde, das ist ein Zeichen dafür, dass auch junge Leute in diese Zukunftsbranche streben. Das sollten wir unterstützen und nicht durch eine radikale Förderpolitik zunichtemachen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich frage Sie: Was sollen wir den jungen Menschen sagen, wenn es durch diese verfehlte Förderpolitik mit der Solarbranche jetzt den Bach hinuntergeht?

Mir fällt auch ein Unternehmer aus dem Kreis Böblingen ein, der vor zehn Jahren noch Solarzellen mit seiner alten Ente von Haus zu Haus gebracht hat und die Solarzellen im Garten gelagert hat. Inzwischen beschäftigt er 100 Mitarbeiter und lässt selbst in den USA produzieren. Das ist doch eine Art von Jobwunder.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dank der EEG-Förderung ist Baden-Württemberg Spitze bei der Solarförderung. Bis Anfang des vergangenen Jahres war bei uns eine Fotovoltaikleistung von rund 2,8 GW installiert. Durch die beständige Solarförderung kosten Fotovoltaikanlagen durchschnittlich nur noch 2 000 € pro Kilowatt Peak und damit halb so viel wie noch vor drei Jahren. Damit hat das EEG einen ganz entscheidenden Punkt erreicht, nämlich die Serienfertigung zu vergünstigen. Das ist doch das Ziel dieser Förderung. Dieses Ziel darf man nicht konterkarieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es ist in diesem Zusammenhang auch ein großer Erfolg des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, dass der Sonnenstrom mit teilweise 18 Cent pro Kilowattstunde sogar mit dem Haushaltsstrom mithalten kann. Ich denke, dass damit auch über den Strompreis die Fördergelder gut angelegt sind.

(Daniel Renkonen)

Ich nenne eine Zahl: Jeder Stromkunde zahlt im Schnitt 10,30 € monatlich für die erneuerbaren Energien in Deutschland – nicht nur für die Solarenergie. Aber ich denke, wir sind gern bereit, diesen Betrag zu opfern, wenn wir dadurch mehr Arbeitsplätze schaffen können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es wäre fatal, wenn sich Wirtschaftsminister Rösler und Umweltminister Röttgen mit ihren abstrusen Reformvorschlägen durchsetzen, die der Solarbranche innerhalb von vier Jahren Kürzungen von bis zu 80 % bescherten. Das hält die Branche unserer Meinung nach nicht durch.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Stattdessen brauchen unsere Unternehmen vor allem eines: Planungssicherheit und eine verlässliche Förderpolitik.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Renkonen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kößler?

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Nach meiner Rede bitte.

Besonders bei größeren Anlagen von über 100 kW sollte eine geringere Kürzung der Vergütungssätze erfolgen, wenn diese zur Stabilisierung des Stromnetzes beitragen können.

Meine Damen und Herren, gemeinsam mit der SPD appellieren wir daher an Sie, den Kürzungen so auf keinen Fall zuzustimmen. Wir wollen an die Bundesregierung ein Signal des Landes Baden-Württemberg aussenden, diese Pläne sofort wieder zurückzunehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen keinen Zubaudeckel, sondern wir brauchen einen atmenden Deckel, einen Ausbaukorridor, der eine Zubauleistung von mindestens 3,5 GW pro Jahr ermöglicht. Außerdem sollten die Anpassungen der Fördersätze in vierteljährlichen Abständen und nicht im monatlichen Rhythmus erfolgen, denn das EEG ist kein Wechselkurssystem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wir halten das bewährte System mit einer Basisdegression weiterhin für erforderlich. Wir sagen aber auch, dass wir das EEG nie als Dauersubvention betrachtet haben, sondern als Anreizsystem, um eine wirtschaftliche Serienfertigung zu ermöglichen.

In diesem Sinn: Setzen Sie sich mit uns und mit der Kraft der Sonne und nicht mit der Kraft des Rotstifts für eine andere Förderpolitik auf Bundesebene ein!

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt noch die Zwischenfrage. Bitte.

**Präsident Guido Wolf:** Bitte schön, Kollege Kößler.

**Abg. Joachim Kößler CDU:** Es ist keine Zwischenfrage, es ist eine Nachfrage. – Kollege Renkonen, ich will Ihnen nur einmal folgende Daten nennen. Wir geben für Subventionen in diesem Bereich 8,2 Milliarden € im Jahr aus.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das sind doch keine Subventionen! Das ist eine Umlage!)

– Im Jahr 8,2 Milliarden €. Wir erzeugen durch Fotovoltaik 3 % des Stroms. Ich will die Förderung, die es in der Vergangenheit gab, gar nicht kritisieren. Ich will auch nicht kritisieren, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber die Frage ist, ob man eine Dauerförderung macht oder jetzt überfördert. Ebendas ist der Grund für die Kürzungen. Wir können bestimmte Dinge ...

(Zuruf: Frage! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Kößler, bitte stellen Sie eine Frage.

**Abg. Joachim Kößler CDU:** ... nicht dauersubventionieren. – Die Frage ist: Was sagen Sie zu dieser Aussage?

(Heiterkeit)

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Ich halte sie für falsch, Herr Kößler, aber ich möchte es auch erklären.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Menschen kann man anschreien, Zahlen nicht – um Ihren Ministerpräsidenten zu zitieren! – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

– Es freut mich, dass Sie mich so charmant anlächeln, Frau Gönner.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das geht durch Mark und Bein, nicht?)

Nein, eine Subvention fand bei der Atomenergie statt. Nehmen Sie die Aufbereitungsanlage Wackersdorf: 3,5 Milliarden DM hat der Staat über Steuergelder hineingepumpt. Aber bei den erneuerbaren Energien ist das anders. Die Kosten werden via EEG-Umlage auf den Strompreis umgelegt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist ja das Schlimme!)

Ich habe ja erklärt: Es ist keine Dauersubvention. Schauen Sie aber doch einmal, welche wirtschaftlichen Effekte da in den letzten Jahren geschaffen worden sind. Darum geht es doch. Es geht nicht nur um den Anteil an den erneuerbaren Energien, sondern es geht auch um die Arbeitsplätze, die wir hier geschaffen haben,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: In China!)

und vor allem auch um die Studiengänge. Das kann ich doch nicht einfach negieren und von heute auf morgen streichen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Ich möchte zum Thema Zuschüsse noch ein anderes Beispiel nennen. Nehmen wir einmal die Schülerbeförderungskosten, und stellen Sie sich einmal vor, das Land würde von heute auf

(Daniel Renkonen)

morgen den Landkreisen sagen: Ihr bekommt 50 % weniger. Dann würde der Schülerverkehr in Baden-Württemberg doch teilweise zusammenbrechen. So ähnlich ist es auch bei diesem Gesetz, das die Bundesregierung fatalerweise verabschieden will.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abg. Stober.

**Abg. Johannes Stober SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über das Thema „Kürzung der Solarförderung auf Bundesebene“. Lassen Sie mich einmal nicht mit einem Papier von den Grünen oder von der SPD einsteigen, sondern mit einem, wie ich finde, sehr interessanten Brief, den die KEA sowie 17 regionale Energieagenturen des Landes dieser Tage Herrn Röttgen und Herrn Rösler zugeschickt haben, und zwar mit Datum 13. März, also vorgestern. Denn ich glaube, in diesem Saal können einige aus diesen Worten einiges lernen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Stober, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Nemeth?

**Abg. Johannes Stober SPD:** Nein.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Stober hat doch noch gar nichts gesagt! – Abg. Paul Nemeth CDU: Dass man auch nicht mehr eine Frage stellen darf!)

– Herr Nemeth, Sie haben nachher auch noch entsprechende Redezeit; dann können wir auf dieser Ebene unsere Argumente austauschen.

Ich zitiere – weil ich glaube, dass einiges daraus hervorgeht – aus diesem gemeinsamen Brief von der KEA und den regionalen Energieagenturen:

*Bereits heute ist ein Degressionsszenario vereinbart, das die Photovoltaikindustrie in eine beispiellose Lernkurve zwingt. Keine andere Technologie zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien hat bis heute so drastische Kosteneinsparungen erzielt, und keine andere Stromerzeugungstechnologie hat noch vergleichbare Kosteneinsparpotenziale vor sich.*

*Sehen Sie es als verlässliche Politik an, wenn Sie nach nur zehn Wochen Geltungsdauer der aktuellen Vergütungen eine neue Kürzung vornehmen?*

*Ja, Photovoltaik war über viele Jahre eine volkswirtschaftlich gesehen sehr teure Form der Stromerzeugung. Schon heute jedoch ist PV-Strom günstiger als Offshore-Windstrom und wird näher an Verbrauchsschwerpunkten erzeugt, sodass hierfür kein Ausbau von Transportkapazitäten erforderlich ist.*

*Um es jedoch deutlich zu machen: Es geht nicht um Wind oder PV, es geht nicht um Biomasse oder Wasserkraft, sondern wir müssen alle regenerativen Erzeugungs- und zudem alle Effizienzpotenziale erschließen, um die Energiewende zu schaffen.*

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

*Lassen Sie die zusätzliche Kürzungsrunde ausfallen, und verzichten Sie auf den geplanten nicht mehr atmenden Deckel, der zum Ersticken der mit viel öffentlichem und privatem Kapital aufgebauten Photovoltaikindustrie in Deutschland führen dürfte! Auch die Deckelung der Vergütung auf 85 oder 90 % der Erzeugung führt zu einem drastischen Einbruch des PV-Ausbaus durch viele kleine Genossenschaftler oder Privatinvestoren.*

Ich glaube, deutlicher, als es die KEA und die regionalen Energieagenturen in diesem Land Ihnen oder auch Herrn Röttgen und Herrn Rösler hier ins Stammbuch geschrieben haben, kann man es nicht tun. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, welche verheerenden Auswirkungen diese Politik von Schwarz-Gelb auf Bundesebene hat.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Aber noch einmal allgemein zum Thema EEG: Das EEG, das im Jahr 2000 von Rot-Grün beschlossen wurde – die Vorgängerregelung war das Stromeinspeisungsgesetz, das noch aus der Regierungszeit der CDU, aus dem Jahr 1991 stammte –, ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Damit wurde der Durchbruch für den Ausbau der regenerativen Energien geschafft, insbesondere für die Windenergie und die Fotovoltaik, mit den Einschränkungen für die Windenergie in Baden-Württemberg, über die wir gestern diskutiert haben. Deswegen ist das eine einzigartige Erfolgsgeschichte.

Damit ist auch ein Zweites erreicht worden: Die Fördersätze pro Kilowattstunde Strom sind gigantisch gesunken, von 99 Pfennig pro Kilowattstunde, die es am Anfang gab, auf 20,77 Cent, die nach der derzeitigen Gesetzeslage ab Juli 2012 vorgesehen sind. Darüber hinaus wollen Sie noch einmal zulangem? Glauben Sie, dass das wirklich sinnvoll und hilfreich ist?

(Abg. Paul Nemeth CDU: Ja!)

Meinen Sie nicht auch, dass sich bei einer darüber hinausgehenden Kürzung nicht vielmehr die Frage stellen würde, die auch in der Stellungnahme der Landesregierung zum Ausdruck kommt, nämlich ob diese Kürzung – wir haben schon gigantische Kürzungen, die wir in dieser Größenordnung auch für richtig halten – für die Firmen hier im Land oder auch in China wirtschaftlich noch tragbar wäre? Selbst die Firmen dort würden es nicht mehr schaffen; es würde zu einem gigantischen Einbruch kommen. Herr Kollege Nemeth, das ist auch beim allerbesten Willen und angesichts aller Ziele der Marktintegration nicht mehr darstellbar.

Herr Kollege Kößler hat es bereits angesprochen: Wir würden viel von dem Geld, das die Stromkunden in den letzten Jahren bezahlt haben, zum Fenster hinausschmeißen, wenn wir jetzt diese unbedachte Nacht- und Nebelaktion durchführen würden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich möchte noch kurz auf die Punkte eingehen, die gerade auf Bundesebene geplant sind. Das eine ist der Bruch des Vertrauensschutzes dadurch, dass man die Regelung bereits zum 9. März in Kraft treten lassen wollte. Da gibt es eine Absetzbewegung, die eine andere Richtung einschlagen will; wir begrüßen natürlich, dass da allmählich etwas Einsicht entsteht.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Wir auch!)

(Johannes Stober)

Aber – darauf habe ich eben schon hingewiesen – die weitere Absenkung der Sätze um bis zu 30 %, wie sie jetzt geplant ist – schon jetzt sind die Sätze von 28,74 Cent Ende 2011 auf 20,77 Cent abgesenkt worden; das war bereits eine Absenkung um rund 30 % –, die Absicht, hier noch einmal draufzusatteln, würde die Branche wirklich in Gefahr bringen und viele der 130 000 Arbeitsplätze, die es in Deutschland in der Solarbranche gibt, gefährden. Herr Kollege Renkonen hat dies schon angesprochen. Das kann also nicht sinnvoll sein.

Es gibt aber noch etwas anderes, was überhaupt nicht sinnvoll sein kann. Denn wir haben einen Korridor zum Ausbau der erneuerbaren Energien vereinbart, und zwar sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene, der im Bereich Fotovoltaik im Augenblick bei 3,5 GW pro Jahr liegt. Wenn man diesen Wert ab dem Jahr 2017 auf bis zu 0,9 GW zurückfahren will, kann man jeden Ausbau der erneuerbaren Energien letztlich vergessen. Das wäre der Abbruch einer gemeinsamen Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte noch auf einen anderen Randpunkt hinweisen; denn in der gestrigen Debatte gab es Zurufe in Bezug auf den Netzausbau. Wir haben derzeit die Situation, dass die Bundesnetzagentur ein Szenario für den Netzausbau erstellt, bei dem von 54 GW installierter Leistung durch Fotovoltaik bis zum Jahr 2022 ausgegangen wird. Wenn wir rund 10 GW weniger haben, ist das keine zu vernachlässigende Größenordnung. Sie müssen dabei wieder eine neue Schleife drehen und müssen Ihr Szenario und Ihre Gutachten verändern. Das, was Ihnen immer am Herzen liegt, nämlich der Ausbau der Netze, würde noch einmal weiter verschleppt werden. Auch das kann nicht im Sinne des Erfinders sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich denke, es gibt viele Gründe – deswegen haben wir das auch zum Beschlussantrag erhoben –, diese Gesetzesvorlage im Bundesrat abzulehnen und den Vermittlungsausschuss anzurufen. Wir sollten uns darüber einig und bewusst sein, dass das EEG eine große Erfolgsgeschichte ist. Das EEG hat uns, die Stromkunden, natürlich Geld gekostet – gar keine Frage –, aber es ist eine richtige und sinnvolle Investition.

Wir sind kurz vor dem Schritt der Netzintegration, der Marktintegration, der Netzparität. Wenn ich mir eine Studie des Fraunhofer-Instituts dazu anschau, wann der Punkt erreicht sein wird, dass der Strom aus Fotovoltaik günstiger ist als der, den man am Markt kaufen kann, dann stelle ich fest, dass wir im Privatbereich bereits in den nächsten Jahren so weit sind, im industriellen Bereich in den Jahren 2016/2017. Diese großen Erfolge dürfen wir uns jetzt nicht durch eine Nacht-und-Nebel-Aktion kaputt machen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deshalb mein Plädoyer, liebe Kolleginnen und Kollegen: Bekennen wir uns nun gemeinsam zum EEG. Ich hatte in der letzten Legislaturperiode immer den Eindruck, dass es dieses gemeinsame Bekenntnis gibt. Lassen Sie uns das EEG umsichtig weiterentwickeln und auch Reduzierungen vornehmen, aber natürlich nur dort, wo es der Markt ermöglicht. Lassen Sie uns gemeinsam gegen blinde Nacht-und-Nebel-Aktionen

auf Bundesebene vorgehen, die wir im Augenblick erleben und die wir beim besten Willen nicht gebrauchen können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Nemeth.

**Abg. Paul Nemeth** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde doch darum bitten, dass wir uns, bevor wir von Nacht-und-Nebel-Aktionen sprechen und Sie hier einen Sturm im Wasserglas veranstalten, einmal die Fakten und auch die Gemeinsamkeiten ansehen.

Herr Renkonen, ich bin durchaus bei Ihnen, dass wir natürlich im Bereich Entwicklung, Forschung und Wissenschaft weitermachen wollen. Da gibt es überhaupt keinen Dissens. Natürlich wollen wir die Energiewende aktiv mitgestalten. Wir alle hier im Haus sind uns doch einig, dass das EEG ein Erfolgsmodell ist. Aber Sie müssen doch auch ganz klar die Fakten anerkennen – gerade Grün-Rot sollte sich dies noch einmal überlegen –, dass es bei der Fotovoltaik zu einer klaren Überförderung gekommen ist,

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

und zwar deshalb, weil das Preis-Leistungs-Verhältnis von Jahr zu Jahr wesentlich besser wird. Wir hatten im Jahr 2011 einen Zubau wie noch nie in ganz Deutschland, im Besonderen in Baden-Württemberg.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ist doch wunderbar! Wenn wir die Energiewende wollen, müssen wir die Anzahl ausbauen!)

der bis an die Belastungsgrenze der Netze geht. – Frau Sitzmann, es ist nicht so, dass man einfach immer zubaut, zubaut, zubaut, während die Netze gar nicht mehr mithalten. Sie müssen einmal mit der EnBW und den anderen Netzbetreibern reden, welche Probleme die haben.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Wenn Sie zuvor mit ihnen reden würden, würden Sie hier nicht so flotte Sprüche machen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das mache ich ab und zu, Herr Nemeth!)

Wir hatten bei der Fotovoltaik – die ist so günstig wie noch nie – einen Preisverfall von 50 %. Wir haben von den 13 Milliarden € über das EEG 7 Milliarden € pro Jahr in die Fotovoltaik investiert. Das sind über 50 %; dies zeigt eindeutig, dass Korrekturen anstehen.

Weil der Umweltminister durch die Lande zieht und sagt, es gebe keine Branche mit einer solchen Innovationskraft und einem solchen Preisverfall, habe ich einmal nachgeschaut. Ich habe hier einen kleinen Siliziumchip mit 1 MB Speichervolumen.

(Der Redner hält einen Speicherchip hoch.)

(Paul Nemeth)

Der wurde übrigens in Böblingen produziert, einer sehr innovativen Stadt.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sehr gut!)

Auf diesem Chip – Silizium, Halbleiter – können Sie 1 000 Seiten speichern. Dieser Chip hat 1990 500 €, 1 000 DM, gekostet. Ich habe heute Morgen bei Saturn eine 4-GB-Hauptspeichererweiterung gekauft. Das ist das viertausendfache Speichervolumen. Dieses Teil kostete 27 €. Das entspricht einem Zwanzigstel des damaligen Preises, und dieser Chip hat die viertausendfache Leistung. Das hat sich innerhalb der letzten 20 Jahre getan. Es zeigt Ihnen, dass die beschriebene Methode in der Halbleiterindustrie längst gegeben ist.

Deswegen sollten wir damit beim EEG weitermachen. Es ist im Interesse der Mieter, und es ist im Interesse des kleinen Mannes, Herr Schmiedel, wenn wir die Fördersummen reduzieren und es endlich gemeinsam schaffen, dass die Fotovoltaik Netzparität erreicht. Das wollten wir doch immer gemeinsam schaffen. Das EEG war ein Projekt, um die Markteintrittshilfe zu gestalten. Aber unser politisches Ziel muss doch sein, dass die Strompreise in Deutschland bezahlbar bleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dann müssen wir aber diese Innovationssprünge nutzen und die Preise reduzieren.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Aber nicht so unberechenbar wie die CDU! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wer das nicht tut, macht sich zur Partei der Besserverdienenden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Er trägt dann die Verantwortung dafür, dass einige wenige Investoren über 20 Jahre hinweg Renditen von 10 bis 15 % erreichen und der kleine Mann die Rechnung zu bezahlen hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja! Der zahlt!)

Das ist die Wahrheit bezüglich der Fotovoltaikentwicklung in Deutschland.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut!)

Deswegen warne ich etwas vor dem, was die Grünen hier beantragen. Es ist klar: Sie lenken im Grunde von Ihrer eigenen Konzeptionslosigkeit ab. Sie handeln in Stuttgart noch immer, als wären Sie in der Opposition; Sie schauen nach Berlin, obwohl Sie hier in Baden-Württemberg meiner Meinung nach für die Energiewende gewählt worden sind. Sie haben bis heute kein Energiekonzept vorgelegt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt doch nicht! – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Hören Sie auf! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Hören Sie auf das, was Ihnen der Minister erzählt!)

Sie haben kein Speicherkonzept vorgelegt, obwohl Sie es für Atdorf versprochen haben, Sie haben kein Netzkonzept vor-

gelegt, und Sie tun zu wenig für die Energieeffizienz in Baden-Württemberg.

Deswegen: Machen Sie lieber erst einmal selbst Ihre Hausaufgaben, und dann sorgen wir gemeinsam dafür, dass die Fotovoltaik

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Aber die Bundesregierung muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass es überhaupt zu einer Energiewende kommen kann!)

einen Durchbruch erreicht und dass das EEG letztlich überflüssig wird, weil die Fotovoltaik wettbewerbsfähig ist. Auf diesem Weg befinden wir uns.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie tun gut daran, wenn Sie diesen Weg mit uns mitgehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Die Regierungsfaktionen sind sprachlos! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Glück.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was hat denn Herrn Schmiedels Taschenrechner an Leistungskapazität?)

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie, Herr Stober, sich zu all diesen üblen Ankündigungen – die Fotovoltaikindustrie werde zusammenbrechen etc. – an dieser Stelle gesagt sein: Wir haben das Lehrgeld dafür gezahlt; der Korridor, den wir auf 3 500 MW Peak pro Jahr angesetzt hatten, wurde mehr als verdoppelt. Im letzten Jahr gab es unter dem Strich fast 8 000 MW Zubau und im vorvergangenen Jahr 7 500 MW.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was?)

Wenn Sie sich gleich auf den Korridor berufen und das Ganze totreden, dann macht es das nicht unbedingt besser.

Das EEG – ich glaube, da sind wir uns einig – muss immer wieder angepasst werden, damit es entsprechend funktioniert. Allein in den vergangenen beiden Jahren sind – ich hatte es gesagt – Fotovoltaikanlagen mit einer Leistung von 15 GW installiert worden. Wir wollen festhalten: Das ist mehr als in der gesamten Amtszeit der rot-grünen und der Großen Koalition auf Bundesebene, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Wir haben den Korridor bei Weitem überschritten. Das ist doch schon einmal das Zeichen dafür, dass eine deutliche Absenkung nötig ist.

(Abg. Johannes Stober SPD: Die passiert doch auch!)

Nächster Punkt: Im Jahr 2010 betrug die Umlage nach dem EEG 2 Cent pro Kilowattstunde. Das bedeutet, dass ein Vierpersonenhaushalt 71 € pro Jahr für erneuerbare Energien bezahlte. Hätten wir alles so belassen, hätte die Umlage nach

(Andreas Glück)

dem EEG im Jahr 2012 bereits bei 140 € pro Haushalt und Jahr gelegen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

– Natürlich stimmt es.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Nein!)

Rechnen Sie es nachher noch einmal in Ruhe aus. Ich glaube, das würde Ihnen guttun.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nehmen Sie einmal den Taschenrechner!)

Nach der Reduzierung der Umlage sind wir mittlerweile trotzdem noch bei 125 € pro Jahr für einen Vierpersonenhaushalt. Auch das zeigt uns: Wir sind über diesen 3,5 Cent pro Kilowattstunde, mit denen man die EEG-Umlage stabil halten wollte. Das zeigt deutlich, dass eine Absenkung notwendig ist.

Wer jetzt von Sturzflug oder Sinkflug redet, liegt falsch. Herr Stober, das haben Sie gerade Gott sei Dank nicht getan. Im Ausschuss haben Sie aber von einem Sinkflug gesprochen. Darauf habe ich Ihnen damals entgegnet: Das ist kein Sinkflug, sondern das EEG war nie als dauerhafte Subventionslösung gedacht. Deswegen ist das kein Sinkflug. Es ist völlig normal, dass die Subvention zurückgefahren wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nun zur kritischen Situation der Solarwirtschaft. Ja, es ist richtig, dass die Solarindustrie in Deutschland derzeit um das Überleben bangt. Das hängt aber weniger mit der Vergütungshöhe als solcher zusammen, sondern hat damit zu tun, dass unsere europäischen Nachbarn und auch die USA die Subventionen zurückgefahren haben und jetzt jeder Mitbewerber auf den deutschen Markt drängt. Das geschieht aber vollkommen unabhängig davon, ob die Vergütung bei 19 Cent oder bei 31 Cent liegt.

Hier noch geschwind ein paar andere Stimmen; denn Ihre Schwarzmalerei ist nicht auszuhalten. Deshalb möchte ich einmal auf Folgendes verweisen: Am 29. Februar 2012 sagte der Energieexperte der Verbraucherzentrale zu den Plänen der Bundesregierung, die Solarförderung zu kürzen:

*Das ist ein guter Tag für die Energiewende.*

Am 9. März 2012 hieß es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dass der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags mit einem Rekordausbau der Photovoltaik im Umfang von 8 000 MW im Jahr 2012 rechne.

Die Situation wird auch dann klar, wenn man sich einmal die Preisentwicklung anschaut. Im Jahr 2006 kostete eine Anlage noch 5 000 € pro installiertem Kilowatt Peak. Mittlerweile sind wir bei 2 200 €. Da muss man doch ganz ehrlich sagen: Es wird Zeit, die Solarförderung deutlich abzusenken.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht Herr Umweltminister Untersteller.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Kollege Stober hat es schon angesprochen: Der Ausbau und die Nutzung der Solarstromerzeugung in Deutschland und speziell in Baden-Württemberg ist – um es einmal so deutlich zu sagen – eine Erfolgsstory. Ich will versuchen, Ihnen das anhand einiger Beispiele zu verdeutlichen.

Wir hatten Ende 2011 in Baden-Württemberg eine installierte Leistung von ungefähr 4 GW. Allein im vergangenen Jahr haben wir 1 000 MW zugebaut. Im Jahr zuvor haben wir ebenfalls 1 000 MW zugebaut. Wenn wir in der Zukunft jährlich auch nur halb so viel zubauen könnten, nämlich 500 bis 600 MW, kämen wir dabei im Jahr 2020 auf einen Anteil an der Bruttostromerzeugung von 11 bis 12 %.

Diese 4 GW, die wir heute an installierter Leistung haben, sind mehr, als sich die frühere Landesregierung in ihrem Energiekonzept bis zum Jahr 2020 zum Ziel gesetzt hat. Daran können Sie erkennen, wie man die erneuerbaren Energien unterschätzen kann.

Um diese Erfolgsstory weiter zu verdeutlichen, möchte ich den gestrigen Tag in den Blick nehmen. Auf der Website der EnBW-Netzgesellschaft, der Transnet, kann man sehen, welchen Anteil die eingespeiste Solarenergie in Baden-Württemberg jeweils ausmacht. Bezogen auf den gestrigen Tag sind dort folgende Zahlen zu sehen: Gestern Morgen um 10:00 Uhr hatten wir eine Einspeisung von 1 000 MW. Zwischen 12:00 Uhr und 14:00 Uhr hatten wir eine Einspeisung von 2 500 MW. Um 17:00 Uhr ist die Einspeisung dann wieder auf 1 000 MW gesunken.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und um 21:00 Uhr?)

Das heißt unter dem Strich, Herr Kollege Bullinger: In der Phase zwischen 10:00 Uhr und 17:00 Uhr – wohlgemerkt im März; Sie können sich ausrechnen, wie es in den Monaten Juni, Juli und August aussehen wird – haben Sie in unserem Netz die Leistung von mindestens einem Kernkraftwerk, in der Mittagszeit sogar die Leistung von zwei Kernkraftwerken über Solarenergie abgedeckt. Das ist eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zu dieser Erfolgsgeschichte gehört auch – das sollte man sich mit Blick auf die Strompreisentwicklung auch einmal anschauen –, dass die Solarenergie parallel

(Zuruf von der CDU: Und EEG?)

zum Spitzenlaststrombedarf der Industrie läuft. Was heißt das? Jetzt kommen wir auch wieder zu konkreten Zahlen. Im Sommer des vergangenen Jahres ist der Spitzenlaststrompreis um 3 € pro Megawattstunde gesunken. Das heißt, er wurde um 5 % reduziert. Auch das ist ein Teil der Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das heißt, die Solarenergie führt schon heute dazu, dass die Spitzenlaststrompreise sinken.

(Minister Franz Untersteller)

Die andere Seite der Medaille – da würde ich einmal darüber nachdenken, ob der Wind nicht aus dieser Richtung weht – ist, dass sich, wenn die Solarenergie in dieser Art und Weise erfolgreich ist – und wir eine Regelung im EEG haben, die besagt, dass die Einspeisung der erneuerbaren Energien Vorrang hat –, Auswirkungen auf die Bestandskraftwerke – da reden wir über Braunkohlekraftwerke und Steinkohlekraftwerke – gehen Stück für Stück herunter. Das heißt natürlich: Diejenigen, die hier noch – ich sage es jetzt mit meinen Worten – stark in der „alten Energiewelt“ engagiert sind, haben natürlich kein Interesse daran, dass die erneuerbaren Energien und darunter insbesondere die Solarenergie weiter in diesem Tempo ausgebaut werden, wie es in den vergangenen Jahren der Fall war.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Wenn man einmal ehrlich ist: Das ist der Hauptgrund für die Debatte, die wir in den vergangenen Wochen hatten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zu der Erfolgsgeschichte gehört dann auch – Kollege Stober hat es, glaube ich, erwähnt, aber auch Herr Renkonen hat es kurz angesprochen –, dass wir in Deutschland heute 120 000 hochwertige Arbeitsplätze im Bereich der Solarstrombranche haben. In Baden-Württemberg, Herr Kollege Renkonen, sind es übrigens nicht nur die 6 000 Arbeitsplätze, die wir im Bereich des Maschinen- und Anlagenbaus haben, sondern wenn man die ganzen Forschungseinrichtungen – Fraunhofer-Institut in Freiburg, ZSW, Institut für Photovoltaik in Stuttgart usw. – sowie die Zuliefererbranche hinzurechnet – Stichworte Wechselrichter aus Neckarsulm und anderes –, kommt man in Baden-Württemberg insgesamt auf ein Potenzial von 15 000 hochwertigsten Arbeitsplätzen, die heute an diesem Sektor hängen.

Vielleicht noch einen vierten Aspekt zu dieser Erfolgsgeschichte – damit komme ich zur EEG-Novelle –: Der vierte Aspekt der Erfolgsgeschichte hängt mit dem enormen Effizienzfortschritt zusammen, den wir in den vergangenen Jahren in dieser Branche erlebt haben, und mit den enormen, aus den Effizienzfortschritten hergeleiteten Kostenreduktionen.

Ich will Ihnen auch dazu ein paar Zahlen nennen. Im Jahr 2007 hatten wir noch eine Vergütungshöhe von 0,49 €, sprich 49 Cent pro Kilowattstunde, die gezahlt wurden. Im Jahr 2007 waren es also noch 49 Cent. Im Jahr 2008 waren es dann 45 Cent. Dann ging die Vergütung rasch nach unten. Mitte 2010 waren es noch 30 Cent pro Kilowattstunde, und zum Jahreswechsel 2011/2012 sank sie auf 24 Cent. Was bedeuten diese 24 Cent?

(Abg. Paul Nemeth CDU meldet sich.)

– Keine Zwischenfragen. Ich beantworte sie anschließend. Okay?

Diese 24 Cent, Herr Kollege Nemeth, bedeuten: Bereits heute haben wir Netzparität erreicht. Das heißt, die Stromgestehungskosten bei kleinen Dachanlagen sind heute auf dem Niveau, das Sie und ich zahlen, das jeder von uns hier und heute über die Stromrechnung an seinen Stromlieferanten zahlt.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Genau! Das soll so weitergehen!)

– Das soll so weitergehen. – Ich komme aber gleich dazu, wie Sie das aus meiner Sicht gefährden.

Zunächst möchte ich noch eines ansprechen, das auch dazu gehört.

(Abg. Winfried Mack CDU: Schön in der Spur bleiben!)

– Keine Bange! Da braucht ihr bei mir keine Sorgen zu haben.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gut! Keine Pirouetten!)

Zur Erfolgsstory der erneuerbaren Energien gehört auch: Keine der Erneuerbare-Energien-Technologien eignet sich so wie die Solartechnologie, Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen und an der Energiewende zu beteiligen. Schauen Sie einmal: 80 % der über eine Million Anlagen, die heute in Deutschland installiert sind – ein Großteil davon sind, wie vorhin schon angesprochen worden ist, in Baden-Württemberg und Bayern installiert –, sind im Besitz von Privaten, im Besitz von Landwirten und im Besitz von Gewerbebetrieben. Nur 0,2 % sind im Besitz der vier großen Energieerzeuger. Auch darüber kann man einmal nachdenken.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Öffentliche Hand!)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, diese Erfolgsgeschichte wird mit dem, was Röttgen und Rösler hier vorgelegt haben und was Ihre Fraktionen in Berlin übernommen haben, massiv unter Feuer genommen. Sie setzen das ohne Not – wohlgermerkt ohne Not – aufs Spiel. Dafür habe ich null, aber auch absolut null Verständnis.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Paul Nemeth CDU: Genau das Gleiche haben Sie 2008 auch schon gesagt! Genau das Gleiche!)

Diejenigen, die in Berlin – daran will ich auch einmal erinnern; keine zehn Monate ist es her – eine Energiewende auf den Weg gebracht haben, entpuppen sich heute als diejenigen,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

die den Erfolg dieser Energiewende gefährden, und zwar wiederum ohne Not.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Paul Nemeth CDU: Das ist unwahr! Absolut unwahr! – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Sie stürzen damit die deutsche Solarbranche und viele Unternehmen und auch Forschungseinrichtungen

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das haben Sie 2008 auch schon gesagt! Genau das Gleiche!)

hier in Baden-Württemberg in riesige Probleme. Kollege Stober hat Ihnen vorhin aus dem Schreiben der regionalen Energieagenturen zitiert;

(Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt kommen Sie doch wieder zurück! – Abg. Paul Nemeth CDU: Er soll Kunden beraten, nicht Politik machen! – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: Das ist die Einstellung! Schau an!)

(Minister Franz Untersteller)

die aus Böblingen ist übrigens auch dabei. Er hat Ihnen vorhin einmal zitiert, wie es gesehen wird.

Jetzt kommen wir einmal zu dem Punkt, den Kollege Köbler angesprochen hat, nämlich zu den Kosten.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das ist unglaublich! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

In der Vergangenheit hat die Solarstromerzeugung einen großen Anteil der Vergütungen nach dem EEG in Anspruch genommen – Sie haben vorhin die Zahl genannt –, pro Jahr zwischen 7 und 8 Milliarden €. Jetzt frage ich Sie einmal: Was ändert sich denn mit dem, was da jetzt beschlossen werden soll, in den nächsten Jahren an diesen 7 bis 8 Milliarden €? Überhaupt nichts.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Gar nichts! – Abg. Paul Nemeth CDU: Es geht um die Überförderung, um den Zubau!)

Vielmehr haben wir hier Altlasten; wir haben sie noch einige Jahre. Das war nun einmal der Anfangszeit der Entwicklung dieser Technologien geschuldet. Das ist der Punkt.

(Abg. Paul Nemeth CDU: So können wir doch nicht weitermachen!)

Aber Sie müssen doch einmal sehen: Wir sind bei den Solartechnologien mittlerweile auf einem Niveau, bei dem es wirklich wirtschaftlich interessant wird, dies weiter voranzutreiben.

(Abg. Winfried Mack CDU: Es wird noch besser! Es sind noch viele Steigerungen möglich! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Deshalb braucht man keine Förderung mehr!)

Ausgerechnet in dieser Phase bremsen Sie das in einer Art und Weise massiv ab, die für mich nun wirklich nicht mehr nachzuvollziehen ist. Sie haben sich innerhalb von zehn Monaten auf Bundesebene in der Energiewende von der Lokomotive ins Bremserhaus begeben.

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein!)

Das ist die Realität.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Paul Nemeth CDU: Das hätten Sie gern!)

Ich will einmal ein paar Punkte aus dieser Novelle herausgreifen, um Ihnen deutlich zu machen, warum mich das so aufregt. Nehmen wir einmal den Punkt, dass Sie die Neuregelung ursprünglich rückwirkend zum 9. März in Kraft treten lassen wollten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wer ist „Sie“?)

– Rösler und Röttgen und mittlerweile die beiden Koalitionsfraktionen in Berlin. – Mittlerweile hat man das auf den 1. April korrigiert. Jetzt muss man sich einmal überlegen, was das bedeutet. Wir reden über Tausende von Handwerksbetrieben in Deutschland, die Anlagen, Komponenten vorbestellt haben. Wie sollen sie denn innerhalb kürzester Zeit, innerhalb von zwei, drei, vier Wochen

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Eben! Das geht doch gar nicht!)

diese Vorbestellungen in einer Situation, in der die Kunden von ihren Sonderkündigungsrechten Gebrauch machen, am Markt unterbringen? Das heißt, sie stürzen damit auch Handwerksbetriebe in massive Liquiditätsprobleme.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das wird automatisch der 1. Juli!)

Zu den Kürzungen im EEG: Es ist doch unbestritten, dass das EEG keine Dauersubventionierung bewirken kann.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Das bestreitet doch überhaupt niemand. Es ist auch völlig richtig, dass wir im EEG einen sogenannten „atmenden Deckel“ – so nennt sich das nun einmal in Fachkreisen – haben. Das bedeutet: Proportional zum Umfang des Ausbaus, den wir pro Jahr hinbekommen, wird reduziert. Was heißt das? Um die Jahreswende 2011/2012 wurde um 15 % reduziert. Keine drei Monate später wollen Sie – zusätzlich zu den 15 % – je nach Anlagengröße wiederum um 20 bis 30 % reduzieren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das geht doch gar nicht!)

Sie meinen, im Anlagensektor von 10 bis 30 kW – sprich die mittelgroßen Dachanlagen, die im gewerblichen Bereich, aber auch auf manchen privaten Häusern zu finden sind – innerhalb von drei Monaten eine Kostenreduktion von 43 % durchsetzen zu können. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass so etwas möglich ist,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

dass die Unternehmen so etwas verkraften. Ich sage Ihnen: Damit gefährden Sie die mittelständisch orientierten deutschen Solarenergieanlagenhersteller und die Produzenten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist das! – Abg. Peter Hauk CDU: Vielleicht die Chinesen! Das kann sein!)

Übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, empfehle ich Ihnen einfach einmal einen Blick in das von Ihnen selbst vor wenigen Wochen verabschiedete Energiekonzept. Ich habe da noch gestern Abend hineingeschaut.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das sollten Sie öfter tun!)

Schauen Sie dort einmal auf Seite 25. Ich zitiere Ihnen einmal, was dort zu lesen ist:

*Mittel- bis langfristig ist aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion durch eine weitere Absenkung der Einspeisevergütung, die ständigen Anreiz zu weiterer technischer Innovation gibt und mit ihr Hand in Hand gehen muss, die Kostenkonkurrenzfähigkeit zum Haushaltsstrompreis („Netz-Parität“) dauerhaft zu erreichen.*

(Abg. Paul Nemeth CDU: Da sind wir uns doch einig!)

(Minister Franz Untersteller)

Diese ist schon heute erreicht. Ich zitiere weiter – jetzt kommt's –:

(Abg. Paul Nemeth CDU: Ja was? – Gegenruf von den Grünen: Zuhören!)

*Wichtig dabei ist jedoch, jede weitere Absenkung der Einspeisegebühren mit Augenmaß durchzuführen.*

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Bravo!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, meine Bitte an Sie lautet: Tragen Sie diese Botschaft nach Berlin.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! – Abg. Andreas Stoch SPD: Vielleicht schon am Samstag! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Samstag und Sonntag ist Gelegenheit!)

Ein weiterer Punkt, den ich zu dem, was da jetzt geplant ist, ansprechen möchte, ist die Einschränkung bzw. die Absenkung des Zubaukorridors. Was soll es denn bringen, wenn man künftig Jahr für Jahr den Korridor um 400 MW reduziert, so dass wir im Jahr 2016 noch auf einen Ausbaukorridor von bundesweit maximal 1 700 MW kommen, wenn wir in Baden-Württemberg im letzten Jahr schon einen Ausbau um 1 000 MW realisiert haben? Was soll das?

Wie will denn die Bundesregierung bei einem solchen Zubaukorridor ihr eigenes Ziel erreichen, von dem heutigen Stand von 24 GW auf 52 GW im Jahr 2020 zu kommen? Man muss in Mathe nicht arg gut gewesen sein, um zu merken, dass, wenn man 1,7 GW mit acht multipliziert und 24 GW addiert, keine 52 GW herauskommen. Auch darüber sollten Sie einmal nachdenken. Mit einem solchen Zubaukorridor wird die Bundesregierung ihr Ziel bei den erneuerbaren Energien

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nicht erreichen!)

nicht erreichen. Auch unser Ziel in Baden-Württemberg, einen Anteil der erneuerbaren Energien von 11 % an der Bruttostromerzeugung zu erreichen, ist gefährdet. Aber auch das Ziel in Ihrem Energiekonzept, nämlich einen Anteil von 8 % zu erreichen, ist damit nicht erreichbar. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Paul Nemeth CDU: Das schaffen wir locker! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber doch nicht mit diesem Zubaukorridor! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE zur CDU: Nichts verstanden! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Master of Disaster!)

Was wir aus meiner Sicht brauchen, ist eine Zubaurate von bundesweit 3 500 MW pro Jahr. Das ist meines Erachtens eine vernünftige Größenordnung. Das entspricht in etwa der Hälfte des Zubaus vom vergangenen Jahr. Deshalb war mein Vorschlag: Man kann durchaus weiter absenken, aber in einer vernünftigen Art und Weise und nicht in dieser Brachialtour, wie dies derzeit geplant ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen. Da kann ich mich nur über diejenigen wundern, die ansonsten immer so gern die Entbürokratisierung im Mund führen. Man muss einmal Folgendes sehen: Es wird eine neues Konzept vorgelegt, bei dem es heißt: Wir teilen jetzt die Anlagen in drei Größenordnungen, nämlich kleine, mittlere und große Anlagen, auf, und ab Mai senken wir für all diese Anlagen die Vergütung monatlich – monatlich! – um 0,15 Cent pro Kilowattstunde. Zwölf – das Jahr hat zwölf Monate – multipliziert mit drei ergibt 36. Wir haben also zukünftig jährlich 36 verschiedene Tarife.

Mit Blick auf die kleinen Netzbetreiber kann ich hierzu nur sagen: Viel Vergnügen mit einem solchen bürokratischen Aufwand. Ihre Regierung in Berlin mutet diesen Netzbetreibern den bürokratischen Aufwand zu, mit 36 verschiedenen Tarifen hier zurechtzukommen. Ich meine, mit SAP geht vieles. Aber man muss es doch den Leuten nicht noch schwerer machen, als sie es ohnehin schon haben. Daher habe ich überhaupt kein Verständnis für diese Herangehensweise.

(Abg. Peter Hauk CDU: Da waren doch alle dafür!)

Fazit: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich kann Sie nur bitten, uns in unserem Kurs zu unterstützen, im Bundesrat zu versuchen, das Schlimmste, was hier vorgesehen ist, noch zu verhindern, auch im Interesse der mittelständischen Industrie, im Interesse der Forschungslandschaft und im Interesse der Handwerksbetriebe in Baden-Württemberg sowie in Ihrem und unserem Interesse, um die Energiewende tatsächlich zu einem Erfolg zu führen.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Bezahlbar!)

– Herr Kollege Nemeth, noch einmal: Wir sind doch mittlerweile auf dem Niveau angelangt – das haben Sie doch selbst vorhin gesagt –, bei dem die Netzparität erreicht ist. Wenn Sie mit Unternehmen aus der Anlagenbranche in Baden-Württemberg reden, wie Centrotherm, Manz oder Rena in Freiburg, dann bekommen Sie zu hören, dass diese Unternehmen in der Lage sind, bis Mitte dieses Jahrzehnts auf Stromgestehungskosten von 10 Cent pro Kilowattstunde zu kommen. Aber Sie müssen ihnen auch die Möglichkeit geben, das zu erreichen, und dürfen nicht die ganze Entwicklung abwürgen. Das machen Sie aber mit dieser EEG-Novelle.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zum Schluss noch einmal meine Bitte an Sie: Setzen Sie sich mit uns gemeinsam dafür ein, dass noch Korrekturen daran vorgenommen werden. Wir werden im Bundesrat alles versuchen, übrigens auch mit B-Ländern zusammen – ich empfehle hier auch einmal ein Gespräch mit so manchem Kollegen in Bayern, in Thüringen oder in Sachsen –, das, was hier vorgelegt wurde, im Bundesrat zu verhindern und damit in den Vermittlungsausschuss zu kommen, um wenigstens an der einen oder anderen Stelle noch eine Korrektur im Sinne der Arbeitsplätze, aber auch im Sinne der Energiewende vorzunehmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Wir kommen in eine zweite Runde. Die Regierung hat mehr als die Hälfte der Redezeit der Fraktionen beansprucht, sodass jede Fraktion noch einmal eine knappe Minute Redezeit hinzubekommt.

Zunächst spricht für die Fraktion GRÜNE Herr Kollege Renkonen.

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der heute noch gar nicht debattiert worden ist, aber auch Gegenstand des Antrags ist. Das ist die Beteiligung der Bundesländer. Diese findet nach der geplanten EEG-Novelle überhaupt nicht statt. Das muss man hier einmal sagen. Denn künftig will die Bundesregierung die Vergütungssätze für Solarstrom allein festlegen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da machen die Bundestagsfraktionen nicht mit, Herr Kollege!)

Das kann nicht sein. Deshalb bitten wir Sie, auch den Punkt in unserem Antrag zu berücksichtigen, dass Bundesländer wie Baden-Württemberg künftig gehört werden und dass nicht im stillen Kämmerlein in Berlin etwas ausgekaspert wird, was in die falsche Richtung geht. Insofern bitten wir um Zustimmung.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Kollege, das ist überholt! Das lassen sich die beiden Fraktionen nicht gefallen!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Stober.

**Abg. Johannes Stober SPD:** Ich hätte eigentlich gern nach dem Kollegen der CDU gesprochen. Aber manchmal geht eben nicht jeder Wunsch in Erfüllung.

(Abg. Volker Schebesta CDU: So ist es!)

Ich glaube, die zentralen Punkte sind genannt worden. Ich möchte nur noch einmal verdeutlichen, um was es uns bei unserem Entschließungsantrag geht, den wir jetzt beschließen werden.

Es geht nicht darum, zu verhindern, dass die Fotovoltaikvergütung gesenkt wird. Das hat der Herr Minister noch einmal ganz deutlich gesagt, Herr Kollege Nemeth. Stück für Stück kommen wir zur Netzparität. Diese haben wir heute erreicht. Es wird weitere Schritte geben. Der Erfolg der erneuerbaren Energien ist auch der Erfolg der Marktintegration. Deswegen ist es, glaube ich, eine ganz klare Ansage hier an dieser Stelle: peu à peu nach unten, aber nicht mit Brachialgewalt das abwürgen, was wir aufgebaut haben. Ich denke, wir sollten diese Erfolgsgeschichte fortschreiben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht letzten Endes darum, die erneuerbaren Energien wettbewerbsfähig, marktfähig zu machen. Wir sind dabei, das zu erreichen.

In diesem Sinn appelliere ich an Ihre Vernunft. Die Vernunft ist offenbar auch in vielen anderen Bundesländern – auch in B-regierten – vorhanden. Informieren Sie sich bei den Betroffenen auch darüber, was deren Probleme mit dieser Novelle

sind. Dann kommen wir vielleicht zu einer Lösung. Das Umweltministerium hat ja auch Vorschläge gemacht, wie man das Bestehende, ohne die Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden, vielleicht noch leicht unterschreiten kann.

Deswegen habe ich auch im Sinne der Energiewende in Baden-Württemberg eine dringende Bitte. Wir haben alle gemeinsame Ziele oder ungefähr gemeinsame Ziele. Der Herr Minister hat aus Ihrem Energiekonzept zitiert. Diese Ziele erreichen wir nur, wenn wir den Ausbau der Fotovoltaik nicht abwürgen. In diesem Sinn unser herzlicher Appell: Unterstützen Sie die Regierung bei diesem Kurs.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Nemeth.

**Abg. Paul Nemeth CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Minister hat vieles gesagt. Eines war sehr wichtig, und da stimme ich ihm ausdrücklich zu: Wir wollen jährliche Zubauraten von 3 500 MW für die nächsten Jahre. Das hat er gesagt, und das ist auch wirtschaftlich vernünftig.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Aber, meine Damen und Herren, wir hatten 7 000 MW Zubau im Jahr 2011 und im Jahr 2010. Warum ist das so? Wir haben eine massive Überförderung. Das Geld bezahlen die Bürgerinnen und Bürger. So können wir doch nicht weitermachen.

(Beifall des Abg. Peter Hauk CDU)

Es ist auch wichtig, zu wissen: Wir stehen bei der Fotovoltaiktechnologie nicht am Ende, sondern am Anfang der Entwicklung. Es ist gut, dass wir die Innovationsvorsprünge und den schnellen Wettbewerbsvorteil, den die Fotovoltaikindustrie durchlebt, nutzen, damit der Strompreis auch in Baden-Württemberg bezahlbar bleibt.

Noch eines: Es kommt auch nicht ganz von ungefähr, dass in Deutschland 50 % der gesamteuropäischen Fotovoltaikkapazitäten installiert sind –

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ist das gut oder schlecht? – Gegenruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

im schattigen Deutschland, nicht in Spanien, nicht in Frankreich, nicht in Griechenland. Ich sage nur, dass das auch europäisch betrachtet werden kann.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bedauern Sie das? – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Denn der Klimawandel ist doch kein deutsches Problem; er ist ein weltweites Problem. Deswegen möchte ich hier ganz klar sagen: Anstatt die massive Überförderung weiterzuführen, ist es klüger, auf eine europäische Architektur hinzuarbeiten.

Ich empfehle Ihnen, Herr Umweltminister: Lesen Sie weiter. Kommen Sie auch zu den Seiten 26 und 27 unseres Energiekonzepts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie schon auf Seite 25 waren: spitze!

(Paul Nemeth)

Unser Konzept hat 51 Seiten. Von Ihnen habe ich noch gar nichts gesehen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Andreas Stoch: Ach, die Seitenzahl ist entscheidend! – Unruhe)

Fangen Sie einmal an, zu regieren, und schauen Sie nicht so sehr nach Berlin. Das ist Ihre Aufgabe.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Glück.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Herr Glück, haben Sie auch die 51 Seiten gelesen, oder haben Sie nur bis Seite 20 gelesen?)

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Ich lese noch viel mehr. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte übrigens von vorhin noch eine Minute übrig, Herr Präsident.

**Präsident Guido Wolf:** Ja, klar.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Ich sage das, weil hier schon so „schlimme Sachen“ angezeigt werden.

Herr Minister Untersteller, Sie haben recht: Es hat keinen sofortigen positiven Effekt auf die Höhe der EEG-Umlage, jetzt die Förderung für Fotovoltaik zu senken. Aber das verhindert eben in Zukunft eine Preisexplosion. Das ist der Punkt. Darauf müssen wir hinaus.

Das Zweite: Sie haben gesagt, dass es irgendwann keine Förderung mehr geben werde, was die Fotovoltaik angeht. Herr Minister Untersteller, bereits jetzt sind die Investitionskosten so, dass ich für ungefähr 19 Cent pro Kilowattstunde produzieren kann. Das ist nun einmal weniger als das, was ich womöglich bezahle. Das heißt, es wird nicht verboten, dass sich jemand eine Fotovoltaikanlage aufs Dach setzt – ganz im Gegenteil, das ist ja willkommen –,

(Zuruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

nur wird das dann eben nicht gefördert.

Der dritte Punkt: Ich gebe Ihnen recht, was den Stichtag anbelangt. Auch wir, unsere Fraktion, haben kritisiert, dass der 9. März ins Ziel gebracht wurde. Ich bin froh, dass nun der 1. April vorgesehen ist, damit die Handwerker entsprechend Zeit haben, die Anlagen zu installieren.

Viertens: Sie sagen immer, keine andere Branche bekomme solche Preissenkungen hin. Hierzu noch ein paar Beispiele: Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Flachbildmonitore 30 % weniger pro Jahr“. Bei SSD-Speichern sind es 50 % weniger.

(Abg. Andreas Stoch SPD: FDP 40 % weniger!)

– Ihre Witze, Herr Stoch, waren auch schon besser. – Beim Preis von Computern sind wir bei 30 % weniger pro Jahr.

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch eine Anmerkung zum Schluss: Baden-Württemberg lebt von Innovationen. Beim ABS oder beim Airbag hat man das doch gesehen. Hier wird entwickelt, hier wird zehn Jahre lang produziert, und irgendwann geht die Produktion ins Ausland. Vielleicht gehört es einfach auch dazu, zu sagen: Bei der Produktion von Fotovoltaikpaneelen ist das nun vielleicht leider auch der Fall. Deswegen: Lassen Sie uns gemeinsam nach einer Richtung schauen, wie wir durch das EEG wieder Innovationen in Baden-Württemberg fördern können.

Jetzt noch eine Bemerkung ganz zum Schluss. Meine sehr geehrten Damen und Herren, immer dann, wenn die Bundesregierung im Bereich der Energiepolitik etwas Gutes macht,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gutes?)

gehen Sie in den Vermittlungsausschuss. Das ist genau das Gleiche wie jetzt bei der energetischen Gebäudesanierung:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist daran gut?)

Sie blockieren ohne Ende.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Der Eindruck entsteht: Sie haben Ihre grünen Ziele gegen ein bisschen Publicity eingetauscht.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

**Präsident Guido Wolf:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Zu den beiden Anträgen liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/1438, vor.

Diesen Änderungsantrag möchte ich zur Abstimmung stellen. – Ein Geschäftsordnungsantrag, Kollege Schebesta.

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Herr Präsident, wir bitten um getrennte Abstimmung der Ziffer 5 nach den Ziffern 1 bis 4.

**Präsident Guido Wolf:** Beantragt ist, dass bezüglich des Änderungsantrags getrennt abgestimmt wird, einerseits die Ziffern 1 bis 4, andererseits Ziffer 5. Besteht da Einvernehmen? –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: D'accord!)

Gut. Dann stelle ich zunächst die Ziffern 1 bis 4 des Änderungsantrags zur Abstimmung. Wer diesen Ziffern zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Ziffern 1 bis 4 mehrheitlich zugestimmt.

Ich stelle Ziffer 5 zur Abstimmung. Wer Ziffer 5 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Ziffer 5 des Änderungsantrags einstimmig zugestimmt.

Der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 15/1360, ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

(Präsident Guido Wolf)

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 15/1353, ist ebenfalls ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Bekämpfung von Rechtsextremismus im Internet und in sozialen Netzwerken – Drucksache 15/1069**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort zur Begründung erteile ich dem Kollegen Wahl.

**Abg. Florian Wahl SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Spätestens seit den Morden durch die Zwickauer Zelle, die im letzten Herbst aufgedeckt worden ist, ist uns klar und müsste jedem klar sein, dass die Gefahr von rechts nicht nur periodisch und nicht nur aufgrund solcher Anlässe angegangen werden muss. Das ist eine dauernde Aufgabe. Wir müssen uns dem Kampf gegen rechts auf allen Feldern der Gesellschaft stellen.

Ein umfassender Ansatz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenhass muss sich mit den Neonazis beschäftigen, die unsere Straßen unsicher machen. Aber die Extremisten müssen auch im virtuellen Raum bekämpft werden.

Die SPD-Fraktion hat diesen Antrag nicht nur vorgelegt, um den Sachstand rechtsextremer Aktivitäten im Internet zu erörtern. Es geht uns vor allem darum, Konsequenzen für ein effektives Vorgehen gegen diese Aktivitäten zu ziehen. Wenn ich von einem umfassenden Ansatz spreche, dann betrifft das nicht nur die Polizei und die Ermittlungsbehörden, sondern dann müssen auch die Betreiber von sozialen Netzwerken und von Internetangeboten an dieser Sache beteiligt sein, und auch an die User, die Nutzer, müssen wir uns wenden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, eines muss klar sein: Unsere demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien gelten auch im Internet. Sie gelten uneingeschränkt. Sie müssen effektiv durchsetzbar sein. Deswegen brauchen wir ein demokratisches, zivilgesellschaftliches Engagement. Wir müssen wachsam gegenüber den Umtrieben der Rechten sein. Das gilt gerade auch dann, wenn von den Urhebern dieser Seiten auf einschlägige Symbole und Rhetorik verzichtet wird. Egal, in welchem Gewand der Rechtsextremismus daherkommt, egal, wie attraktiv, wie modern, wie jugendgerecht, wie auch abenteuerlich manche Angebote sind, deren Charakter auf den ersten Blick häufig nicht erkannt werden kann, es bleibt dabei: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Dieses muss von allen Demokraten in unserer Gesellschaft gemeinsam bekämpft werden. Deswegen möchte ich jetzt hier – deshalb unser Antrag – nicht im Ungefähren bleiben, sondern konkrete Ziele benennen.

Erstens – das ist wichtig –: Die Nutzer von Webseiten und sozialen Netzwerken müssen strafbare Inhalte der Anbieter anzeigen; diese müssen bei der Polizei angezeigt werden. Wer menschenverachtende Parolen von sich gibt, darf sich nicht darauf verlassen können, im Netz anonym zu bleiben.

Zweitens: Wir müssen eine effektive Zusammenarbeit mit den Anbietern von sozialen Netzwerken erreichen, um rechtswidrigen Aktivitäten auf die Spur zu kommen. Gerade wenn hier Straftaten geplant werden, brauchen wir dazu einen besseren Zugang.

Drittens: Wir müssen die Kooperation mit den anderen Ländern und auch mit dem Ausland verbessern, da rechtsradikale Webseiten häufig auf Servern im Ausland liegen. Die Betreiber halten sich leider nicht an Bundes- oder Landesgrenzen. Da muss eine besser vernetzte Zusammenarbeit stattfinden.

Der letzte und vielleicht wichtigste Punkt: Wir müssen die Prävention vorantreiben und die Sensibilisierung der Internetnutzer stärken. Wir müssen verhindern, dass es den Neonazis gelingt, mithilfe des Internets auf scheinbar unpolitische Weise Interesse zu wecken und junge Menschen mit ihrer Ideologie zu ködern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das gilt vor allem auch für die Elterngeneration. Früher haben sich die Eltern Sorgen gemacht, wenn ihre Kinder auf der Straße spielten und nicht zur verabredeten Zeit nach Hause kamen, und sie haben sich gefragt, was alles mit den Kindern passieren könnte. Heutzutage aber bleiben die Kinder im Kinderzimmer vor ihrem Computer sitzen und bewegen sich durch die virtuelle Welt. Die Eltern haben die Situation nicht unter Kontrolle. Hier muss eine stärkere Sensibilisierung auch derjenigen Generation erfolgen, die nicht mit dem Internet aufgewachsen ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Man kann es, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit einem Satz auf den Punkt bringen: Was hier stattfinden muss, ist Medien-erziehung. Dies darf nicht – so, wie das heute noch oft der Fall ist – ein Orchideenfach bleiben, und es reicht auch nicht, hierzu nur freiwillige Arbeitsgemeinschaften anzubieten. Medien-erziehung gehört heute zur grundlegenden Bildung junger Menschen. Sie muss fächerübergreifend im Schulalltag verankert sein, und darüber hinaus muss sie von zivilgesellschaftlichen Initiativen gefördert werden.

Denn die Lebensrealität, in der bereits meine Generation groß geworden ist – sie ist wahrscheinlich die erste Generation, die von Anfang an mit dem Internet, mit der multimedialen Welt aufgewachsen ist –, dürfen wir nicht außer Acht lassen. Wir müssen von verschiedenen Seiten her auf diese Herausforderungen reagieren; hierzu wird es höchste Zeit.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Wir müssen diesen Bereich der Bildung sehr ernst nehmen und ihn ausbauen.

Hierbei müssen wir Folgendes sehen: In diesem Bereich ist seit Jahren schon einiges getan worden. Ich will hier nur das

(Florian Wahl)

Präventionsprojekt „Team meX“ erwähnen, das in Baden-Württemberg großartige Arbeit leistet und einen unschätzbaren Beitrag zur medialen Erziehung und Sensibilisierung darstellt. Es war wichtig, dass diese Koalition eine deutliche Aufstockung der Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung beschlossen hat, die auch das „Team meX“ finanziert.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Auch das Projekt „Schule ohne Rassismus“ wird von uns finanziell gefördert. Dieses Projekt trägt bedeutend dazu bei, dass die Schülerinnen und Schüler frühzeitig die Gefahren kennenlernen und mit den Strategien der Rechtsextremen vertraut werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ist unbestritten: Der Kampf gegen rechts muss von einer breiten Bewegung geführt werden. Der Staat kann allein die Strukturen treffen, aber nicht die kranke und gefährliche Ideologie in den Köpfen. Dazu sind öffentliches Engagement und Zivilcourage erforderlich. Ich möchte Widerstand und Empörung erleben, wenn rassistische Parolen auf der Straße, aber genauso auch bei Facebook oder SchülerVZ laut werden. Auch das gehört zu einer wehrhaften Demokratie.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Mack.

**Abg. Winfried Mack** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die skrupellosen rechtsextremistischen Gewalttaten der jüngsten Vergangenheit haben uns schockiert. In Deutschland gibt es keinen Platz für extremistische Gesinnung und schon gar nicht für rechtsextreme Gewalt.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Es muss alles getan werden, um die Morde der Terrororganisation „Nationalsozialistischer Untergrund“ aufzuklären, die Helfershelfer und die Hintermänner aufzudecken und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Daran arbeiten alle zuständigen Behörden im Bund und in den Ländern mit Hochdruck.

Zum NPD-Verbot wurden erste Beschlüsse der Innenministerkonferenz und der Ministerpräsidentenkonferenz gefasst. Unsere Linie ist klar: Es geht jetzt darum, Beweise zu sammeln und klug abzuwägen, ob die V-Leute abgeschaltet werden sollen oder nicht. Im Herbst muss entschieden werden, ob ein neuer Verbandsantrag sinnvoll ist.

Daneben gilt es, die rechtsextremistischen Aktivitäten im Internet in den Blick zu nehmen.

Am 13. März, also vor wenigen Tagen, haben die Ermittlungsbehörden in vier Ländern, darunter Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg – mit Schwerpunkt in Rheinland-Pfalz –, bei dem „Aktionsbüro Mittelrhein“, einer rechtsextremistischen Gruppierung, Durchsuchungen und Festnahmen durchgeführt. Insgesamt sind gegen 24 Personen Haftbefehle erlassen worden, von denen 23 bereits vollstreckt sind.

Wenn man sich die Internetpräsenz des „Aktionsbüros Mittelrhein“ anschaut, dann zeigt diese beispielhaft die Gefahren

durch die Rechtsextremisten im Netz. Mit der Behauptung, es gebe in der Bundesrepublik Deutschland eine staatlich ausgeübte Zensur, wird versucht, Schlagworte der Netzgemeinde aufzugreifen und dadurch an politische Positionen außerhalb des rechten Spektrums anzudocken. Auch dieses Vorgehen zielt auf die Gewinnung junger Menschen, die den Diskussionen über die Regulierung des Internets und das ACTA-Abkommen unkritisch bzw. oberflächlich folgen.

Außerdem werden gezielt Aktionsformen propagiert, die junge Menschen ansprechen, so etwa Flashmobs, bei denen in vielen Fällen in Anlehnung an die Occupy- oder die Anonymus-Bewegung eine Maske getragen wird. Wenn man sich wirklich anschaut, welche Texte es im Internet gibt – ich habe sie dabei –, dann wird einem ganz anders. Es werden Slogans wie „Demokraten bringen uns den Volkstod“ verbreitet. Das ist nur etwas von „mittlerer Güte“; man könnte noch andere Beispiele nennen.

Anhand des „Aktionsbüros Mittelrhein“ lassen sich also beispielhaft die Gefahren herausarbeiten, die vom Rechtsextremismus im Internet ausgehen. Bemerkenswert ist auch, dass die Onlineaktivitäten unter der Domain „info“ stattfinden. Sie sind also der deutschen Internetregulierung entzogen. Herr Kollege Wahl, Sie haben das auch schon angesprochen.

Rechtsextremistische Internetseiten mit strafbaren Inhalten werden überwiegend anonymisiert über ausländische Provider in das Internet eingestellt, um auf diesem Weg einer Strafverfolgung zu entgehen. Derzeit sind – das muss man sich einmal vor Augen führen – etwa 1 000 Seiten abrufbar, die eindeutig rechtsextremistischen Gruppen zugeordnet werden können, die von unserem Verfassungsschutz in Baden-Württemberg beobachtet werden.

Deswegen müssen wir noch einmal ein Thema aufrufen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das nicht in Vergessenheit geraten darf: Wir brauchen eine Rechtsgrundlage für die Vorratsdatenspeicherung.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wie die grün-rote Landesregierung in der Stellungnahme zum Antrag Drucksache 15/169 selbst sagt, hat das Fehlen einer Rechtsgrundlage für die sogenannte Vorratsdatenspeicherung in Baden-Württemberg dazu geführt, dass allein bis zum 4. Juli 2011 in mindestens 554 Fällen polizeiliche Ermittlungen in Strafsachen oder Gefahrenabwehrmaßnahmen verhindert oder wesentlich erschwert worden sind.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Hört, hört!)

Jetzt kommt eine weitere Zahl: Nach Angaben des Bundeskriminalamts laufen derzeit 80 % der Ermittlungen im Bereich der Cyberkriminalität und 85 % der Auskunftersuchen an Provider mangels Vorratsdaten ins Leere.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Das ist ja unglaublich! Ungeheuerlich! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Leichtsinzig!)

Das ist eine Schutzlücke im Hinblick auf die Belange der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr. Diese Schutzlücke muss so schnell wie möglich geschlossen werden.

(Beifall bei der CDU)

(Winfried Mack)

Deswegen kann ich an die Grünen, aber auch an die FDP nur appellieren, dass wir so schnell wie möglich zu einer verfassungskonformen und praktikablen Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung im Telekommunikationsgesetz kommen müssen.

Neben dem, was wir jetzt angesprochen haben, geht es natürlich auch darum, dass wir die Zivilgesellschaft im Kampf gegen den Rechtsextremismus brauchen. Jeder muss seinen Teil für ein friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft leisten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Diese Werte müssen in den Schulen, in den Vereinen, im beruflichen Umfeld und vor allem in der Familie vermittelt werden. Deswegen brauchen wir neben der Stärkung der Medienkompetenz in der Schule beispielsweise auch die außerschulische Jugendbildung. Ich bin froh, dass es doch noch gelungen ist – nachdem die Regierung dazu entgegengesetzte Beschlüsse gefasst hatte –, bei der Finanzierung der Landeszentrale für politische Bildung zu einem Konsens zu kommen.

Darüber hinaus haben wir beispielsweise die Landesakademie für Jugendbildung in Weil der Stadt mit einem ausgezeichneten Medienzentrum. Dies könnte genutzt werden, aber hierzu ist natürlich der Wille des Kultusministeriums erforderlich.

(Beifall bei der CDU)

Der Staat allein kann Hass und Gewalt nicht bezwingen. Wir brauchen eine starke Gesellschaft. Wir müssen alles dafür tun, dass diese Gesellschaft gegen Extremismus in Deutschland und in Baden-Württemberg eintritt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Richtig!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Salomon.

**Abg. Alexander Salomon GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeit gegen Rechtsextremismus ist für uns alle ein wichtiges, ein urdemokratisches Thema. Ich möchte dem Innenministerium für seine sehr detaillierte Stellungnahme danken.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Das ist doch selbstverständlich!)

Besonders wichtig ist mir dabei, neonazistische, rechtsextreme und rechtspopulistische Umtriebe nicht als etwas Gegebenes oder Vernachlässigbares hinzunehmen. Ich möchte ganz klar sagen, dass derartige Gedankengut hier in Baden-Württemberg außerhalb des gesellschaftlichen Konsenses stehen muss und dass es für uns alle hier im Haus immer wieder eine zentrale Aufgabe sein muss, dieses Gedankengut zu bekämpfen.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Florian Wahl und Rainer Hinderer SPD)

Um gegen neonazistische, rechtsextreme und rechtspopulistische Umtriebe vorzugehen, muss man am Anfang ansetzen, nämlich bei Aufklärung und Prävention. Prävention heißt für

mich zunächst einmal, Kinder und Jugendliche stark zu machen, ihnen Zivilcourage zu vermitteln. Das heißt auch, dies als gesellschaftlich wichtigen und positiven Wert herauszustellen und immer wieder zu hinterfragen, was Autoritäten als gegeben ansehen.

Die große Bedeutung von Prävention beim Thema Rechtsextremismus kommt in der Stellungnahme des Innenministeriums sehr klar zum Ausdruck. Ich möchte an dieser Stelle den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei, der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesmedienzentrums danken,

(Abg. Winfried Mack CDU: Und dem Verfassungsschutz!)

die dazu beitragen, Kinder und Jugendliche in dieser Sache stark zu machen. Mein Dank gilt ebenso den Lehrerinnen und Lehrern, die sich dieses Themas annehmen und klarmachen, dass in einer offenen und demokratischen Gesellschaft Meinungen, die die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlosen, die Feindschaft gegenüber – scheinbar – anderen schüren, nicht geduldet werden können, und dass es dabei letztlich auf jeden Einzelnen und jede Einzelne ankommt.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Ganz besonders möchte ich den vielen ehrenamtlich Engagierten in diesem Bereich danken. An dieser Stelle möchte ich die Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg mit dem Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung nennen. Im direkten Gespräch mit den dort Aktiven habe ich immer wieder erfahren, wie wichtig die offene Jugendarbeit für Prävention und Aufklärung ist.

Ich möchte es noch einmal ganz deutlich sagen: Wir, die Zivilgesellschaft, sind gefragt, wenn es darum geht, zu verhindern, dass neonazistisches, rechtsextremistisches und rechtspopulistisches Gedankengut in der Gesellschaft Wurzeln schlägt.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Es ist wichtig, dass nicht nur der Staat und seine Institutionen, sondern immer wieder auch die Zivilgesellschaft klarmachen: Unsere Städte, unsere Straßen, unser Netz dürfen keinen Raum für Rechtsextremismus bieten. Hier müssen wir alle zusammenstehen und ein deutliches Signal setzen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Extremismusdebatte sagen – ich möchte es an dieser Stelle zuspitzen, weil gerade freie Projekte der Aufklärung und Jugendarbeit unter dieser Debatte leiden –: Wer linke Jugendgruppen, die sich mutig und engagiert dafür einsetzen, die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht zu vergessen und eine freie Gesellschaft zu erhalten, mit Rechtsextremen in einen Topf wirft, macht etwas falsch. Hier sollten wir auch ein Zeichen setzen und die Arbeit dieser Gruppen würdigen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Alexander Salomon)

Sie haben bestimmt gemerkt, dass ich bisher nicht explizit auf das Thema Internet eingegangen bin. Das hat seinen Grund; denn es wäre falsch, in diesem Zusammenhang zwischen dem Netz und dem realen Raum zu unterscheiden. Rechtsextremes Gedankengut wird nicht dadurch gefährlicher, dass es in einem sozialen Netzwerk oder auf einer Website anstatt in einer Fußgängerzone oder auf einem Schulhof dargeboten wird.

Wir müssen als demokratische Gesellschaft aktiv bleiben und an manchen Stellen sicherlich noch aktiver werden. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Weg gehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Professor Dr. Goll.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist viel Richtiges gesagt worden, dem man sich nur anschließen kann. Das kann man nur unterstreichen. Ich möchte das alles nicht wiederholen, aber ich möchte deutlich machen, dass wir Liberalen nur unterstützen können, was die Vorredner zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gesagt haben.

Hierbei handelt es sich um ein gemeinsames Anliegen. Das ist gar keine Frage. Dabei gibt es immer wieder neue Herausforderungen, in diesem Fall durch das Internet. Diese Herausforderung wird durch diesen Antrag thematisiert. Es findet ein Kampf gegen Rechtsextremismus in der konventionellen Verbreitung statt. Er muss aber auch in den neuen Formen der Verbreitung stattfinden. Das muss von uns allen unterstützt werden. Das kann man nicht oft genug unterstreichen und betonen.

Gott sei Dank passiert auch etwas. Die Stellungnahme gibt die Auskunft, dass dem Rechtsextremismus in vielfältiger Weise entgegengewirkt wird. Kürzlich haben wir im Ständigen Ausschuss den Bericht der Präsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Frau Bube, behandelt. Diesem Bericht und auch der vorliegenden Stellungnahme der Landesregierung konnten wir entnehmen, dass es Gott sei Dank äußerst erfolgreiche Aussteigerprojekte gibt. Es gibt eine effektive Beratung, mit der man versucht, die Jugendlichen aus den Fingern der „Rattenfänger“ von der rechten Seite durch eine gute Beratungsarbeit zu befreien. Außerdem gibt es die Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus beim Landeskriminalamt, BIG Rex. Darüber hinaus gibt es die Aufklärungsarbeit des Landesmedienzentrums.

All diese Aktivitäten zeigen, dass man nicht schläft, sondern diesen Kampf gemeinsam führt. So weit, so klar.

Nun noch eine kleine Anmerkung – dies ist auch eine Antwort auf die Andeutung, die Sie vorhin bezogen auf linke Gruppen gemacht haben –: Das Einzige, was mich an diesem Antrag ein bisschen stört, ist, dass in der Überschrift nicht von der „Bekämpfung von Extremismus im Internet und in sozialen Netzwerken“ die Rede ist. So hätte ich es formuliert.

In letzter Zeit hat sich bei uns die Tendenz gezeigt, dass z. B. die Freunde von grün und links nur nach dem Rechtsextre-

mismus fragen. Kürzlich haben die Freunde der CDU nach dem Linksextremismus gefragt, um das Spektrum wiederherzustellen. Meines Erachtens wäre es gut, wenn wir alle miteinander nach allen Formen des Extremismus fragen würden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Ich glaube, hier ist der richtige Ort, um bei aller Einigkeit hinsichtlich der Bekämpfung des Rechtsextremismus auch darüber zu reden, dass Sie beispielsweise in Ihrem Koalitionsvertrag schreiben – ich zitiere –:

*Die Bestrebungen der schwarz-gelben Bundesregierung, erfolgreich arbeitende Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus in allgemeine Programme gegen Extremismus umzuwidmen, sind falsch und gefährden deren Erfolg.*

Ich frage: Warum eigentlich? Verzeihung, es gibt übrigens ein ganz prominentes Beispiel: Horst Mahler ist in seinem Leben von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten gewandert. Dabei gibt es durchaus Vergleichbares.

Noch mehr wundere ich mich über das Landtagswahlprogramm der SPD, in dem es heißt:

*Jegliche Form der Verharmlosung oder Gleichsetzung mit anderen Formen des Extremismus lehnen wir ab.*

Das verstehe ich nicht ganz. Ich möchte daran erinnern, dass es noch immer doppelt so viele linke Gewalttaten wie rechte Gewalttaten im Land gibt, wie wir neulich erfahren haben. Um nicht mehr und nicht weniger geht es.

Ich fände es gut, wenn wir zu der Formel zurückkehren würden, dass wir alle Formen des Extremismus gemeinsam bekämpfen, und zwar unabhängig davon, wie sie verbreitet werden, ob im Internet oder nicht im Internet.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Landesregierung spricht Herr Innenminister Gall.

**Innenminister Reinhold Gall:** Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Der Rechtsextremismus ist – das sollten wir, glaube ich, bei all diesen Diskussionen auch immer wieder einmal betonen – nicht erst seit Bekanntwerden der Taten des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ im November des vergangenen Jahres ein überaus ernst zu nehmendes Thema und auch in Baden-Württemberg ein Riesenproblem. Deshalb hat die neu gewählte Landesregierung – Grün-Rot – in ihrem Koalitionsvertrag auch schon entsprechende Ausführungen gemacht, indem sie als einen der Schwerpunkte der Sicherheitspolitik festgelegt hat, dass sie den Kampf gegen den Rechtsextremismus entschlossen betreibt. Dazu gehört neben einem konsequenten und repressiven Vorgehen gegen rechtsextremistische Gruppierungen natürlich auch, dass wir dem Rechtsextremismus durch präventive Maßnahmen den Nährboden zu entziehen versuchen.

(Minister Reinhold Gall)

Wir stellen fest – leider, muss ich sagen –, dass diese rechts-extremistische Szene in der zurückliegenden Zeit auch neue Ansätze ihrer Propagandastrategie verfolgt, was wiederum neue Gegenstrategien unsererseits erfordert. Ein zentraler Aspekt ist dabei die Nutzung des Internets. Da bin ich persönlich schon der Meinung – und nicht ganz einig mit einem der Vorredner –: Gerade das Internet bietet tatsächlich die Möglichkeit, anders aufzutreten, als es beispielsweise in Fußgängerzonen der Fall ist, nämlich vielfach anonym und ohne die Notwendigkeit, sich direkt zu stellen und sich einer Identifizierung auszusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kollege Mack, Sie haben es gesagt: Gegenwärtig sind im Internet rund 1 000 Seiten abrufbar, die eindeutig rechtsextremistischen Beobachtungsobjekten unseres Verfassungsschutzes zugeordnet werden können. Was man aus diesen Statistiken, die wir durchaus auch haben, leider nicht ablesen kann – zumindest nicht konkret –, ist, wie viele strafbare Handlungen über diese Internetaktivitäten begangen werden. Dennoch lässt sich als erschreckende Tendenz feststellen, dass diese Internetseiten mit strafbaren Inhalten überwiegend anonymisiert und vielfach – das haben Sie angesprochen – über ausländische Provider bei uns ins Netz gelangen, damit die Betreiber so der Strafverfolgung entgehen können.

Um in diesen Fällen auch an die sogenannten IP-Adressen kommen zu können, muss im Wege des internationalen Rechtshilfeverkehrs mit ausländischen Behörden zusammengearbeitet werden. Dazu will ich sagen: Das gestaltet sich gerade in diesem Bereich nicht sehr leicht, manchmal sogar extrem problematisch. Denn wenn die zugrunde liegende Straftat nur nach unserem Recht verfolgt werden kann, aber nicht nach dem Recht im Ausland, nach deren Straftatbeständen, dann sind uns da relativ schnell die Hände gebunden. Dann erhalten wir nämlich die entsprechenden von uns gewünschten und erforderlichen Auskünfte nicht. Auch hieran scheitert, wie gesagt, manchmal ein Zugriff auf ausländische Serverdaten.

Ein weiteres Problem entsteht durch die zeitliche Abfolge der Vorgänge. Solche Rechtshilfeersuchen dauern nun einmal eine Zeit, und wenn ihnen stattgegeben wird, sind häufig keine Zugriffe auf die jeweiligen Urheber mehr möglich. Deshalb unterstreiche ich ausdrücklich: Wir brauchen auch hier die technischen und rechtlichen Mechanismen, um aktiv tätig werden zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, es stellt sich aber nicht nur die Frage, wie diese strafbaren Inhalte sanktioniert werden können, sondern auch die Frage, wie wir überhaupt von der Existenz solcher Straftaten Kenntnis erhalten. Ein wichtiger Aspekt – auch dieser wurde von den Vorrednern schon genannt – ist in der Tat das Anzeigeverhalten der Internetnutzer, die auf solche Internetseiten und auf solche strafbaren Handlungen stoßen. Unsere Sicherheitsbehörden unternehmen zahlreiche Bemühungen, das Anzeigeverhalten zu verbessern. So weist unsere Landespolizei z. B. im Rahmen von Präventionsveranstaltungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hin – auch ich weise jetzt im Prinzip darauf hin –, dass verdächtige

Inhalte auch über die Internetwache unserer Landespolizei zur Anzeige gebracht werden können.

Die Internetnutzer finden sich da relativ leicht zurecht: „polizei-bw.de/internetwache“. Im Rahmen der Präventionsveranstaltungen „kids-online“, die wir auch machen, wurde und wird frühzeitig auf die Gefahren des Internets hingewiesen, auf die Gefahren des sozialen Mediums Web 2.0. Auch die Strafverfolgung der Inhalte wird über „jugendschutz.net“ im Internet deutlich gemacht. Wir müssen aber zugegebenermaßen zur Optimierung des Anzeigeverhaltens weitere Maßnahmen im Präventionsbereich ergreifen. Das tun wir; sie sind in Planung. Den veränderten Gegebenheiten der Anbieter tragen wir damit Rechnung.

Ein Problem, meine Damen und Herren, ist, dass diese Rechts-extremisten das Internet natürlich nicht „nur“ zum Begehen von Straftaten nutzen. Die rechtsextreme Szene nutzt das Internet hauptsächlich zur Informationsverbreitung, zur Mobilisierung, für Hinweise auf Konzerte, Veranstaltungen, Demonstrationen, aber insgesamt natürlich auch für Propagandazwecke. Facebook, Blogs, YouTube, Kurznachrichtendienste wie Twitter und was es da sonst noch alles gibt bieten umfangreiche Möglichkeiten.

Außerdem wird das Internet inzwischen leider sehr intensiv auch zur individuellen Nutzung, zur individuellen Kommunikation zwischen Anhängern, Sympathisanten, Interessenten der rechten Szene sowie als Plattform für gewerbliche Zwecke aus diesem Bereich genutzt, z. B. im Bereich des Musikhandels der rechten Szene. Um immer neue Anhänger zu gewinnen, wird dort mit Videoclips mit klaren Botschaften, mit emotionalisierender Musik, aber auch mit Identifikationsfiguren, die es in der rechten Szene gibt, eine gezielte Ansprache unternommen. Die wahre Absicht aber, meine Damen und Herren, wird häufig verschleiert.

Um irgendwie den Anschein der Seriosität zu erwecken, werden Internetseiten heute entsprechend – man kann fast sagen: intellektuell – aufgearbeitet; beispielsweise wird auf direkte NS-Symbolik verzichtet. Es ist, glaube ich, hinreichend bekannt, dass Jugendliche das Internet als vorrangige und zum Teil auch als ausschließliche Informationsquelle nutzen und deshalb häufig auch auf diesen Seiten landen, wobei selten kritisch reflektiert wird – wie in anderen Bereichen im Übrigen auch; dies gilt nicht nur für den Bereich des Rechtsextremismus. Darüber, welche Gefahren hieraus entstehen, brauchen wir, glaube ich, hier nicht zu diskutieren; da sind wir uns weitestgehend einig.

Deshalb gilt in der Tat – Herr Kollege Mack und die Vorredner haben es in ähnlicher Art und Weise dargestellt –, dass wir die präventiven Maßnahmen deutlich verstärken und intensivieren. Hierzu gab es schon in der Vergangenheit Programme, die wir natürlich fortführen, die wir erweitern, bei denen wir nachsteuern, z. B. „Team meX. Mit Zivilcourage gegen Rechtsextremismus“, ein Projekt, das wirklich gut ist und das wir, wie gesagt, entsprechend fortentwickeln.

Wir leisten Aufklärungsarbeit, wir stellen den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen entsprechende Konzepte zur Verfügung. Ich will einfach noch einmal die Zahlen in den Raum stellen, damit wirklich deutlich wird, dass man auf diesem Auge auch in der Vergangenheit nicht blind war: 300 Ver-

(Minister Reinhold Gall)

anstaltungen dieser Art gab es in den Jahren 2009 und 2010. Ich finde, das ist eine richtig gute Zahl, die wir beibehalten und, wenn es irgend geht, noch steigern werden.

Meine Damen und Herren, das Landesmedienzentrum wird beginnend mit dem Jahr 2012 in Baden-Württemberg allen Schulen Workshops zum Thema Rechtsextremismus anbieten.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Sehr gut!)

Die Zielgruppe sind aber nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern auch Lehrer und – nicht zu vergessen – die Eltern; denn auch sie sollten wissen, was sich im Internet abspielt,

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Richtig!)

wenn sich die Kids, die Jugendlichen im Internet bewegen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Hierzu stellen wir auf entsprechende Anfrage zertifizierte Referentinnen und Referenten zur Verfügung. Mit speziellen Bausteinen, die dieses Konzept beinhaltet, können dann die Zielgruppen Schüler, Lehrer, Eltern entsprechend aufgeklärt werden. Vor allem Jugendliche möchten wir damit natürlich befähigen, sich mit dem, was sie dort zur Kenntnis nehmen, kritisch auseinanderzusetzen.

Sie sehen also, meine Damen und Herren: Wir sind meines Erachtens, auch was diesen Bereich anbelangt, wach, wir sind aufmerksam,

(Abg. Winfried Mack CDU: Denken Sie an die Vereine und Verbände! Das ist wichtig!)

wir sind als Staat, als Sicherheitsbehörden wehrhaft. Aber, meine Damen und Herren, auch das will ich zum Schluss sagen: Eine wehrhafte Demokratie funktioniert nicht nur deshalb, weil die Sicherheitsbehörden entsprechend agieren und reagieren. Eine wehrhafte Demokratie funktioniert dann richtig gut, wenn möglichst viele hierbei mitmachen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags. Es handelt sich um einen reinen Berichtsantrag, der für erledigt erklärt werden kann. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe vor der Mittagspause noch **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – Armuts- und Reichtumsberichterstattung auch in Baden-Württemberg einführen – Drucksache 15/1070**

Es sind folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Kollegen Poreski für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Thomas Poreski GRÜNE:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland hat sich im Jahr 1995 auf dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen verpflichtet, das Ausmaß, die Verteilung und die Merkmale von Armut, Arbeitslosigkeit, sozialen Spannungen und sozialer Ausgrenzung zu bewerten und Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

Die Ergebnisse dieser Anstrengungen – der Anstrengungen aller Bundesregierungen übrigens – sind mager. Die Hälfte der Bevölkerung besitzt kein Vermögen. Die untersten 20 % sind im Durchschnitt verschuldet; vor 20 Jahren hatten sie immerhin noch einen Anteil am Volksvermögen von 4 %. Die Quoten für Armut und soziale Ausgrenzung liegen in Baden-Württemberg nur marginal unter dem Bundesschnitt, und der ist im OECD-Vergleich wirklich nicht vorzeigbar. Dies gilt insbesondere für die Kinderarmut und für die Situation von Einelternfamilien. Für Schwarz-Gelb im Land war dies kein Grund, zu handeln. Das ändert sich jetzt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Auch die Mittelschicht schrumpft, und ihr Anteil am Volksvermögen bewegt sich insgesamt nach unten. Nach einer Erhebung des Statistischen Landesamts haben 50 % der Vierpersonenhaushalte in Baden-Württemberg ein Nettoeinkommen, das maximal 400 € über dem Hartz-IV-Niveau liegt.

Andererseits hat sich selbst in der Finanzmarktkrise die Zahl der Millionäre in Deutschland auf über 860 000 gesteigert. Schon im „Sozialwort“ der Kirchen von 1997 hieß es deshalb zu Recht:

*Nicht nur Armut, auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein. Umverteilung ist gegenwärtig häufig Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird.*

Armut ist nicht nur Einkommensarmut. Dazu gehören auch schlechte Bildungsabschlüsse und Berufschancen, prekäre Wohn- und Gesundheitssituationen, mangelhafte soziale und kulturelle Teilhabe. Eine ganzheitlich ausgelegte Politik zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts ist daher auf eine solide Datenbasis angewiesen, mit Zahlen zur Beschreibung der Lage, aber auch mit einer effektiven Kontrolle der Wirkung politischer Strategien. Wir wollen beispielsweise wissen, wie sich die Verwaltungsreform 2005 auf die Angebote der Wohnungslosenhilfe und auf die Zahl der Obdachlosen ausgewirkt hat. Ich verspreche Ihnen: Wir stellen uns diesen Fragen mit einer neuen Ernsthaftigkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der erste grün-rote Armuts- und Reichtumsbericht wird einen Berichtsteil des Ministeriums enthalten. Im gleichen Band werden aber auch ungekürzte Expertisen aus der Zivilgesellschaft und der Sozialwissenschaft zu finden sein. Dabei sollen auch die Perspektiven und die Wahrnehmung der Betroffenen ein besonderes Gewicht erhalten. Wir wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger ein ungeschminktes Bild der Lage machen können.

(Thomas Poreski)

Der Bericht soll in konkrete Handlungsempfehlungen für die Landespolitik münden, und diese wollen wir noch in dieser Wahlperiode anpacken.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Hinderer.

**Abg. Rainer Hinderer** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Woran denken Sie ganz spontan beim Thema Armut? Auch an den Anblick hungernder Kinder mit aufgeblähten Bäuchen in den Ländern Schwarzafrikas? In Erinnerung an unsere gestrige Debatte zum Thema „Partnerschaft mit Burundi“ sage ich schon: Ja. Es ist wichtig, dass wir die absolute Armut und die eklatant ungleiche Verteilung der Ressourcen nicht aus dem Blick verlieren. Es ist auch gut, wenn uns das Elend der Welt, wie gestern geschehen, emotional berührt. Da hatten wir ein großes Einvernehmen über alle Fraktionsgrenzen hinweg. Wir wissen schon um die Mitverantwortung für die schreiende Ungerechtigkeit der Lebensverhältnisse auf unserem Planeten.

Darüber hinaus dürfen wir jedoch nicht vergessen, dass auch im reichen Baden-Württemberg arme Menschen leben. Richtig ist, dass es eine absolute Armut, bei der die erforderliche Ernährung und der lebenswichtige Bedarf nicht sichergestellt sind, bei uns eigentlich nicht geben dürfte. Unsere Sicherungssysteme sind so ausgestaltet, dass dies verhindert werden kann. Dennoch erzählen uns Lehrerinnen und Lehrer von Kindern, die morgens hungrig in die Schule kommen, weil es zu Hause kein Frühstück gibt. Wir hören in den Berichten von Sozialdiensten von alten Menschen, die ihre Wohnung angesichts hoher Energiekosten nicht mehr heizen. Mir begegnet die Verelendung vieler arbeitsloser und perspektivloser Jugendlicher fast jeden Abend auf dem Weg zum Bahnhof in der Arnulf-Klett-Passage.

Insofern ist Armut nicht nur das Problem ferner Länder, insbesondere dann nicht, wenn wir nicht den absoluten, sondern einen relativen Armutsbegriff zugrunde legen. Dann stellen wir nämlich fest, dass unter Zugrundelegung der Einkommensverhältnisse von Baden-Württemberg in unserem Bundesland die Armutsgefährdungsquote bei 14 % liegt. Jeder siebte Mensch in Baden-Württemberg ist demzufolge von Armut bedroht. Überproportional betroffen sind Kinder, Alleinerziehende, Menschen ohne Berufsausbildung und Arbeit, geringverdienende Frauen, Migranten und ältere Menschen.

Meine Damen und Herren, woran denken Sie beim Thema Reichtum? Sind es die Königshäuser und Scheichtümer dieser Welt oder die multimilliardenschweren Unternehmer, deren überbordender Wohlstand uns von den Magazinen vor Augen geführt wird? Wunsch und Streben nach Reichtum sind ja nicht verwerflich, und materieller Wohlstand ist sicher ein hohes Gut. Nach ein bisschen Glamour sehnen wir uns alle. Aber auch beim Reichtum muss die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

„Reichtum braucht ein Maß und Armut eine Grenze“ – so der Titel einer Denkschrift der Evangelischen Landeskirche.

Mit unserer Forderung nach einer Reichtumsberichterstattung wollen wir keine Neiddebatte schüren.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Natürlich nicht!)

Bei der Armutsbekämpfung wollen wir auch keiner paternalistischen Versorgungsmentalität das Wort reden, vor der unser designierter Bundespräsident vorgestern gewarnt hat.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Wir wollen im Wissen um die krasse Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen Antworten auf die Frage nach einem Mehr an sozialem Ausgleich finden.

Ich teile aber nicht die Meinung von Joachim Gauck, dass die Gerechtigkeits- und Sozialstaatsdebatte an anderer Stelle – wo auch immer – hinreichend geführt wird. Da sehen wir schon noch Bedarf. Wenn wir die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse in den vergangenen Jahren betrachten, kommen wir unweigerlich zu dem Schluss, dass ein politisches Gegensteuern dringend geboten ist. Die Polarisierung von Einkommen und Vermögen darf nicht immer weiter fortschreiten. Wir müssen Strategien entwickeln, um daraus dann konkrete politische Ziele zu formulieren, die mehr auf Ausgleich und weniger auf Spaltung unserer Gesellschaft ausgerichtet sind.

Ich sehe die Notwendigkeit zum Gegensteuern insbesondere auf zwei Ebenen: steuerpolitisch – durch eine gerechtere Steuergesetzgebung – und sozialpolitisch. Die Hauptursachen für Armut sind in der Stellungnahme der Landesregierung zu dem Antrag benannt. Wenn wir die Ursachen für Armut kennen, dann können wir daraus auch ableiten, um welche Personengruppen wir uns besonders kümmern müssen. Mit einer in Zukunft regelmäßigen Armuts- und Reichtumsberichterstattung setzen wir den Koalitionsvertrag um und kommen einer langjährigen Forderung der Sozialverbände und auch der Kirchen nach.

Der Armuts- und Reichtumsbericht soll keine einmalige Berichterstattung sein, sondern Teil eines öffentlichen ethischen Dialogs zur Frage von Armut und Reichtum, Verteilungsgerechtigkeit und den Folgen sozialer Ausgrenzung. Dieser Dialog tut not, denn wachsende Differenzen zwischen Arm und Reich werden soziale Spannungen provozieren, die auch die Wirtschaftskraft unseres Landes schwächen, vor allem aber – das muss uns zu denken geben – das Vertrauen in die Politik untergraben.

Bei der Erstellung des Armuts- und Reichtumsberichts wollen wir erstens, dass möglichst weitgehend auf vorhandenes Datenmaterial zurückgegriffen wird. Das Statistische Landesamt und auch unsere Finanzbehörden sind da gut aufgestellt. Damit halten sich dann auch die Kosten für die Berichterstattung in Grenzen.

Zweitens wollen wir, dass gängige und zum Teil bereits auf europäischer und nationaler Ebene vereinbarte Kennzahlen genutzt werden und damit die Vergleichbarkeit der Berichterstattung gewährleistet ist.

Drittens wollen wir, dass der Bericht in einem engen Dialog und in Abstimmung mit den Verbänden der Wohlfahrtspflege, den Kirchen und anderen Sozialpartnern erarbeitet wird.

(Rainer Hinderer)

Die Ministerin hat diese Vorgaben in der Stellungnahme zu unserem Antrag bestätigt. Dafür danken wir. Gleichmaßen danken wir für die ausführliche und bereits im ersten Aufschlag aussagekräftige Stellungnahme zu unserem Antrag.

Ich denke, es ist gut, dass wir mittlerweile eine Landesregierung haben, die die Augen nicht davor verschließt, dass Armut auch im reichen Baden-Württemberg ein Problem ist, dass sich die Frage nach sozialer Gerechtigkeit auch bei uns stellt und dass insbesondere, meine Damen und Herren, zwischen Reichtum und Armut ein Zusammenhang besteht.

In diesem Sinn möchte ich mit einer Formulierung von Bertolt Brecht schließen:

*Reicher Mann und armer Mann  
standen da und sah'n sich an.  
Und der Arme sagte bleich:  
„Wär'ich nicht arm, wärst du nicht reich.“*

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Kunzmann.

**Abg. Thaddäus Kunzmann** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren auf der Zuhörertribüne! Auch in Baden-Württemberg gibt es Armut. Ich erinnere an einen Satz der ehemaligen Sozialministerin Monika Stolz, die sagte: „Jedes Kind, das in Armut verhartet, ist eines zu viel.“

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Kann man unterschreiben!)

Wenn es um konkrete Projekte geht, um Hilfen, die ganz konkret dazu beitragen, armutsgefährdeten Menschen aus ihrer Not zu helfen, dann ist die CDU immer zur Stelle gewesen und wird auch immer zur Stelle sein.

(Beifall bei der CDU)

Frau Sozialministerin, über die Fülle an Informationen, die wir Ihrer Stellungnahme entnehmen können, sind wir tief beeindruckt. Fast bin ich geneigt zu sagen: Diese Tiefe wünschen wir uns auch einmal bei Stellungnahmen zu unseren Anträgen.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ja dann probieren Sie es einmal!)

Dass diese Stellungnahme so umfangreich ausfallen konnte, liegt vor allem an einem: Wir wissen bereits heute alles Wesentliche über das Thema. Wir brauchen keinen Armuts- und Reichtumsbericht, keinen Zahlensalat, dessen Erstellung einen Haufen Geld kostet und der keinem einzigen Armen wirklich helfen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme:

*Die Hauptursachen für Armut sind Arbeitslosigkeit, fehlende Bildungsabschlüsse und fehlende Berufsqualifikation.*

Jetzt sprechen wir einmal ganz konkret für Baden-Württemberg über die von Ihnen benannten Hauptursachen:

**Arbeitslosigkeit:** Nirgendwo ist die Arbeitslosenquote niedriger als bei uns. Das gilt auch für die Quote der Langzeitarbeitslosen. Wir haben in Europa die geringste Jugendarbeitslosenquote.

**Fehlende Bildungsabschlüsse:** Nirgendwo ist die Quote derer, die eine Schule ohne Abschluss abbrechen, geringer als bei uns.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir reden von Berufsabschlüssen! Nirgendwo ist die Quote der An- und Ungelernten so hoch wie bei uns! So ein Quatsch!)

**Fehlende Berufsqualifikation:** Nirgendwo ist die Quote derer, die eine Berufsausbildung erfolgreich abschließen, höher als in Baden-Württemberg.

Wenn es also um Prävention geht, um die Bekämpfung der Hauptursachen von Armut, bevor sie überhaupt eintritt, dann ist Baden-Württemberg spitze.

Wir fordern Sie auf, diesen baden-württembergischen Weg, der in 58 Jahren CDU-geführter Regierungen geprägt wurde und erfolgreich war, weiterzugehen und auch nicht durch bildungspolitische Experimente zu gefährden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Tatsache, dass unser Land auch beim Einkommensniveau deutlich über dem Niveau in Deutschland liegt – wieder ganz oben –, zeigt, dass bei uns die ganz überwiegende Zahl der Arbeitnehmer ordentlich entlohnt wird.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Kunzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hinderer?

**Abg. Thaddäus Kunzmann** CDU: Nein, erst am Schluss.

Sie selbst bestätigen unseren Erfolg. In Baden-Württemberg ist die Gefahr, in Armut zu geraten, so gering wie sonst nur noch in Bayern.

Was haben Sie in Ihrer Regierungszeit konkret für diejenigen, die sich in Armut befinden, getan? Wo hat sich deren Lage verbessert? Sie schaffen das Landeserziehungsgeld ab. Sie schaffen es für diejenigen ab, die, auch wenn sie nur ein niedriges Einkommen erzielen, wenigstens zeitweise arbeiten gehen, für die Alleinerziehenden, die nicht von Hartz IV leben.

Das Landeserziehungsgeld macht nicht reich, aber es ist nach dem Auslaufen des Elterngelds eine wichtige Unterstützung für diejenigen, die von einem eigenen kleinen Einkommen leben.

(Beifall bei der CDU)

Diese Alleinerziehenden, diese Familien mit niedrigen Einkommen und deren Kinder sind zunächst einmal Ihre ersten Opfer.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jawohl!)

(Thaddäus Kunzmann)

Wir Baden-Württemberger waren immer stolz auf diese Unterstützung für einkommensschwache Familien.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jawohl!)

Solchen konkreten Hilfen setzen Sie Verheißungen entgegen. Sie sagen – genau das bezwecken Sie mit dem Titel „Armut- und Reichtumsberichterstattung“ –, es sei genug Geld da, es sei nur nicht richtig verteilt.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Genau so ist es!)

Ein tiefer Griff in die Klamottenkiste ist das, aus der sich normalerweise lediglich die Linken bedienen.

(Lachen bei den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Schlechte Rede!)

Wenn Sie in Ihrem Wahlkreis verankert sind, dann wissen Sie, dass viele, die wohlhabend und auch reich sind, als Mäzene für ganz konkrete Projekte in der Armutsbekämpfung aktiv sind. Bei mir im Wahlkreis

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sie sind hier nicht in Ihrem Wahlkreis!)

sponsoren sie an Brennpunktschulen das Frühstück für Schüler, die das vielleicht von zu Hause nicht mehr kennen. Sie sponsoren die Schulsozialarbeit, die Ferienlager, die Vesperkirche, die Tafelläden und, und, und. Allein in meinem Umfeld kenne ich vier Stiftungen, die ihren Ertrag ganz konkreten sozialen Zwecken zukommen lassen.

Das vergessen Sie in Ihrer Stellungnahme, Frau Ministerin, und deshalb ist es an mir und an der CDU,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei den Grünen)

diesen Menschen, die ihren Wohlstand teilen, herzlich für ihr Engagement zu danken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU zur SPD: Warum klatschen Sie da nicht? Mitklatschen! Unglaublich! Die SPD sieht es anders und klatscht nicht!)

Wer hat denn nun etwas vom geplanten Armuts- und Reichtumsbericht? Die Armen jedenfalls nicht. Konkrete Hilfen sind nirgendwo, weder im Antrag noch in der Stellungnahme, angesprochen. Die Gewinner sind diejenigen, die die Zahlen, die wir sowieso schon alle kennen, nochmals zusammenstellen und verarbeiten, und auch die Sozial- und Wohlfahrtsverbände haben etwas davon; sie haben wieder neue Munition in ihrer Lobbyarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von den Grünen – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Oh, oh! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Diese Rede können Sie in Ihrem Wahlkreis halten!)

In meiner Heimatstadt Nürtingen habe ich vor vier Jahren folgende kommunalpolitische Diskussion erlebt: Eine große Firma, eine Weltfirma, wollte ein Logistikzentrum und 400 Arbeitsplätze schaffen. Wir wissen, dort arbeiten dann Menschen mit einer niedrigeren Qualifikation, Menschen, die nach einer

Wirtschaftskrise immer schwerer eine Arbeit finden. Die Grünen vor Ort haben eine regelrechte Hetzkampagne gegen diese Ansiedlung angezettelt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Unglaublich! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sprechen Sie mal zum Thema! – Zurufe von der SPD)

Auf die Frage, warum sie gegen die Ansiedlung von neuen Arbeitsplätzen, wo gerade Geringqualifizierte Arbeit finden können, sind, wurde dann von einem Vertreter der lokalen Fraktion gesagt: Armen hilft man nicht mit Arbeitsplätzen, sondern mit mehr Stellen bei der Schuldnerberatung.

(Lachen bei der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Unglaublich!)

Das war die Antwort, meine Damen und Herren. Genau in diesem Geist ist auch die Stellungnahme zu dem Antrag geschrieben, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Die Grünen verstehen einfach nichts von Wirtschaft! Herr Schmiedel, da können Sie doch nicht so ruhig bleiben! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich erzähle gleich, was die CDU in Ludwigsburg von sich gibt! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in Nordrhein-Westfalen hat ein solches – –

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Herr Abg. Kunzmann, kommen Sie bitte zum Schluss.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

**Abg. Thaddäus Kunzmann** CDU: In Nordrhein-Westfalen hat ein solcher Bericht 320 000 € gekostet. Dieses Geld wäre bei der konkreten Armutsbekämpfung viel besser angelegt. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Eine kirchenfeindliche Position, die ihr da einnehmt! Sich so gegen die Kirche stellen und sich dann noch christlich nennen! Legen Sie mal das C in Ihrem Parteinamen zur Seite! – Unruhe)

**Präsident Guido Wolf:** Für die FDP/DVP spricht jetzt Herr Kollege Haußmann.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Hier wird schon das Ende meiner Redezeit angezeigt. Das ging aber wirklich schnell.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das schadet gar nichts! – Glocke des Präsidenten)

– Vielen Dank, Herr Präsident.

(Jochen Haußmann)

Vorgestern hat der designierte Bundespräsident Joachim Gauck, als er in diesem Haus zu Besuch war, alle anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer in seinen Bann gezogen. Sein Lob des Südwestens war nicht zu überhören, ebenso wenig wie sein Bekenntnis, dass er als Alternative zu unserem Sozial- und Wirtschaftssystem – auch wenn es sicherlich nicht allen Idealen entspricht – auf internationaler Ebene keine besseren Lösungen gefunden hat.

(Abg. Walter Heiler SPD: Trotz FDP!)

Während es an Gerechtigkeits- und Neiddebatten nicht mangle, scheine die Freiheitsdebatte als Grundlage unseres Demokratieverständnisses, der zufolge Menschen Verantwortung tragen, zu gering ausgeprägt. – Besser hätte ich es als Liberaler gar nicht sagen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Walter Heiler SPD: Es ist schon ein bisschen eifrig, was Sie hier sagen!)

– Wir brauchen, Herr Kollege Heiler, eine Verantwortungskultur, in der der Einzelne seine Freiheit als persönliche Chance nutzt, das Gemeinwesen voranzubringen. Dies müssen wir einfordern, damit wir die Ressourcen aufbringen, um den Menschen in unserer Gesellschaft zu helfen, die zeitweise oder auf Dauer auf Hilfe angewiesen sind.

Nun zum Antrag der Grünen und der SPD: Das ist ein Antrag aus der Bürokratieschublade, der uns nicht wirklich weiterbringen wird. Wie in der Stellungnahme zum Antrag ausgeführt wird, greift der auf Landesebene geplante Bericht im Wesentlichen auf bereits vorhandene Daten zurück. Dank der bestehenden Grundsicherungssysteme – Herr Kollege Hinderer hat es bereits angesprochen – gibt es bei uns keine absolute Armut. Die relative Armut liegt, je nachdem, welche Grundlagen man heranzieht, in Baden-Württemberg zwischen 11 und 14 %.

Nicht nur der DGB, sondern auch zahlreiche andere Organisationen untersuchen seit vielen Jahren sehr intensiv die Einkommensentwicklung im nationalen und im internationalen Vergleich, auch unter Berücksichtigung der Globalisierung und der Wiedervereinigung und vor allem der Situation seit der Einführung der Hartz-IV-Reformen im Jahr 2005, durch die es nochmals einen Schub gegeben hat. Seit 2007 ist der Anteil des Niedriglohnssektors in etwa gleich geblieben.

Auch die Kinderarmut wurde und wird intensiv analysiert. 2009 war die Kinderarmut in Deutschland übrigens tatsächlich deutlich niedriger, als im Vorfeld der Bundestagswahl im Jahr 2009 angegeben worden war. Der von der OECD ermittelte Wert von 16,3 % wurde vom DIW nochmals intensiv analysiert und auf einen Wert von 10 % korrigiert; aktuell beträgt dieser Anteil 8,3 %. Ich glaube, wir sind uns einig: Das sind 8,3 % zu viel.

Dieses Beispiel zeigt aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir aufgrund der Vielzahl der Berichte schon von einer Berichtsbürokratie sprechen können. Der von Grün-Rot geforderte Bericht soll Ergebnisse liefern, die dann – so steht es in der Stellungnahme – „Grundlage von Vergleichen mit Berichtssystemen anderer Länder, des Bundes oder anderer EU-Mitgliedsstaaten bilden können“. Ich fürchte, dass solche Ver-

gleiche wiederum zu neuen Berichten führen und wir die darin veröffentlichten Ergebnisse dann nochmals neu zu bewerten haben.

Unklar bleibt, inwieweit die im März gegründete Landesarmutskonferenz oder auch die vielen kreisweiten und kommunalen Kinderarmutskonferenzen in dieses Konstrukt, in diese Struktur eingebunden werden.

Ganz generell ist festzuhalten, dass alle Daten in unterschiedlicher Form schon vorliegen. Wir dürfen das Pferd nicht von hinten aufzäumen.

In der letzten Woche haben wir über den Antrag der CDU „Frauen als Ernährerinnen“ gesprochen. Dort wurde ausgeführt: Um das Niveau zu halten, brauchen wir in Baden-Württemberg ein Wirtschaftswachstum von 2 bis 3 %. Damit werden wir auch weiterhin enorme Transferleistungen erbringen können, vor allem für andere Bundesländer, im Bereich des Finanzausgleichs, im Bereich der Sozialsysteme oder auch im Bereich der Umsatzsteuer.

Die Hauptursachen für Armut – das steht ebenfalls in der Stellungnahme – sind Erwerbslosigkeit sowie fehlende Bildungsabschlüsse und berufliche Qualifikationen. Genau dort müssen wir ansetzen. Wir brauchen mehr Engagement im Bereich der Qualifizierung, gerade auch von Migrantinnen und Migranten, wir brauchen mehr wirtschaftspolitisches Engagement für die kleinen und mittleren Unternehmen, und wir brauchen mehr Engagement für die Existenzgründerinnen und Existenzgründer.

Wenn wir der Kinderarmut vorbeugen wollen, müssen wir wesentlich stärker auf die kommunale Ebene setzen. Die Bertelsmann Stiftung hat alle 412 Kreise – Landkreise, Stadtkreise und kreisfreie Städte – untersucht. Die Quoten weichen innerhalb der Bundesländer, innerhalb der Kreise und auch innerhalb der Städte massiv voneinander ab.

Die Studie zeigt auch, dass bei den Kindern die unter Dreijährigen das höchste Armutsrisiko tragen. Es bedarf deshalb einer Betreuungskette von der Schwangerschaftsbegleitung bis zum Übergang in den Beruf. Hier müssen wir den Kommunen Unterstützung geben, indem wir vor Ort ehrenamtlich und professionell unterstützende Angebote bereitstellen. Da gibt es vorbildliche lokale Angebote, beispielsweise „Roter Faden Prävention“, ein Angebot, das hier auch schon landesweit ausgezeichnet ist.

Auch im Hinblick darauf – damit komme ich zum Schluss –, dass die grün-rote Landesregierung angekündigt hat, in den nächsten Jahren 15 000 Stellen abzubauen, müssen wir so offen sein zu sagen: Wenn wir die Stellen abbauen wollen – Sie müssen noch sagen, wo Sie das machen wollen –, dann dürfen wir nicht gleichzeitig immer mehr Bürokratie aufbauen. Dann müssen wir mit dem Abbau von Bürokratie anfangen. Mit diesem Bericht tragen Sie jedoch dazu bei, dass noch mehr Bürokratie aufgebaut wird. Wir müssen an die Ursachen herangehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Regierung spricht Frau Ministerin Altpeter.

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Armut ist ein Problem, und Armut bei Kindern ist mehr als das. Armut bei Kindern ist ein besonders bedrückendes Problem. Leider gibt es auch in Baden-Württemberg Kinder, die in Armut aufwachsen. Für Kinder bedeutet Armut, dass sie in ihrer ersten Lebensphase von vielem ausgeschlossen sind.

Damit Armut Kinder nicht dauerhaft in ihrer Entwicklung behindert, müssen wir bei diesem Thema sehr genau hinschauen. Wir müssen vor allem dafür sorgen, dass Kinder aus armen Familien alle Entwicklungschancen bekommen, die sie für eine gute Zukunft benötigen.

Die frühere Landesregierung hat dieses Thema leider immer nur mit sehr spitzen Fingern angefasst, und Ihre heutigen Aussagen dazu haben das noch einmal bestätigt.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Die berechtigten Forderungen von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden nach einer Bestandsaufnahme in Baden-Württemberg haben Sie, als Sie noch an der Regierung waren, unverständlicherweise abgelehnt.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Worten Taten folgen lassen!)

Ich bin den Regierungsfraktionen deshalb sehr dankbar, dass sie mit dem vorliegenden Antrag dieses überaus wichtige Thema aufgegriffen haben. Denn die Einführung einer Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Baden-Württemberg ist überfällig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Man kann dieses Thema nicht mit dem Hinweis wegschieben, Armut sei – angeblich – bei uns kein großes Problem. Denn tatsächlich existieren Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzungen auch in unserem Land. Insofern darf ich über die Ausführungen der Opposition zu diesem Thema doch einigermaßen verwundert sein. Man hat das eine oder andere Mal den Eindruck bekommen können, da sprechen die Blinden von der Farbe.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es aus!)

Ich möchte es noch einmal konkretisieren. Die Hauptursachen für Armut wurden angesprochen: Arbeitslosigkeit, fehlende Berufsqualifikation, mangelnde Bildung und die Tatsache, alleinerziehend zu sein.

Es wurde gesagt, wir sollten lieber etwas tun, anstatt einen Bericht zu verfassen. Ich frage Sie ganz ehrlich: Wo waren Sie eigentlich, als wir unser Landesarbeitsmarktprogramm vorgestellt haben, das sich an Alleinerziehende mit einer Teilerwerbsausbildung wendet,

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

an Jugendliche mit mangelnder Bildungsqualifikation, an vom Arbeitsmarkt Benachteiligte mit mehreren Vermittlungshemmnissen, um sie wieder für den Arbeitsmarkt zu befähigen, damit sie wieder von ihrer Arbeit leben können? Wo waren Sie, als Herr Haußmann in diesem Haus gesagt hat, ein Arbeitsmarktprogramm sei unnötig?

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Heute fordern Sie beim Thema Armut- und Reichtumsberichterstattung mehr Qualifizierungen. Entschuldigung, aber widersprüchlicher kann es doch wirklich nicht mehr sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Unglaublich!)

Ich möchte der Frage nachgehen, was ein Armuts- und Reichtumsbericht leisten kann. Zum einen kann er umfassende und verlässliche Daten für das Land Baden-Württemberg vorlegen. Sie haben recht: Es gibt Datenquellen wie etwa die vierteljährlichen Reports der Familienforschung Baden-Württemberg. Aber diese Untersuchungen zeigen nur einzelne Ausschnitte. Sie sind schlaglichtartig. Wir aber wollen eine genaue Untersuchung. Wir wollen wissen, wo die Armut in unserem Land steckt, und vor allem, wo sie sich versteckt.

Zwar erscheinen die in unserer Stellungnahme dargelegten Zahlen zu den Armutsgefährdeten in Baden-Württemberg im Bundesvergleich Gott sei Dank nicht so dramatisch wie die Zahlen in anderen Bundesländern. Aber für die einzelnen Betroffenen ist die Situation deswegen nicht weniger belastend. Die Auffassung, nur weil es hier weniger Betroffene gibt, dürfe dies kein Thema sein, müssen Sie einem Betroffenen einmal erklären.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Sie müssen konkreter helfen!)

Armut ist, wenn sie ringsum von einem hohen Einkommensniveau und einem relativen Wohlstand umgeben ist, vielleicht noch schwerer zu ertragen. Deswegen wollen wir auch da genau hinschauen. Wir werden auch beim Reichtum in unserem Land genau hinschauen. Wir werden deshalb den Armuts- und Reichtumsbericht vorlegen.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Was heißt das konkret? – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Das heißt: Reiche aufgepasst!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden den Armuts- und Reichtumsbericht nicht nur als reine Datensammlung vorlegen, sondern wir wollen – das ist das Entscheidende – auch handlungsorientiert vorgehen. Denn unser Bericht wird zugleich konkrete Handlungsempfehlungen für die Bekämpfung und Vermeidung von Kinderarmut geben.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Müssen wir dann eigentlich etwas beschließen, wenn das dann kommt?)

Die Daten im Bericht sollen dafür eine fundierte Grundlage bieten.

(Ministerin Katrin Altpeter)

Eine Maßnahme haben wir schon jetzt eingeleitet: Entsprechend dem Koalitionsvertrag wird es eine Novellierung beim Landeserziehungsgeld geben.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Abgeschafft!)

– Nichts wird abgeschafft! Das stimmt überhaupt nicht.

(Unruhe)

Wir sind gezwungen, eine Novellierung beim Landeserziehungsgeld vorzunehmen, weil Ihre Bundesregierung in Berlin die Anrechenbarkeit von Elterngeld auf Hartz IV beschlossen hat. So sieht es nämlich aus.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau! So sieht es aus!  
Endlich sagt es jemand!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Konzept für den Armuts- und Reichtumsbericht wollen wir nicht fernab in einem Elfenbeinturm erarbeiten. Wir wollen eine breite gesellschaftliche Diskussion. Wir wollen das Expertenwissen derer nutzen, die nah bei den von Armut Betroffenen im Land dran sind. Deshalb würden wir auch gern Sprecher der Landesarmutskonferenz einbeziehen. Das wurde von Ihnen angeregt. Wir haben aber bisher noch keinen Kontakt herstellen können.

Außerdem werden wir einen Beirat für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung ins Leben rufen. Die Einladungen hierfür ergehen in Kürze.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch eine Bemerkung. In den vorherigen Ausführungen wurde mehrmals auf die Äußerungen des zukünftigen Bundespräsidenten angespielt. Bitte erlauben Sie mir deshalb zu sagen: Wer meint, er könne Freiheit und Gerechtigkeit, Freiheit und Verteilungsgerechtigkeit gegeneinander ausspielen, hat Herrn Gauck nicht richtig verstanden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Denn Freiheit ohne Gerechtigkeit geht nicht, ebenso wie es ein hohes Maß an Gerechtigkeit niemals ohne individuelle Freiheit geben kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau so ist es!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben mit dem Armuts- und Reichtumsbericht noch ein gutes Stück Arbeit zu tun; ein langer Weg liegt vor uns. Ich freue mich auf konstruktive Vorschläge und auf den Beginn der Arbeit.

Ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Guido Wolf:** Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Poreski.

**Abg. Thomas Poreski GRÜNE:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kunzmann und Herr Kollege Haußmann, ich wunde-

re mich schon über dieses sehr wohlfeile „Bashing“ in Bezug auf Kirchen und auf Sozialverbände.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Nein, nein! Da haben Sie nicht zugehört!)

Ohne deren Arbeit würde es in diesem Land ganz anders aussehen. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Guido Wolf:** Kollege Poreski, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Blenke?

**Abg. Thomas Poreski GRÜNE:** Am Schluss.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Nix „am Schluss“!)

– Doch.

Einerseits sich einer konkreten Datenanalyse und Zahlen zu verweigern, andererseits zu behaupten, alles sei gut, und sich dann, wenn es konkret wird – siehe Landesarbeitsmarktprogramm – fundamentalistisch zu verweigern, das finde ich auch nicht sehr glaubwürdig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Vielleicht erinnern Sie sich: Vor 20 Jahren veröffentlichte der amerikanische Politologe Francis Fukuyama, ein Liberaler, sein berühmtes Buch vom Ende der Geschichte. Darin heißt es, nach allen Irrungen und Wirrungen der Weltgeschichte, nach allen totalitären Exzessen gebe es einen erfreulichen Zielpunkt, nämlich die moderne westliche Demokratie. Er hat seine Grundeinstellung nicht verändert, aber er ruft heute: Rettet die Mittelschicht. Dies tut er aus gutem Grund.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das müssen Sie einmal lesen!)

Er sieht verhängnisvolle Trends, die das Leitbild einer entwickelten Demokratie gefährden. Dazu gehören der Siegeszug einer sozial blinden Ökonomie, die sich fortsetzende Spaltung in Arm und Reich sowie der allmähliche Abstieg der Mittelschicht.

Diese Trends müssen wir umkehren. Denn seit Aristoteles wissen wir, dass stabile Demokratien auf dem Fundament einer breiten Mittelschicht ruhen und dass gesplante Gesellschaften mit extremem Wohlstand und extremer Armut dieses Fundament untergraben. Das fängt im Kleinen an. Wenn Gemeinwesen ihre Bindungskraft verlieren, wachsen Kriminalität und Gewalt. Dann zerfallen soziale Gefüge und Stadtteile. Am Ende stehen dann von privaten Sicherheitsgesellschaften bewachte und umzäunte Wohnviertel, die sogenannten Gated Communities.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

In einer solchen Welt sind sogar die Reichen unfrei. Das können wir auch nicht wollen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Haben Sie auch eine eigene Meinung?)

(Thomas Poreski)

Mehr als jeder sechste Mensch in Deutschland lebt heute in Armut. Diese geht auch immer einher mit mangelndem kulturellem Kapital, Fähigkeiten und Kenntnissen, die soziale Mobilität ermöglichen, und sie hängt zusammen mit mangelndem sozialem Kapital, also den Beziehungen, um für die eigenen Interessen mobilisieren zu können. Diese Nachteile werden häufig vererbt. Besonders Kinder von Alleinerziehenden sind massiv davon betroffen. 20 % aller 15-Jährigen in Deutschland können kaum lesen und schreiben. Junge Menschen mit Migrationshintergrund werden auch mit gutem Schulabschluss häufig benachteiligt.

Seit Jahrzehnten unterliegen die Systeme sozialer Sicherheit einem enormen Rechtfertigungsdruck. Soziale Leistungen werden vorrangig als Kostenfaktor betrachtet.

Natürlich muss Sozialpolitik ihre Wirksamkeit jeweils unter Beweis stellen. Aber eine einseitige Überbetonung individueller Ursachen und die Vernachlässigung von gesellschaftlichen und politischen Bedingungen führen am Ende immer zu mehr Ungleichheit und zu weniger Chancengerechtigkeit.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Zitatende!)

Untersuchungen zeigen dagegen: Grundsätzlich beeinflussen Sozialausgaben die Risikobereitschaft und das Wachstum positiv. Ausgerechnet Schweden weist die höchste soziale Mobilität aus. Das sollte uns zu denken geben, auch vor dem Hintergrund einer brandaktuellen Analyse der Bertelsmann Stiftung – diese zitiere ich auch gern – zur Einkommens- und Vermögensmobilität im OECD-Vergleich. Denn da schneidet Deutschland ausgesprochen schlecht ab, auch in Bezug auf Armutsvermeidung, Bildungszugang und Arbeitsmarktinklusion. Natürlich kann soziale Sicherheit auch schlecht organisiert sein, bürokratisch bevormundend und lähmend.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Richtig organisiert, an mündigen Bürgerinnen und Bürgern orientiert, ist soziale Sicherheit aber ein Gewinn für alle, mit einer enormen Produktivitäts- und Stabilisierungsfunktion. Das gehört eigentlich zum Grundkonsens einer sozialen Marktwirtschaft

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

und damit auch zu einer lebendigen Bürgergesellschaft. Deren Handlungsfähigkeit basiert nicht zuletzt auf Aufklärung und einem Erkenntnisinteresse.

Die Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag macht hier einen guten Anfang. Die obersten 10 % der Bevölkerung besitzen über 61 % des Volksvermögens. Dieser Wert lag im Jahr 1980 noch bei 35 %. Solche Befunde bedeuten: Wir brauchen nicht nur in der Sozialpolitik, sondern auch in der Finanzpolitik eine Wirkungsanalyse unserer Instrumente. Welche Verteilungswirkung hatten z. B. Änderungen im Steuer- und Transfersystem, etwa der Wegfall der Vermögensteuer und die Einführung der Abgeltungsteuer? Andere wichtige Fragen lauten: Wie können wir die Vermögenssituation des obersten Prozents der Bevölkerung besser erfassen? Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung macht dazu sehr gute Vorschläge. Oder auch: Wie wirkt sich Reichtum als Konzentration von sozialer Macht in privater Hand aus?

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Nur dann, wenn wir uns diesen Fragen, die Sie hier gerade in den Raum werfen, ohne Denkverbote stellen, dann kommen wir voran.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Reden Sie einmal langsam! Der Stenografische Dienst kommt gar nicht nach!)

Mit den Empfehlungen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht schaffen wir Grundlagen für zentrale Herausforderungen, etwa die Verbesserung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen oder einen sozialen Arbeitsmarkt, ein sozial gerechtes Bildungssystem,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Werden Sie doch einmal konkret, Herr Kollege!)

Chancengerechtigkeit, Kultur für Benachteiligte, die Durchsetzung von Tariftreue und von existenzsichernden Löhnen, eine neue und flexible Bedarfsbemessung für die Grundsicherungsleistung, eine langfristig angelegte Quartiersentwicklung für die soziale Stadt, einen wirksamen Kampf gegen Diskriminierung und soziale Ausgrenzung aufgrund von Geschlecht, Migrationshintergrund, sozialer Herkunft,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie erinnern mich an Dieter Thomas Heck!)

sexueller Orientierung, Alter und Behinderung und nicht zuletzt die Stärkung der Selbsthilfe- und Beratungsstrukturen für Benachteiligte.

Demokratische Vielfalt bedeutet eben nicht, dass eine Gesellschaft in Partikularinteressen zerfällt. Ein soziales Miteinander wird auf der Grundlage gemeinsamer Werte möglich. Dazu gehören die universellen Menschenrechte, verankert in unserem Grundgesetz und in zahlreichen UN-Konventionen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Dieses einigende Band ist in den vergangenen Jahrzehnten in einer wichtigen Dimension gestärkt worden: bei den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten. Auch das sind Freiheitsrechte, und zu ihrer Verwirklichung wird der grüne Armuts- und Reichtumsbericht einen Beitrag leisten. Darüber freuen wir uns, und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

**Präsident Guido Wolf:** Jetzt zunächst die Frage des Kollegen Klenk.

(Zuruf von der SPD: Die stehen schon Schlange! – Unruhe)

**Abg. Wilfried Klenk CDU:** Lieber Kollege Poreski, vor Kurzem haben wir den Haushalt verabschiedet, u. a. auch den Einzelplan 09. Da haben wir sehr viele sinnvolle Anträge eingebracht, bei denen es um kleine Beträge ging. Die haben Sie mit der Begründung abgelehnt: Auch wir müssen sehen, wie wir den Haushalt letztendlich im Griff behalten.

(Abg. Konrad Epple CDU: Aha!)

Jetzt wollen Sie sechsstelligen Summen für etwas ausgeben, von dem Sie sagen, dass die Kirchen und die Wohlfahrtsverbände Ihnen das belegen und beschreiben können.

(Wilfried Klenk)

Meine Frage an Sie: Glauben Sie diesen Verbänden und Kirchen nicht, dass sie einen separaten Bericht erstellen wollen? Ich sage Ihnen auch, was uns hier bei diesem Thema unterscheidet: Wir wollen die Armut bekämpfen, und Sie wollen sie beschreiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Widerspruch bei den Grünen)

**Abg. Thomas Poreski** GRÜNE: Herr Kollege, das war jetzt – – Beide Zwischenfragen?

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

– Beide zusammen, okay.

**Präsident Guido Wolf:** Herr Kollege Haußmann, bitte schön. Sie haben das Wort.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Danke schön, Herr Präsident. – Lieber Herr Kollege Poreski, wenn in Ihrem Manuskript dieses „Bashing“ gegen Kirchen steht, dann bitte ich doch einmal, dass Sie bestätigen, dass ich in meinem Vortrag nicht einmal über Kirchen gesprochen habe, geschweige denn über das „Bashing“ von Kirchen.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ich auch nicht! –  
Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Auch Kollege Kunzmann nicht! Sie müssen schon einmal Ihre Ohren aufmachen!)

Mir wäre es recht, wenn Sie das noch einmal bestätigen, auch für Herrn Kollegen Kunzmann.

**Abg. Thomas Poreski** GRÜNE: Das ist richtig: Ich hatte Sie beide in einem Zusammenhang kritisiert. Dieser eine Punkt – ich hatte mehrere angesprochen – trifft auf Sie nicht zu. Da gebe ich Ihnen recht. Das haben Sie so nicht gemacht.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Auf uns auch nicht!)

– Doch. – Wenn Sie das mehr oder weniger als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Kirchen oder als Liebediensterei indirekt für Kirchen und für Sozialverbände beschreiben, finde ich das schon ein schwaches – –

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ich habe das Wort „Kirche“ nicht in den Mund genommen!)

– Zum größeren Teil sind es kirchliche Sozialverbände; vielleicht reden wir darüber.

Sie, Herr Klenk, haben mich gerade darauf angesprochen, ob ich den Kirchen und den Sozialverbänden nicht glauben würde. Ich glaube ihnen. Ich glaube ihnen auch, dass sie mit ihrer Forderung recht haben, einen Armuts- und Reichtumsbericht zu erstellen, damit wir endlich einmal ein zusammenhängendes Bild bekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Genau das, was Sie mir hier nahelegen, bestätige ich gern.

Ich sage Ihnen aber noch etwas anderes zu Ihrer Frage bezüglich der „sinnvollen“ Anträge, die Sie im Zusammenhang mit dem Haushalt gestellt haben. Da verweise ich auf das, was ich

auch in meiner Rede gesagt habe: Wir müssen bei allen Maßnahmen auch so etwas wie eine Wirkungsanalyse vornehmen. Wir können nicht immer nur sagen: „Gut gemeint“, und damit ist es geklärt. Genau dafür ist auch der Armuts- und Reichtumsbericht da. Ich möchte wissen, wie sich was auswirkt. Ich brauche Maßstäbe für das, was ich tue.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Man darf es nicht nur einfach gut meinen. Wenn das so einfach wäre, bräuchten wir keine Politik; dann könnten wir alles der Verwaltung überlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD  
– Zuruf von der CDU: Auf Wiedersehen dann!  
Tschüs!)

**Präsident Guido Wolf:** Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Hinderer.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Vielleicht will noch jemand etwas fragen! Gibt es noch Fragen?)

– Die Redezeit ist zu Ende.

Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Hinderer.

**Abg. Rainer Hinderer** SPD: Herr Kollege Haußmann, Sie haben darauf hingewiesen, dass wir auf internationaler Ebene noch immer spitze seien. Diese Einschätzung teile ich nicht. Wir sind noch gut – längst nicht mehr spitze. Nehmen Sie doch bitte die OECD-Berichterstattung zur Kenntnis, die darlegt, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland seit 1990 erheblich stärker gewachsen ist als in allen anderen europäischen Ländern.

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Es ist so: Bei uns werden die Reichen chronisch reicher, und die Armen bleiben arm, weil die Reallöhne nach wie vor auf dem Stand von 1992 sind. Insofern wollen wir wieder an die Spitze kommen; dort sind wir nicht mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Herr Kollege Kunzmann, Sie haben damit eingeführt, dass Sie sagten: Wir wissen alles über Armut und Reichtum. Ihre Ausführungen nach dieser Aussage lassen darauf schließen, dass Sie keine Ahnung haben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen  
– Abg. Andreas Stoch SPD: Aber davon jede Menge!)

zumindest nicht über die Lebenswirklichkeit armer Familien und einzelner Menschen bei uns im Land.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Deshalb schaffen Sie das Landeserziehungsgeld ab!)

Auch wir wollen keinen Zahlensalat, und wir wollen auch keinen sechsstelligen Betrag für diesen Armuts- und Reichtumsbericht ausgeben.

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

(Rainer Hinderer)

Wir wollen die vorhandenen Zahlen sinnvoll zusammenfügen, darüber mit den Verbänden diskutieren

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Machen Sie doch ein „Vorträge“ im Sozialministerium!)

und den Verbänden die Möglichkeit geben, an diesem Bericht mitzuwirken und ihren Teil dazu beizutragen. Denn sie haben eine gute Wahrnehmung der Lebenswirklichkeit in unserem Land.

Noch ein letzter Satz zum Thema „Sponsoren und Mäzenatentum“. Auch wir schätzen das, was Einzelpersonen, Stiftungen und viele Menschen in unserem Land tun. Wir wollen aber nicht, dass die Armen von der Wohltätigkeit der Reichen abhängig sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das wollen wir auch nicht!)

Das wollen auch die Reichen nicht. Die Sponsoren und die Stifter sagen uns auch: Wir wollen nicht den Sozialstaat ersetzen, sondern wir wollen ergänzende Leistungen anbieten.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ja, eben! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau!)

In dem Sinn verstehen auch wir Sponsoren und Mäzenatentum nicht als Alternative zum Sozialstaat, sondern als Ergänzung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Guido Wolf:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/1070.

Zuerst stelle ich Abschnitt I des Antrags, der eine Feststellung durch den Landtag begehrt, zur Abstimmung. Wer Abschnitt I zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt I mehrheitlich zugestimmt.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der verschiedene Handlungersuchen enthält. Wird Abstimmung über Abschnitt II gewünscht?

(Zurufe: Ja!)

– Das ist der Fall. Sind Sie damit einverstanden, dass über die Ziffern des Abschnitts II gemeinsam abgestimmt wird?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

– Es erhebt sich kein Widerspruch. Wer Abschnitt II des Antrags Drucksache 15/1070 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt II ist mehrheitlich angenommen.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Wir treten in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 14:00 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:45 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

### Fragestunde – Drucksache 15/1393

Die Fragestunde ist während des Probelaufs zur inneren Parlamentsreform auf 30 Minuten reduziert. Sie dauert also keine Stunde, wie das Wort „Fragestunde“ besagt, sondern es sind nur 30 Minuten.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Georg Wacker CDU – Genehmigungsverfahren „Schulversuch G 9“

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Georg Wacker CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- In welchem Umfang hat das Staatsministerium Einfluss auf die Ausgestaltung bzw. die weitere Umsetzung des „Schulversuchs G 9“ zum Schuljahr 2012/2013 genommen bzw. nimmt es noch immer darauf Einfluss?
- Wie wird bei Vorlage mehrerer Anträge eines Schulträgers auf Einbindung in den „Schulversuch G 9“ verfahren?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Ich darf für die Landesregierung Herrn Staatssekretär Dr. Mentrup das Wort erteilen.

**Staatssekretär Dr. Frank Mentrup:** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Auf die erste Frage möchte ich wie folgt antworten: Das Staatsministerium hat die Eckpunkte des Ministerratsbeschlusses vom 10. Januar 2012 in einem Schreiben an das Kultusministerium vom 17. Februar 2012 bestätigt. Darüber hinaus gibt es die üblichen Informationsflüsse, die in den Abstimmungen solcher Verfahren eingeschwoeren und auch sinnvoll sind.

Zur Frage unter Buchstabe b: Für den Fall, dass ein Schulträger entgegen dem Ministerratsbeschluss vom 10. Januar 2012 Anträge für mehrere Gymnasien stellt, ist vom Schulträger eine Priorisierung vorzunehmen. Gegebenenfalls entscheidet das Kultusministerium aufgrund pädagogischer Kriterien für eine eigene Priorisierung.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zusatzfrage, Herr Abg. Wacker.

**Abg. Georg Wacker CDU:** Herr Staatssekretär, Sie sprachen von einer Priorisierung. Sie haben sich – zumindest ist das der heutige Stand – nach einem Streit innerhalb der Regierungsfractionen und auch innerhalb der Regierung darauf verständigt, dass Sie zunächst einmal 22 Standorte und im nächsten Jahr weitere Standorte vergeben wollen.

Deswegen frage ich Sie: Ist die Zahl 22 hinsichtlich der Vergabe der Standorte eine definitive, abschließende Zahl für das kommende Schuljahr? Wenn es mehrere Bewerber aus einem

(Georg Wacker)

Stadt- bzw. einem Landkreis gibt, welche qualitativen Kriterien legen Sie bei Ihrer Entscheidungsfindung zugrunde, wenn am Ende, wie Sie eben beschrieben haben, das Kultusministerium über die Vergabe entscheidet? Letztlich ist die Qualität entscheidend. Daher die Frage: Welche qualitativen Kriterien legen Sie bei Ihrer Auswahl im Ministerium zugrunde?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Dr. Frank Mentrup:** Die Grundlage dafür, dass ein Antrag überhaupt in die engere Auswahl kommt, ist natürlich zunächst einmal, dass er die Voraussetzungen erfüllt. Das sage ich deswegen ausdrücklich, weil wir auch eine ganze Reihe von Anträgen hatten, die bestimmte Voraussetzungen ganz klar nicht erfüllt haben.

Wenn sich dann der Fall ergibt, dass aus einem Landkreis mehrere Anmeldungen bzw. aus einer Stadt unpriorisiert mehrere Anträge vorliegen, dann ist zunächst einmal die Qualität des vorgelegten Konzepts ein wichtiges Kriterium. Wenn das vergleichbar ist, dann geht es um Fragen der Verkehrsanbindung, weil wir einen solchen Standort dann einer möglichst großen Zahl von Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stellen wollen. Dann geht es auch noch um das Kriterium: Welche anderen neunjährigen Bildungsgänge zum Abitur sind denn an diesem Ort möglicherweise vorhanden? In einer Gesamtschau dieser verschiedenen Kriterien legen wir dann fest, welches Gymnasium in einem Landkreis das Gymnasium ist, das nun in diese erste Tranche hineinkommt, bzw. wir nehmen, falls eine Kommune keine Priorisierung vornimmt, eine Priorisierung vor. Es ist geplant, in einer ersten Tranche 22 Anträge in den Schulversuch aufzunehmen. An diesem Ziel halten wir auch fest.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage, bitte, Herr Abg. Schebesta.

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Herr Staatssekretär, können Sie uns sagen, wie viele der gestellten Anträge das Kriterium von vier oder mehr Zügen erfüllen und wie viele nicht?

**Staatssekretär Dr. Frank Mentrup:** Die Zahlen müsste ich Ihnen nachreichen; die habe ich jetzt nicht dabei. Sie sind meines Erachtens aber in der Presseerklärung angegeben. Aber ich kann sie Ihnen heute Mittag nachreichen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine zweite Zusatzfrage des Herrn Abg. Wacker.

**Abg. Georg Wacker** CDU: Herr Staatssekretär, ich möchte noch einmal auf den Begriff „Qualität“ eingehen. Sie haben eben davon gesprochen, dass die Antragsteller ein Konzept vorlegen müssten. Jetzt ist es wahrscheinlich, dass die Konzepte teilweise sehr unterschiedliche Prioritäten haben. Woran messen Sie die Qualität dieser Konzepte für den Fall, dass es mehrere Anträge aus einem Stadt- bzw. Landkreis gibt?

**Staatssekretär Dr. Frank Mentrup:** Konzeptionell ist es z. B. wichtig, darzustellen, dass es gelingt, die Spreizung auf neun Jahre so umzusetzen, dass es jederzeit möglich ist, beispielsweise bei einem Umzug wieder in einen entsprechenden achtjährigen Bildungsgang eingegliedert zu werden.

Konzeptionell ist es wichtig, wie man die zusätzlichen Poolstunden einsetzt, damit man insgesamt zu einer Stundentafel kommt, die sicherstellt, dass alle entsprechenden Inhalte adäquat vermittelt werden können.

Konzeptionell ist es spannend, abzuwägen: Findet eine Spreizung in der Unterstufe, eine Spreizung in der Mittelstufe oder eine Spreizung über den gesamten Bereich statt? Da wir einen Schulversuch starten, können wir ganz verschiedene Modelle zulassen, um im Rahmen des Schulversuchs auch herauszufinden, welche dieser Modelle konzeptionell sowie in der Durchführung und von der Akzeptanz her überlegen sind. Das sind einzelne Kriterien, die bei der Gesamtbetrachtung sicher eine Rolle spielen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zusatzfrage, Frau Abg. Gurr-Hirsch.

**Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch** CDU: Herr Staatssekretär, habe ich Sie richtig verstanden, dass jeder Antragsteller entscheiden kann, in welcher Stufe er die Spreizung in Richtung G 9 vornimmt, und Sie dann beurteilen, was Qualität ist, und dass ein Schüler, der seinen Wohnort wechselt, trotzdem die Gewähr hat, dass er dann, wenn an dem anderen Ort in der Mittelstufe gespreizt wurde, die gleichen Kompetenzen hat, um in der Klasse mitzukommen?

**Staatssekretär Dr. Frank Mentrup:** Es ist in der Tat – das stand auch in den Ausschreibungsbedingungen – nicht vorgeschrieben, zu welchem Zeitpunkt oder über welchen Zeitraum im Rahmen des Gesamtcurriculums die Spreizung stattfinden soll. Insofern haben wir Anträge entlang aller drei Vorschläge, die es auch vorher aus den Fachverbänden und aus der Lehrerschaft gab. Eine Gruppe hat gesagt: „Wir müssen in der Unterstufe tendenziell ein Jahr einbauen und spreizen.“ Eine andere Gruppe hat gesagt: „Von der Wochenstundenbelastung her ist es sinnvoll, das Ganze in der Mittelstufe um ein Jahr zu erweitern.“ Außerdem gab es das sogenannte Philologenmodell, das über die Gesamtzeit eine Spreizung vorgenommen hat, was von der Durchführung her sicherlich das ambitionierteste Modell ist.

Für den Fall, dass jemand aus einem „G 8 plus“ oder einem G-9-Zug umzieht und an dem neuen Ort keinen entsprechenden oder überhaupt keinen G-9-Zug vorfindet – solche Situationen wird es ja geben –, muss sichergestellt sein, dass dieser Schüler dort in einem klaren Verfahren in eine entsprechende Klasse wechseln kann. Spreizung kann also nicht so aussehen, dass man in unterschiedlichen Fächern unterschiedlich spreizt. Denn sonst hätte man im Grunde einen bestimmten Leistungsstand unzureichend erreicht.

Zu dem Risiko, das ein Schüler aus einem G 9 einget, der in eine Stadt wechselt, in der es ein vergleichbares Angebot nicht gibt: Ich greife jetzt einmal Ihren Vorschlag auf: In der Unterstufe ist gespreizt worden. Dann wechselt jemand an ein G 8 in einem anderen Ort. Dann wäre es numerisch so, dass er einen Jahrgang wiederholen würde. Aber insgesamt würde er neun Jahre zum Abitur brauchen, und das ist der Weg, für den er sich im neunjährigen Gymnasium ohnehin schon entschieden hat. Insofern sehe ich an dieser Stelle keine Schwierigkeiten. Wenn sichergestellt ist, dass es von den verschiedenen Fächern her keine Auseinanderdehnung gibt, sehe ich keine Schwierigkeiten, diesen Weg zu nehmen.

(Staatssekretär Dr. Frank Mentrup)

Schwierig ist sicherlich, wenn jemand aus einem G-8-Gymnasium kommt und dann an einen Ort umzieht, in dem es einen G-9-Zug gibt, und er unbedingt da hineinmöchte. Das wäre aber eine Entscheidung, die so nicht unbedingt zu erwarten ist. Und vor allem: Wir haben überall G 8 flächendeckend im Angebot. Das heißt, es gäbe dort keine Schwierigkeiten, ein anderes G-8-Angebot vorzufinden.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Herr Staatssekretär, sind Ihnen die folgenden Ausführungen des Präsidenten der Kultusministerkonferenz, Ties Rabe, Sozialdemokrat, vom 8. März 2012 bekannt? Erstens sagte er:

*Nach den Erfahrungen von Schleswig-Holstein rate ich dazu, nicht heute Hü und morgen Hott zu rufen. Die ersten Bilanzen von G 8 sind positiver, als am Anfang erwartet wurde.*

Zweite Frage: Sind Sie auch darüber informiert, dass in den Ländern eine Studie erstellt wurde, und zwar in Hamburg, in der festgestellt wurde:

*Eine Studie*

– so sagte er wörtlich –

*aus Hamburg hat ergeben, dass die G-8-Schüler heute in der 10. Klasse deutlich weiter sind, als es G-9-Schüler vor sechs oder sieben Jahren gewesen waren.*

Das heißt auch drittens: Teilen Sie die Meinung des Präsidenten der Kultusministerkonferenz, der auf die Frage: „Allerorten wird bei G 8 zurückgedreht. Ist die Reform gescheitert?“ eindeutig sagte:

*Nein. Das sehe ich nicht so.*

Sehen Sie es auch so?

**Staatssekretär Dr. Frank Mentrup:** Wenn ich es auch so sehen würde wie Herr Rabe, würden wir hier keine Versuche zum neunjährigen Gymnasium anbieten und durchführen. Es gibt hier eine große Spreizung zwischen den Bundesländern. Sie haben Schleswig-Holstein erwähnt, wo die schwarz-gelbe Regierung weiter an dem G-9-Angebot festhält. Wir haben im Moment in Bayern die Diskussion, ob man so etwas einführen sollte, und in Hessen ist das eingeführt worden. Deshalb teilen wir die Einschätzung von Herrn Rabe nicht.

Diese Untersuchung, die Sie ansprechen, ist mir nicht bekannt. Aber Sie haben dankenswerterweise die Ergebnisse schon referiert, und sie verdeutlichen, dass Leistungsmessungen heute zu anderen Ergebnissen führen, als sie vor sechs oder sieben Jahren geführt haben. Das wäre in Baden-Württemberg allein schon durch die Einführung des neuen Bildungsplans sicherlich auch so. Ob das eine qualifizierte Beurteilung zulässt, ob das jetzt an G 8 oder G 9 gelegen hat, das wage ich auch angesichts der Vergleiche, die wir jetzt in der Oberstufe haben, nicht zu sagen. Wir haben jetzt einen doppelten Abiturjahrgang, und wir haben jedes Jahr einmal geschaut, wie die Leistungen der Schüler sind. Da sehen wir, dass sie zu ei-

nem überwiegenden Teil auf demselben Niveau angekommen sind. Die Unterschiede, die es gibt,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Innerhalb der Schule!)

fallen teilweise zugunsten der G-8-Schüler und teilweise zugunsten der G-9-Schüler aus. Insofern gibt es hier kein statistisch relevantes Indiz dafür, dass jetzt durchgängig die Schüler von G 8 oder diejenigen von G 9 grundsätzlich besser oder schlechter sind als die jeweilige vergleichbare Gruppe.

Ich würde Sie aber auch bitten, anzuerkennen, dass die Motivation vieler Eltern, einen neunjährigen Bildungsgang zu fordern, weniger etwas mit der Einschätzung der Leistungsfähigkeit ihrer Kinder zu tun hat, sondern vor allem damit – das war auch bei dem damals oft zitierten Auguste-Pattberg-Gymnasium in Mosbach ein wesentliches Kriterium –, dass im ländlichen Raum wahrgenommen wird, dass sich Eltern trotz leistungsstarker Kinder für eine Realschule entscheiden oder für ein neunjähriges Gymnasium entscheiden würden, weil ihnen einfach angesichts der langen Schulwege und der Stundenplanbelastung im Hinblick auf Freizeitaktivitäten, ehrenamtliches Engagement, sportliche, musische und sonstige Interessen ein solcher Bildungsgang deutlich lieber wäre. Das hat dann nichts mit der Erfassung von Leistungskriterien zu tun.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Kern.

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Herr Staatssekretär, ist es so, dass sich die Schülerinnen und Schüler in der fünften Klasse am Gymnasium entscheiden müssen, ob sie G 8 oder G 9 machen, oder besteht später noch die Möglichkeit, zu wechseln? Wenn dem so ist: Bei der Gemeinschaftsschule – wenn ich das Konzept richtig verstanden habe – muss man sich nicht festlegen, ob man in acht oder in neun Jahren das Abitur machen möchte. Sehen Sie da nicht auch eine Ungleichbehandlung?

**Staatssekretär Dr. Frank Mentrup:** Die Gemeinschaftsschule geht von vornherein vom einem neunjährigen Bildungsgang zum Abitur aus. Insofern gibt es dort nicht diese Wahlfreiheit, es sei denn – einmal angenommen –, jemand würde sich in seiner Lerngruppe so schnell entwickeln, dass er sozusagen ein ganzes Jahr überspringen kann. Das ist in Lerngruppen grundsätzlich denkbar, aber konzeptionell ist die Gemeinschaftsschule auf einen neunjährigen Bildungsgang zum Gymnasium ausgelegt.

Schon bei der Anmeldung für einen G-9-Schulversuch müssen sich die Eltern entscheiden, ob sie an der entsprechenden Schule den achtjährigen oder den neunjährigen Bildungsgang wählen. Nach diesen Anmeldungszahlen werden dann die Klassen und damit in der fünften Klasse die Züge zusammengestellt.

Anschließend gelten dieselben Regelungen wie heute. Auch heute ist es beispielsweise möglich, aus dem Fremdsprachenzug in einen mathematischen Zug oder aus dem Musikzug in einen anderen Zug zu wechseln. Das hängt davon ab, ob dies von der Klassenzusammensetzung her darstellbar ist, und na-

(Staatssekretär Dr. Frank Mentrup)

türlich auch davon, ob es sinnvoll ist. Aber andernfalls würde man einen solchen Wechsel wohl auch nicht vorschlagen. Ein Wechsel kann im Einzelfall möglich sein, er kann in einem anderen Fall aber auch einmal nicht möglich sein, nämlich dann, wenn dadurch die Grundarithmetik der Züge infrage gestellt würde.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Raab.

**Abg. Werner Raab** CDU: Herr Kollege Dr. Mentrup, die Frage der Vierzügigkeit beschäftigt mich natürlich. Wie sieht es da konkret aus? Ist diese Voraussetzung unabdingbar? Wie sieht es mit möglichen Ausnahmen aus? Oder befinden wir uns ausschließlich im Bereich der Ausnahmen?

**Staatssekretär Dr. Frank Mentrup:** Da die endgültige Liste der dann genehmigten Schulen noch nicht feststeht, kann ich Ihnen jetzt keine Zahlen dazu sagen. Die Regelung ist ganz klar: In der Regel muss eine Schule dafür vierzünftig sein; bei einer dreizügigen Schule ist ein G-9-Zug dann denkbar, wenn es vor Ort überhaupt kein vierzünftiges Angebot gibt. Das wäre ein Kriterium, mit dem eine Ausnahme begründet werden könnte. Solche dreizügigen Schulen – wenn von deren Seite überhaupt eine entsprechende Nachfrage kommt – sollten sich in der Regel komplett umstellen.

Was den weiteren Informationsbedarf angeht, muss ich Sie bitten, die nächste Woche abzuwarten. Dann können wir uns über diese Fragen unterhalten. Ihre Suggestion, wir könnten hier statt von einer Ausnahme von der Regel sprechen, entbehrt einer Begründung. Ich kann Ihnen schon jetzt zusichern, dass es wirklich um die absoluten Ausnahmen und nicht um die Regel geht.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es gibt keine weiteren Zusatzfragen. Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er kann gleich dableiben!)

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Alexander Throm CDU – Genehmigungspraxis für sogenannte Gemeinschaftsschulen

Diese Mündliche Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Downsizing der Dienstwagenflotte der Landesregierung

Vielleicht könnte man solche Fragen in Zukunft auf Deutsch formulieren. Das soll jetzt keine Kritik sein, aber für einen Schwaben ist das einfach schwer auszusprechen.

Herr Abg. Dr. Scheffold, Sie haben das Wort.

**Abg. Dr. Stefan Scheffold** CDU: Nachdem nun eine Bildungsreform stattfindet, wird dies zukünftig sicherlich alles besser.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Wir sind gehalten, uns der deutschen Sprache zu befeleißigen.

**Abg. Dr. Stefan Scheffold** CDU: Herr Präsident, ich frage die Landesregierung:

- Wie war der Dienstwagenbestand der Landesregierung am 12. Mai 2011, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Landesministerien und insgesamt, unter Berücksichtigung der jeweiligen Fahrzeugklasse und der Emissionswerte?
- Wie war der Dienstwagenbestand der Landesregierung am 21. Februar 2011, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Landesministerien und insgesamt, unter Berücksichtigung der jeweiligen Fahrzeugklasse und der Emissionswerte?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Rust das Wort zur Beantwortung der Frage.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wie viele Stunden haben wir Zeit?)

**Staatssekretär Ingo Rust:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Namen der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage von Herrn Kollegen Dr. Scheffold wie folgt:

Zu a: Am 12. Mai 2011 stellte sich der Dienstwagenbestand der damaligen schwarz-gelben Landesregierung wie folgt dar:

Anzahl der Fahrzeuge Oberklasse, also A8 oder S-Klasse: zwölf, Anzahl der Fahrzeuge Obere Mittelklasse, also A6 oder E-Klasse: acht, Anzahl der Fahrzeuge Mittelklasse, also A4 oder C-Klasse: null, Regierungsmitglieder ohne Fahrzeuge: null, durchschnittlicher CO<sub>2</sub>-Ausstoß: 206 g/km.

Jetzt habe ich den Kollegen gefragt, ob er wirklich darauf besteht, dass ich alle Fahrzeuge einzeln aufzähle. Er besteht darauf.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das habe ich ganz anders gesagt!)

Staatsministerium – hier waren es fünf Fahrzeuge –: Mercedes-Benz S 600 lang, Oberklasse, CO<sub>2</sub>-Ausstoß 392 g/km; Mercedes-Benz S 350 CDI 4M lang, Oberklasse, 193 g/km; Mercedes-Benz S 350 CDI 4M lang, Oberklasse, 193 g/km; Audi A6 3.0 TDI quattro, Obere Mittelklasse, 189 g/km und Audi A6 3.0 TDI quattro, Obere Mittelklasse, 189 g/km.

Finanzministerium – hier waren es zwei Fahrzeuge –: Mercedes-Benz S 350 CDI 4M lang, Oberklasse, 193 g/km. Ihr eigener Wagen damals, Herr Dr. Scheffold: Mercedes-Benz E 350 CDI 4M, Obere Mittelklasse, 175 g/km.

(Staatssekretär Ingo Rust)

Kultusministerium – zwei Fahrzeuge –: Ministerin: damals Oberklasse, Audi A8 3.0 TDI quattro, 174 g/km; Staatssekretär: Audi A6 3.0 TFSI quattro, Obere Mittelklasse, 219 g/km.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – zwei Dienstfahrzeuge –: Mercedes-Benz S 350 CDI 4M lang, Oberklasse, 193 g/km; Staatssekretär: Audi A6 3.0 TDI quattro, Obere Mittelklasse, 189 g/km.

Innenministerium: Minister Rech: Mercedes-Benz S 600 lang, Oberklasse, 340 g/km.

Umweltministerium: Ministerin: Audi A8 3.0 TDI quattro lang, Oberklasse, 176 g/km.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Entschuldigung, kommen die Stenografen dabei mit, oder muss er langsamer reden?

**Staatssekretär Ingo Rust:** Ich kann die Liste gern zur Verfügung stellen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Die Liste wird nachher zur Verfügung gestellt.

**Staatssekretär Ingo Rust:** Moment. Ich werde es dem Protokoll zur Verfügung stellen. Der Kollege hat darauf bestanden, dass ich es vorlese. Ich habe extra gefragt. Eine solche Frage eignet sich eigentlich nicht für eine Mündliche Anfrage, aber dem Parlament beantworte ich das natürlich sehr gern.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Der Stenografische Dienst bekommt die Liste nachher.

**Staatssekretär Ingo Rust:** Sozialministerium – zwei Dienstfahrzeuge –: die Ministerin: Mercedes-Benz S 350 CDI 4M lang, Oberklasse, 193 g/km; der Staatssekretär: Audi A6 3.0 TDI quattro, Obere Mittelklasse, 189 g/km.

Ministerium für den Ländlichen Raum: Minister: Audi A8 3.0 TDI quattro, Oberklasse, 176 g/km, Staatssekretärin: Audi A6 3.0 TDI quattro, Obere Mittelklasse, 189 g/km.

Justizministerium – ein Dienstwagen –: Minister: Mercedes-Benz S 350 CDI 4M lang, Oberklasse, 193 g/km.

Wirtschaftsministerium: Minister: Audi A8 4.2 TDI quattro lang, Oberklasse, 199 g/km; Staatssekretär: Audi A6 3.0 TDI quattro, Obere Mittelklasse, 158 g/km.

Zu b: Am 21. Februar 2012 stellte sich der Dienstwagenbestand der Landesregierung wie folgt dar:

Anzahl der Fahrzeuge Oberklasse, also A8 oder S-Klasse: neun, Anzahl der Fahrzeuge Obere Mittelklasse, also A6 oder E-Klasse: neun, Anzahl der Fahrzeuge Mittelklasse, also A4 oder C-Klasse: eins, Regierungsmitglieder ohne Fahrzeuge: null, durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Emission 164 g/km.

(Beifall bei den Grünen)

– Nicht zu früh klatschen; die zweite Liste kommt noch.

Im Vergleich der beiden Stichtage konnte die durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Emission der Dienstwagen der Landesregierung um etwa 20,05 % verringert werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dies stellt sich wie folgt dar:

Im Staatsministerium sind fünf Fahrzeuge als Dienstfahrzeuge eingesetzt. Ministerpräsident: Mercedes-Benz S 450 CDI lang, Oberklasse, 280 g/km; Ministerin: Audi A6 3.0 TDI quattro, Obere Mittelklasse, 156 g/km; Minister: Audi A8 3.0 TDI quattro lang, Oberklasse, 176 g/km; Staatsrätin: Audi A6 3.0 TDI, Obere Mittelklasse, 133 g/km; Staatssekretär: Audi A6 3.0 TDI, Obere Mittelklasse, 133 g/km.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Womit lauter Leichtgewichte fahren!)

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft: Minister: Audi A8 3.0 TDI quattro lang, Oberklasse, 176 g/km; Staatssekretär: Audi A6 3.0 TDI quattro, Obere Mittelklasse, 156 g/km.

Kultusministerium – zwei Dienstfahrzeuge –: Minister: Audi A8 3.0 TDI quattro lang, Oberklasse, 176 g/km; Staatssekretär: Audi A6 3.0 TDI quattro, Obere Mittelklasse, 156 g/km.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst: Ministerin: Mercedes-Benz E 350 CDI BE, Obere Mittelklasse, 156 g/km; Staatssekretär: Mercedes-Benz C 220 CDI, Mittelklasse, 130 g/km.

Innenministerium: Minister: Mercedes-Benz S 350 Bluetec 4M lang, Oberklasse, 195 g/km.

Umweltministerium: Minister: Audi A6 3.0 TDI, Obere Mittelklasse, 133 g/km.

Sozialministerium: Ministerin: Audi A8 3.0 TDI quattro lang, Obere Mittelklasse, 176 g/km.

Ministerium für Ländlichen Raum: Minister: Audi A8 3.0 TDI quattro lang, Oberklasse. Sie dürften mittlerweile fast auswendig wissen,

(Abg. Tanja Gönner CDU: 176!)

Frau Gönner, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß 176 g/km beträgt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Justizministerium: Minister: Audi A8 3.0 TDI quattro lang, Oberklasse, 176 g/km.

Ministerium für Verkehr und Infrastruktur – zwei Dienstwagen –: Audi A6 3.0 TDI, Obere Mittelklasse, 133 g/km; Audi A6 2.0 TDI, Obere Mittelklasse, 132 g/km.

Integrationsministerium: Ministerin: Audi A8 3.0 TDI quattro, Oberklasse, 174 g/km.

Für die einzelnen Ministerien stellt sich somit die Einsparung bei der CO<sub>2</sub>-Emission wie folgt dar: Im Staatsministerium sind es minus 28,57 % für den Ministerpräsidenten. Für die Ministerin sind es minus 19,17 %. Beim Minister sind es minus 8,81 %. Für die Staatsrätin sind es minus 29,63 %. Für den Staatssekretär sind es minus 29,63 %.

(Staatssekretär Ingo Rust)

Im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft sind es für den Minister minus 8,81 % und für den Staatssekretär minus 10,86 %.

Im Kultusministerium sind es für die Ministerin plus 1,15 %

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aha! – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: Im Schnitt sind es minus 15 %!)

und für den Staatssekretär minus 28,77 %.

Im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sind es für die Ministerin minus 19,17 % und

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

für den Staatssekretär minus 31,22 %.

Im Innenministerium sind es minus 42,65 %.

Im Umweltministerium sind es für den Minister minus 24,43 %.

Im Sozialministerium sind es für die Ministerin minus 8,81 % und zusätzlich minus 100 %, weil das Ministerium keinen Staatssekretär mehr hat und somit auch ein Fahrzeug entfällt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sind es für den Minister plus/minus 0 %, und zudem gibt es ein Minus von 100 %, weil auch hier durch den Wegfall der Stelle eines Staatssekretärs ein Wagen weggefallen ist.

Für das Justizministerium sind es minus 8,81 %.

Für das Verkehrsministerium ist es in der Summe eine Steigerung um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von zwei Fahrzeugen, weil es vorher weder einen Minister noch einen Staatssekretär gab.

Das Ministerium für Integration hat das Fahrzeug, das für das Wirtschaftsministerium zur Verfügung gestanden hätte, übernommen. Hier beträgt die Differenz beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß minus 7,94 %.

Das Wirtschaftsministerium ist ja in das Finanzministerium integriert worden. Daher sind es hier jeweils minus 100 % bei zwei Fahrzeugen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es gibt eine Zusatzfrage der Frau Abg. Gönner.

**Abg. Tanja Gönner** CDU: Herr Kollege Rust, ich bin von Ihrem Vortrag tief beeindruckt. Aber wäre es möglich – Sie können es gern auch schriftlich beantworten –, dass Sie uns auflisten, inwiefern die Einsparungen beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß dadurch zustande kamen, dass Audi beim A6 seine Motoren deutlich überarbeitet hat?

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

**Staatssekretär Ingo Rust:** Das lässt sich sicherlich bewerkstelligen. Nach der großen Fleißarbeit, die meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Anfrage gesteckt haben, werden sie mit Sicherheit auch dieser Aufforderung nachkommen und selbstverständlich auch dies ausrechnen.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage, eine Frage des Herrn Abg. Heiler.

**Abg. Walter Heiler** SPD: Herr Staatssekretär, könnten Sie bitte ergänzend vortragen, welche Fahrzeuge Veloursausstattung und welche eine Lederausstattung hatten

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

– ich bin noch gar nicht fertig –, welche Fahrzeuge eine Metalllackierung und welche eine normale Lackierung hatten?

Dann hätten wir noch sehr gern gewusst, welche Bereifung und welcher Reifendruck bei jedem einzelnen Reifen vorhanden war.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Staatssekretär Ingo Rust:** Lieber Herr Kollege Heiler, zu meinem tiefen Bedauern muss ich Ihnen leider mitteilen, dass ich diese Frage leider schriftlich beantworten muss.

(Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es liegen keine weiteren Fragen vor. Vielen Dank Herr Staatssekretär.

Damit sind die in der Geschäftsordnung vorgesehenen 30 Minuten für die Fragestunde um.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bedeutet, die vierte und die fünfte Mündliche Anfrage werden schriftlich beantwortet.

\*

Mündliche Anfrage des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU – Präsentation von Weinen aus Baden-Württemberg durch die Landesregierung

Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Präsenz von Weinen aus Baden-Württemberg bei Veranstaltungen des Landes von hohem öffentlichem Interesse, etwa dem Festakt anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Unterzeichnung des ZDF-Staatsvertrags im Neuen Schloss Stuttgart, sicherzustellen?

**Schriftliche Antwort des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz**

Es entspricht sicherlich der Erfahrung aller, dass es Dinge gibt, die man selbst beeinflussen kann, und Dinge, die sich dem eigenen Einfluss entziehen.

Veranstaltungen, die das Land selbst plant und durchführt oder an denen es sich entscheidend finanziell beteiligt, können wir selbst steuern. Bei solchen Veranstaltungen werden in der Re-

*(Schriftliche Antwort des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz)*

gel ausschließlich Weine aus Baden-Württemberg aus-  
geschenkt. So schenken z. B. die Vertretungen des Landes beim  
Bund und bei der Europäischen Union nur Wein aus Baden-  
Württemberg aus.

Anders verhält es sich bei Veranstaltungen, die andere Träger  
durchführen oder bei denen die Trägerschaft auf mehreren  
Schultern liegt. Bei solchen Veranstaltungen hat die Landes-  
regierung keine oder nur geringe Einflussmöglichkeiten. Maß-  
gebend sind hier das Konsumverhalten der jeweiligen Ent-  
scheidungsträger oder auch bestehende Geschäftsbeziehun-  
gen. In solchen Fällen können wir nur alle Anstrengungen un-  
ternehmen, um die Entscheidenden von der hervorragenden  
Qualität und Vielfalt unserer Weine zu überzeugen.

Dies gilt nicht nur bei solchen offiziellen Anlässen, sondern  
auch im Alltag. Hand auf's Herz, es muss sich jeder fragen:  
„Wann habe ich zuletzt in einer baden-württembergischen  
Gaststätte nach einem heimischen Wein gefragt, wenn keiner  
auf der Speisekarte zu finden war?“

Badische Winzer und württembergische Wengerter erzeugen  
Weine, die international wettbewerbsfähig sind. Es lohnt sich,  
für diese Produkte national und international zu werben. Das  
Land unterstützt daher die Baden-Württemberg Classics, mit  
denen die heimischen Weinbaubetriebe jedes Jahr in mehre-  
ren deutschen Großstädten werben.

Unsere beiden Staatsweingüter Freiburg und Weinsberg schi-  
cken wir gelegentlich auch auf weltweite „Missionsarbeit“ im  
Dienste der Weine aus Baden-Württemberg. Sie schenken ba-  
den-württembergische Weine bei Veranstaltungen in den deut-  
schen Botschaften (u. a. in Bukarest, London, Paris und To-  
kio) aus.

Im Rahmen der EU-Weinmarktordnung kann das Land außer-  
dem Werbeaktivitäten der baden-württembergischen Wein-  
branche in Drittländern fördern.

Darüber hinaus verfügen wir im Land für jedes Anbaugebiet  
über eine schlagkräftige Gebietsweinwerbeorganisation. Die-  
se Organisationen bewerben baden-württembergischen Wein  
im In- und Ausland.

Zusätzlich beteiligt sich die gesamte Branche über den Wein-  
fonds an vermarktungsfördernden Aktivitäten für deutschen  
und somit auch für baden-württembergischen Wein.

Abschließend sei deutlich betont, dass der von Herrn Abg. von  
Eyb angesprochene Festakt anlässlich des 50-jährigen Jubilä-  
ums der Unterzeichnung des ZDF-Staatsvertrags eigenverant-  
wortlich vom ZDF organisiert und durchgeführt wurde. Von  
Landesseite aus besteht grundsätzlich keine Möglichkeit, di-  
rekt auf die Auswahl der ausgesetzten Weine Einfluss zu  
nehmen, die bei Veranstaltungen landesunabhängiger Institu-  
tionen angeboten werden.

Ob man von einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung erwar-  
ten kann, dass sie bei einem Festakt im zweitgrößten deut-  
schen Weinbaugebiet und in einer der größten deutschen Wein-  
baugemeinden auch heimischen Wein auschenkt, obliegt der  
Beurteilung eines jeden und einer jeden Einzelnen.

An alle richtet sich der Appell, bei großen und kleinen Feiern,  
bei öffentlichen und privaten Anlässen zu heimischen, nach-  
haltig erzeugten Qualitätsprodukten zu greifen.

Mündliche Anfrage des Abg. Werner  
Raab CDU – Ausreisepflicht von  
Minderheitsangehörigen aus der Re-  
publik Kosovo

a) Inwieweit liegen aufseiten der Republik Kosovo die Vor-  
aussetzungen vor, die es rechtfertigen würden, dass die  
Durchsetzung von vollziehbaren Ausreisepflichten von  
Minderheitsangehörigen in die Republik Kosovo ausge-  
setzt bleibt?

b) Inwieweit sind die Innenministerien des Bundes und der  
Länder daran interessiert, dass vollziehbare Ausreisepflich-  
ten von Minderheitsangehörigen aus der Republik Kosovo  
umgesetzt werden?

#### **Schriftliche Antwort des Innenministeriums**

Zu a: Bei der Beurteilung der humanitären Situation in der  
Republik Kosovo und konkret der Frage, ob Abschiebungen  
rechtlich möglich sind, sind für die Landesregierung der Be-  
richt des Auswärtigen Amtes über die asyl- und abschiebungs-  
rechtliche Lage und die Berichte des Sicherheitsrats der Ver-  
einten Nationen maßgeblich.

Aus diesen Berichten folgt, dass die rechtlichen Voraussetzun-  
gen für einen Abschiebestopp nicht vorliegen und ein gene-  
reller Abschiebestopp von Minderheitsangehörigen der Ro-  
ma, Ashkali und „Ägypter“ deshalb nicht verhängt werden  
kann.

Dabei ist dem Innenminister bewusst, dass die soziale und  
wirtschaftliche Lage für die Minderheitsangehörigen wie auch  
für den Großteil der übrigen Bevölkerung nicht einfach ist.  
Gleichwohl sind soziale und wirtschaftliche Gründe grund-  
sätzlich bei Rückführungen nicht entscheidend.

Unbeschadet dessen hat der Innenminister Anfang August  
2011 auf Bitten des Petitionsausschusses angeordnet, dass die  
zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht von Angehö-  
rigen der ethnischen Minderheiten der Roma, Ashkali und  
„Ägypter“ in die Republik Kosovo vorübergehend zurückge-  
stellt wird.

Dies gilt bis zur Auswertung der Ergebnisse der Delegations-  
reise des Petitionsausschusses (18. bis 22. Januar 2012), die  
dieser durchgeführt hat, um sich vor Ort ein eigenes Bild von  
der humanitären Situation der Minderheiten zu machen. Der  
Bericht des Petitionsausschusses liegt noch nicht vor. Nach  
allem, was das Innenministerium bislang gehört hat, geht die  
Delegation nicht davon aus, dass die humanitäre Situation im  
Kosovo einen Abschiebestopp rechtfertigen kann.

Zu b: Aufenthaltsrecht ist Bundesrecht und der Vollzug Auf-  
gabe der Länder. Ein vollziehbar ausreisepflichtiger Auslän-  
der ist nach den Vorgaben des Bundesrechts abzuschicken,  
wenn eine freiwillige Ausreise nicht gesichert ist. Die Durch-  
setzung der vollziehbaren Ausreisepflicht ist nicht ins Belie-  
ben der Länder gestellt. Solange kein genereller Abschiebe-  
stopp angeordnet wurde, keine Bleiberechtsregelung greift  
und im Einzelfall keine Abschiebungsverbote vorliegen, ist  
die vollziehbare Ausreisepflicht durchzusetzen.

\*

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Damit ist Tagesordnungspunkt 5 beendet.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Wirtschaftskriminalität und Internet – Drucksache 15/1092**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der antragstellenden Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

(Unruhe)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sakellariou für die SPD-Fraktion.

**Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt kommen wir zu einem etwas sachlicheren Thema. Gestern haben wir sehr viel über die Arbeit der Polizeibeamten und über die Wertschätzung gesprochen, die wir im ganzen Haus für diese Arbeit empfinden. Das war gestern. Heute haben wir uns schon ein bisschen aufgeregter über die Frage der Struktur der Polizeiarbeit unterhalten. Jetzt wollen wir uns mit dem Thema „Neue Aufgaben und neue Herausforderungen für die Polizei“ intensiver befassen. Es tut manchmal gut, wenn man sich einmal mit den Inhalten befasst. Dann wird manche Diskussion über die Strukturen klarer und ruhiger.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist sehr laut. Es geht aber um ein wichtiges Thema. – Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:** Ich bedanke mich, Herr Präsident.

Überschrift: „Internet lässt Wirtschaftskriminalität explodieren“. Ich muss Sie jetzt mit ein paar Zahlen belästigen, weil erst aufgrund der Zahlen deutlich wird, um was für ein gigantisches Problem es sich handelt, das wir in Baden-Württemberg gemeinsam mit unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten lösen müssen.

Vor drei Jahren waren 26 % aller Unternehmen Opfer von Wirtschaftskriminalität. Jedes vierte Unternehmen in Baden-Württemberg war also davon betroffen. Innerhalb von drei Jahren ist diese Zahl nach oben geschossen, auf 37 %. Das heißt, mehr als ein Drittel aller Unternehmen sind von Wirtschaftskriminalität betroffen. Immer häufiger ist dabei das Internet das Tatwerkzeug.

Auch hier wieder Zahlen – tut mir leid –: Vor drei Jahren sind 23 % der Taten im Bereich der Wirtschaftskriminalität – also ein Viertel – mithilfe des Internets begangen worden. Innerhalb von drei Jahren ist dieser Anteil auf über 50 % nach oben geschossen. Es ist Wahnsinn, welche Bedeutung das Internet im Zusammenhang mit der Wirtschaftskriminalität hat. Nahezu jedes dritte Unternehmen ist betroffen; über die Hälfte der Taten sind über das Internet begangen worden.

Obwohl nur 1,7 % aller polizeilich registrierten Straftaten bundesweit diesem Bereich zuzuordnen sind, werden in diesem Bereich 50 % des Gesamtschadens produziert. Auf Baden-Württemberg bezogen werden sogar 57,3 % der Gesamtschäden durch Internetkriminalität und Wirtschaftskriminalität hervorgerufen. Das sind pro anno über 400 Millionen €, also fast eine halbe Milliarde € pro Jahr.

Ganz schlimm ist – das ist das Besondere an diesem Kriminalitätsfeld –, dass die betroffenen Unternehmen oft gar nicht Bescheid sagen. Das Dunkelfeld ist sehr viel größer, weil die betroffenen Unternehmen und Firmen natürlich gar kein Interesse daran haben, in irgendeiner Form staatsanwaltschaftliche Ermittlungen einzuleiten und dann öffentliche Hauptverhandlungen zu erleben, in denen ihr Unternehmen als Opfer dargestellt wird. Diese Firmen beauftragen dann lieber private Unternehmen oder bringen die Sache gar nicht zur Anzeige und gehen der Sache selbst nach. In Deutschland haben wir im Dunkelfeld Schäden von 12 Milliarden € zu beklagen. Das sind erhebliche Probleme, die wir zu lösen haben.

Betroffen sind aber auch die Bürgerinnen und Bürger; denn 20 % der Vergehen im Wirtschaftskriminalitäts- und IT-Bereich waren Vergehen, die zugleich dem Bereich der organisierten Kriminalität zuzuordnen sind.

Ich möchte ein Beispiel nennen, damit Sie erkennen, dass jeder von uns hier im Raum betroffen sein kann: Allein eine Gruppe von estnischen, britischen und deutschen Tätern hat durch das Abgreifen von EC-Kartendaten mittels manipulierter Geldautomaten bei nur 260 Überweisungen einen Schaden von 2,1 Millionen € erzeugt. Eine kleine Gruppe, 260 Überweisungen, ein Schaden von 2,1 Millionen €! So etwas kann jeden von uns treffen, der mit einer EC-Karte an einen solchen manipulierten Bankautomaten gerät.

Da ist es also wirklich angebracht, dass wir uns diesem Thema widmen und auch die Bevölkerung vor solchen Taten schützen. Denn die Kriminalität in diesem Bereich, die im anonymen Umfeld geschieht, lässt natürlich die Bürger verunsichern zurück, weil man selbst dieses Netz als einen rechtsfreien Raum empfindet und sich auch gar nicht mehr traut, Geschäfte auf diesem Weg abzuwickeln. Damit hätten die Kriminellen gesiegt.

Das heißt, wir müssen das Internet wieder zu einem Raum machen, in dem die Kriminellen Angst haben, sich zu bewegen, damit die rechtschaffenen Bürger keine Angst mehr haben, sich im Internet zu bewegen.

Was haben wir getan? Das geht aus der Antwort auf unsere Große Anfrage hervor, die natürlich – so sage ich einmal – interessanter zu lesen ist, als darüber zu sprechen. Daraus wird deutlich: Wir haben seit der Übernahme der Regierungsverantwortung Umstellungen beim Landeskriminalamt vorgenommen. Seit Juli 2011 wurde dort an einer Handlungsempfehlung gearbeitet.

Zweitens wurde beim LKA eine Abteilung „Cyberkriminalität/Digitale Spuren“ eingerichtet, und die Akademie der Polizei hat Fortbildungen organisiert und veranstaltet, um die Sachbearbeiter genau auf diese Spurenerkennung im Internet vorzubereiten.

(Nikolaos Sakellariou)

Drittens: Bei der Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart ist eine Zentralstelle für die Bekämpfung der Informations- und Kommunikationskriminalität eingerichtet worden, eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft.

Außerdem haben wir viertens – darauf kommt man nicht direkt – 500 neue Anwärterstellen bei der Steuerverwaltung geschaffen und verstärkt auf diese Art und Weise auch diesen Bereich; denn die dort Beschäftigten können die Staatsanwaltschaften im Bereich der Aufklärung von Steuervergehen unterstützen.

In diesem Bereich geht es um gigantische Summen. Stellen wir uns einfach einmal vor, in welchen Bereichen man sich dort bewegt: Da geht es um Finanzgeschäfte von Mitarbeitern der LBBW – ein riesiger Bereich – oder auch um die Übernahmeversuche von Porsche und VW. Da geht es um gigantische Summen. In diesem Bereich muss ermittelt werden, und dazu braucht man ganz spezielle Kenntnisse.

Wenn man dann sieht – jetzt komme ich noch einmal auf die Strukturen zurück –, wie das bislang hier in Baden-Württemberg geregelt ist, stellt man fest: Auf 37 Polizeidirektionen verteilt sitzen dort Spezialisten. So gibt es in Emmendingen 2,5 Stellen für Spezialisten, die sich mit diesem Kriminalitätsfeld befassen. In Esslingen hingegen sitzen hierfür 27 Spezialisten. Das liegt nicht daran, dass in Esslingen so viele Kriminelle wohnen würden.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Weil dort gut gearbeitet wird.

(Abg. Winfried Mack CDU: Weil der stellvertretende Präsident dort wohnt! Der Präsident wird unruhig!)

**Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:** Das zeigt doch vielmehr ganz deutlich, dass eine solche Kriminalität nur mit Teams bekämpft werden kann, die in sich schlagkräftig sind. Diese müssen eine gewisse Mindestgröße haben, damit sie alle Aspekte dieser Form der Kriminalität bekämpfen können. Da ist es ein falsches Instrument, wenn die Zahl der Stellen in den 37 Polizeidirektionen zwischen 2,5 Stellen und 27 Stellen divergiert; so ist es schwer, in diesem Megabereich die Kriminalitätsbekämpfung effektiv zu betreiben.

Wenn man sich mit den Inhalten befasst, wird einem klar, warum die Strukturen angepasst werden müssen.

Viel Freude bei der Lektüre und dem Ministerium herzlichen Dank für die gründliche Erarbeitung der Antwort auf die Große Anfrage.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Zimmermann das Wort.

**Abg. Karl Zimmermann CDU:** Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Sakellariou, auf Zahlen verzichte ich jetzt

(Oh-Rufe – Abg. Walter Heiler SPD: Ach nein!)

– ja, ja –, weil die Statistik nur die erfassten Zahlen beinhaltet. Sie selbst sagen: Bei Schäden in Höhe von geschätzten 12 Milliarden € im Dunkelfeld brauchen wir auf einzelne Zahlen nicht einzugehen.

Aber lassen Sie mich zunächst etwas zur Wirtschaftskriminalität sagen. Hier sprechen die Zahlen eine klare Sprache. In den vergangenen Jahren war der starke Anstieg in der Wirtschaftskriminalität gebrochen worden; die Zahlen gingen in der vergangenen Legislaturperiode zurück. Die Fallzahlen waren auch bei allen anderen Deliktsarten rückläufig – das ist die gute Nachricht, die ich heute mitteilen möchte. Eine gute Polizei hat also eine gute Arbeit geleistet – in der alten bzw. noch bestehenden Organisationsform.

(Beifall bei der CDU)

Sorgen macht mir aber, dass trotz dieser positiven Entwicklung immer mehr Kriminalität sozusagen von außen importiert wird. Erlauben Sie mir, das zu sagen; das ergibt die Statistik: Während die Zahl der deutschen Straftäter rückläufig ist, hat die Zahl der nicht deutschen Tatverdächtigen deutlich zugenommen.

Dass die Internetkriminalität zugenommen hat, wundert aber nicht; denn in den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Internetsnutzer mehr als verdoppelt. Auch die Akzeptanz des Internets als Vertriebskanal hat rasant zugenommen. Der Internethandel hat den klassischen Versandhandel mittlerweile überholt. Das Internet wird für Kriminelle schon allein wegen der Zahl der Transaktionen und der Höhe der dort getätigten Umsätze immer interessanter und beliebter.

Aber das Internet ist nicht nur ein Raum zum Verüben von Straftaten. Es ist auch ein Raum, in dem Spuren hinterlassen werden – Gott sei Dank. Sie konnten in den letzten Tagen viel zum Fall „Tobias“ und zur Aufklärung lesen. Es waren Spuren im Internet, die man gefunden hat und mit deren Hilfe die Polizei den Fall dann auch Gott sei Dank aufklären konnte.

Was lernen wir daraus? Die Ermittlung im Internet verspricht Erfolge, wo konventionelle Ermittlungsverfahren erfolglos geblieben sind. Entsprechend müssen dem aber auch die Schwerpunkte in der Ermittlungsarbeit folgen. 140 Fachkräfte, die sogenannten Sachbearbeiter für IT-Beweissicherung, sind da meines Erachtens, aber auch Stellungnahmen der Fachleute zufolge zu wenig. Deshalb bitte ich die Landesregierung, zu prüfen, wie durch entsprechende Umschichtungen die Kapazitäten ausgebaut werden könnten.

Jetzt möchte ich auf Ihren guten Vorschlag, Ihre Aussage, Herr Kollege Sakellariou, dazu, was Sie in der Steuerverwaltung machen, zurückkommen. Wenn Sie also 1 000 neue Stellen in der Steuerverwaltung schaffen wollen bzw. planen, dann – das muss ich Ihnen ernsthaft sagen – wirken 140 Fachkräfte für Beweissicherung im Internet bei diesem gigantischen Wachstum im Bereich Kriminalität geradezu mickrig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Insofern hoffe ich, dass auch die Kollegen von der SPD aus den guten Antworten auf die Große Anfrage die richtigen Konsequenzen ziehen. Wir brauchen eine stärkere Internetstreife, wir brauchen gute Rahmenbedingungen. Jetzt erlauben Sie mir ruhig das Stichwort Vorratsdatenspeicherung: Ohne Vorratsdatenspeicherung werden wir in diesem Bereich die Kriminalität nicht wirksam bekämpfen können.

(Beifall bei der CDU)

(Karl Zimmermann)

Wir brauchen zusätzlich zu der bestehenden guten Ausstattung auch eine noch bessere Hardwareausstattung. Wir brauchen absolute Hochleistungsrechner, Rechner, die selbst arbeiten, sodass nicht immer der Polizeibeamte während seiner Arbeitszeit daran sitzen muss; die Rechner müssen arbeiten können. Wir müssen adäquat ausgerüstet sein. Da ist mir die Investition in einem solchen Bereich wichtiger als die Personalaufstockung in manch einem Ministerium.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Häffner das Wort.

**Abg. Petra Häffner GRÜNE:** Herr Präsident, wertere Kolleginnen, wertere Kollegen, liebe Gäste hier im Plenum! Herr Zimmermann, Zahlen sind nicht Ihre Stärke.

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie teilen heute aber ganz schön aus!)

In der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage heißt es:

*Die überwiegende Mehrheit der Tatverdächtigen im Bereich der Wirtschaftskriminalität weist die deutsche Staatsangehörigkeit auf.*

Die meisten Straftäter sind Deutsche und kommen nicht aus anderen Ländern. Wenn Sie die Antwort lesen, haben Sie –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie müssen das doch immer in Relation zur Bevölkerung sehen, wertere Dame Kollegin!)

– Ja, genau.

(Abg. Manfred Groh CDU: Die Zahlen sind nicht Ihre Stärke! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

„Ich denke, ich trinke noch eine Tasse Kaffee und bearbeite den nächsten Datenträger.“ So könnte der tägliche Stoßseufzer einer Kripobeamtin, eines Kripobeamten lauten, die im Bereich der Wirtschaftskriminalität arbeiten. Zum Arbeitsalltag gehört stundenlanges Recherchieren in endlosen Schleifen. Die komplexe Materie und die riesigen Datenmengen sind fast unüberschaubare Berge für das Ermittlungspersonal.

Gerade im Bereich der Wirtschaftskriminalität lässt sich das Aufgabengebiet nicht auf die regionale oder nationale Ebene beschränken. Wirtschaftsunternehmen sind international vernetzt und agieren über alle Grenzen hinweg; die Täter tun es ihnen gleich. Diese Tatsachen sind viele Jahre in ihrer Bedeutung nicht gesehen und nicht wahrgenommen worden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Woher haben Sie denn diese Feststellung?)

Insider sagen: Diese Erkenntnis kam fünf Jahre zu spät. Der Schaden, der durch die Wirtschaftskriminalität jährlich entsteht, liegt im dreistelligen Millionenbereich. Ich erspare mir, die weiteren Zahlen zu nennen; der Kollege von der SPD hat dies ausführlich getan. Die Folgen für Betroffene sind im-

mens. Sie gehen für manche sogar bis an die Existenzgefährdung.

Dennoch zeigen Zahlen nicht das wahre Ausmaß der Wirtschaftskriminalität. Die Dunkelziffer ist hoch, da aufgrund der Sensibilität der geschäftlichen Transaktionen viele Unternehmen wenig Bereitschaft zeigen, Strafverfolgungsbehörden einzuschalten. Hier muss sich etwas ändern.

Grün-Rot hat dazu im Koalitionsvertrag klar Stellung bezogen und lässt diesen Worten nun Taten folgen. Das LKA erarbeitete eine Situationsanalyse mit entsprechenden Handlungsempfehlungen. Erste Maßnahmen wurden bereits umgesetzt.

Es wurde bereits angesprochen, dass die Abteilung „Cyberkriminalität/Digitale Spuren“ eingerichtet wurde. Ihr Ziel ist es, Kompetenzen zu bündeln, die Ermittlungen zu koordinieren und die IT-Beweissicherung zu optimieren.

Ein weiterer Schritt wird im Zuge der Polizeireform erfolgen. Die regionalen Präsidien erhalten Stellen zur Bekämpfung von Cyberkriminalität. Mit der Strukturreform wird meines Erachtens eine wichtige Verbesserung zur Effizienzsteigerung erfolgen, indem der Sachverstand für IuK-Kriminalität und IT-Beweissicherung in den Präsidien gebündelt wird. Ebenso schließt dies auch eine effektivere Nutzung der Technik ein.

Ebenfalls wichtig ist es, Fortbildungen neu auszurichten, um die Ermittler und Ermittlerinnen der Kripo auf den Stand der Täter zu bringen. Viele Maßnahmen sind bereits umgesetzt, weitere folgen in den nächsten Jahren. Wir sind auf einem guten Weg.

Erwähnen möchte ich aber auch, dass gerade die Strafverfolgung innerhalb der Wirtschaftskriminalität ein wichtiger Baustein ist. Unter dem ehemaligen Justizminister Goll wurde eine Taskforce zur Bündelung der Einsätze der Staatsanwälte in den beiden Oberlandesgerichten Karlsruhe und Stuttgart eingerichtet. Diese Maßnahme hat sich bewährt, weil dadurch die Kräfte gebündelt werden.

Ich komme noch zu einer dritten Säule, die bei der Kriminalitätsbekämpfung wichtig ist, nämlich zur Prävention. Nicht nur der Staat, auch die Bevölkerung ist dazu aufgerufen, bei der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität mitzuhelfen. Ähnlich wie bei der Verkehrserziehung kann ein Schwerpunkt auf die Aufklärung der Menschen gelegt werden. Der bewusste Umgang mit dem Internet muss gelernt werden. Wir brauchen eine erhöhte Wachsamkeit, wenn wir im Internet surfen, einkaufen, Inhalte downloaden und Verträge abschließen. Regeln und Gesetze, die im normalen Geschäftsverkehr gelten, sind für das Internet oft nur bruchstückhaft vorhanden. Kriminelle finden in der virtuellen Welt noch einen weitgehend rechtsfreien Raum.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Dummes Zeug!)

In vielen Foren sind die User nicht mit ihren Echtdaten vorhanden. Namen, Adressen oder Telefonnummern werden falsch angegeben. Das kann eine Vorsichtsmaßnahme sein. Es wird aber problematisch, wenn daraus Straftaten folgen. Dies können und wollen wir so nicht stehen lassen.

Noch ein letzter Satz: Von der Opferschutzorganisation Weißer Ring wird gesagt, dass die Initiative der neuen, grün-ro-

(Petra Häffner)

ten Regierung zur Bekämpfung der Internetkriminalität beispielhaft ist. Es ist aber wichtig, zu erkennen, dass nicht Baden-Württemberg allein hier ein Problem hat. Diese Problematik muss vielmehr auf Bundesebene gesehen werden, und sie muss auf Bundesebene koordiniert angegangen werden. Wir müssen in die Form der Prävention investieren, denn dies zahlt sich aus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es handelt sich sicher um ein gemeinsames Anliegen, die Wirtschaftskriminalität zu bekämpfen. Das ist eine Herausforderung für jede Landesregierung und für jedes Land.

Die Anfrage ist umfassend, die Antwort ist es auch. Man wird aber auch darauf hinweisen dürfen, dass schätzungsweise 95 % dessen, was in der Antwort genannt wird – das ist nicht erstaunlich –, noch von der alten Landesregierung veranlasst worden war. Sie waren so freundlich, liebe Frau Häffner, beispielsweise die Taskforce zu nennen. Es wird jetzt Gott sei Dank ein Thema von eminenter Bedeutung fortgeführt, ein Thema, das erhebliche Schwierigkeiten bereitet, ein Thema, bei dem es um eine Menge geht.

Dabei fällt eines auf. Lieber Herr Sakellariou, Sie haben zu Recht noch einmal die Schadenssumme erwähnt, die durch Wirtschaftskriminalität entsteht: etwa eine halbe Milliarde Euro pro Jahr. Aber das Interessante ist – das kann man hier vielleicht schon einmal thematisieren –: Was den engeren Bereich der Wirtschaftskriminalität betrifft, entstehen eigentlich die wenigsten Schäden durch Internetdelikte. Erst wenn man den einfachen Betrug, der eigentlich nicht zur Wirtschaftskriminalität gezählt wird, dazunimmt, erkennt man, dass die Zahlen in die Höhe gehen.

Wir haben durch Wirtschaftskriminalität eine Schadenssumme von fast einer halben Milliarde Euro. Aber wenn ich die Schäden durch Internetkriminalität zusammenrechne, komme ich auf eine Summe von etwa 20 Millionen €. Die Erklärung ist sehr einfach gefunden: Bei den Fällen klassischer Wirtschaftskriminalität geht es oft um sehr viel Geld. Im Internet dagegen geht es oft mehr um Kleinvieh, um tägliche Betrügereien, um Dinge, bei denen sich die Betroffenen wahrscheinlich fragen: Machst du da überhaupt etwas? Das kennen viele von Ihnen wahrscheinlich auch. Solche kleinen Betrügereien sind natürlich mühsam zu verfolgen. Auf alles muss man eine geeignete Antwort finden.

Das ist bei den großen Verfahren nicht einfach, bei den Verfahren, die in der Presse immer wieder eine Rolle spielen. Wir haben erst vor überschaubarer Zeit noch unter der früheren Regierung sieben Staatsanwaltschaften extra der Staatsanwaltschaft Stuttgart zugewiesen, damit sie diese Fälle schneller über die Bühne bringen kann. Bei ihnen wird natürlich von außen auch gefragt: Wann werdet ihr eigentlich einmal fertig? Aber da bekommt man mit, wie kompliziert und anspruchsvoll solche über die Börse begangenen möglichen Delikte sind.

Beim Internet geht es um einen Wettlauf, was die Technik anbelangt. Da geht es darum, die Behörden in die Lage zu versetzen, zu reagieren. Die Behörden müssen technisch mindestens genauso gut ausgestattet sein wie die, die die Taten begehen. Da ist in den letzten Jahren zwar eine Menge geschehen, aber es muss noch mehr geschehen.

Auf einen sehr wichtigen Umstand, finde ich, hat der Kollege Zimmermann hingewiesen. Die modernen Kommunikationstechniken bieten nicht nur Kriminellen – leider – „reizvolle“ Möglichkeiten, sondern sie haben auch die Möglichkeiten der Fahndung, der Aufklärung, der Recherche gewaltig befördert. Insofern sind wir der Entwicklung sicher nicht schutzlos ausgeliefert. Aber beides wird auf seine Art – das Internet mehr aus technischen Gründen und weil es massenhafte Verfahren sind, die Wirtschaftskriminalität wiederum, weil es sehr anspruchsvolle, sehr komplizierte Verfahren sind – eine dauernde Herausforderung für jeden Rechtsstaat, für die Strafverfolgungsorgane bleiben. Aus der Antwort auf die Große Anfrage geht hervor, dass man da am Ball ist. Das kann man auch aus der Sicht der Opposition nur begrüßen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für den heute Nachmittag entschuldigtem Innenminister Gall erteile ich Herrn Justizminister Stichelberger für die Landesregierung das Wort.

**Justizminister Rainer Stichelberger:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich nehme in dieser Debatte gern Stellung und vertrete den Kollegen Innenminister Gall gern. Er ist heute Nachmittag verhindert. Er nimmt an einer Veranstaltung anlässlich der Rückkehr von Soldatinnen und Soldaten aus Afghanistan teil. Er vertritt dort das Land Baden-Württemberg, die Landesregierung.

Ich darf deshalb hier in dieser Debatte einige Ausführungen machen. Das mache ich auch deshalb gern, weil nicht nur das Innenministerium, sondern auch das Justizministerium an der Beantwortung dieser Großen Anfrage beteiligt gewesen ist.

Ich bin Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch dankbar, dass Sie in sehr sachlicher, fast einvernehmlicher Weise die Bilanz, die wir vorgelegt haben, gewürdigt haben und sich dadurch wohlthuend von der eher fasnächtlichen Fragestellung der vorangegangenen Debatte abgesetzt haben.

Die Bilanz, die wir vorgelegt haben, ist nicht nur ein Zahlenwerk und dessen Interpretation. Vielmehr zeigt die Beantwortung auch auf, wo noch Handlungsdefizite bestehen und wo das Land insgesamt und damit auch der Landtag und die Landesregierung in Zukunft gefordert sind.

Meine Damen und Herren, es ist vielfach gesagt worden: Wirtschaftskriminalität ist ein besonders sozialschädliches Kriminalitätsphänomen. Jeder von uns ist in irgendeiner Form Opfer von Wirtschaftskriminalität – und sei es nur, dass er als Verbraucher überhöhte Preise zahlen muss oder Rechnungen für Waren oder Dienstleistungen erhält, die er über das Internet vermeintlich bestellt hat, aber nicht erhalten hat.

(Minister Rainer Stickelberger)

Es ist gesagt worden: Fälle von Wirtschaftskriminalität machen zwar nur 2,5 % aller Straftaten in Baden-Württemberg aus, verursachen aber über 60 % des durch Kriminalität entstehenden wirtschaftlichen Schadens.

Die Zahlen sind Ihnen bekannt. Innerhalb von 20 Jahren hat sich die Zahl der Delikte vervierfacht. In den Jahren 2006 bis 2010 hatten wir im Durchschnitt einen Schaden von 436 Millionen € pro Jahr – also ein stattlicher Betrag.

Es besteht nach wie vor ein großes Dunkelfeld. Viele Wirtschaftsstraftaten werden nicht aufgeklärt. Meine Vorredner haben zu Recht darauf hingewiesen, dass viele Unternehmen auch kein Interesse an einer Aufarbeitung durch die Justiz haben, sondern ihre Probleme lieber intern selbst regeln, weil sie vielleicht eine schlechte Berichterstattung in der Presse befürchten und einen damit verbundenen Ansehensverlust vermeiden wollen.

Eine strenge Compliance ist geboten. Herr Präsident, Sie sehen mir die englischen Ausdrücke in dieser Debatte nach.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn man sie übersetzt, ist es in Ordnung! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sagen Sie es einmal auf Deutsch! – Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ab und zu schon.

**Justizminister Rainer Stickelberger:** Gut, vielen Dank. – Diese Compliance darf natürlich nicht dazu führen, dass sich Wirtschaftskriminelle der Strafverfolgung entziehen. Die Landesregierung setzt bei der Verfolgung von Straftaten primär auf die Prerogative des Staates und nicht auf private Mithilfe.

Meine Damen und Herren, wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt: Wir werden alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit Baden-Württemberg bei der Verfolgung von Wirtschaftskriminalität und der Bekämpfung von Korruption vorbildlich wird. Ich sage extra „vorbildlich wird“, weil wir an diesem Ziel sicher noch nicht angelangt sind.

Erlauben Sie mir zu Beginn aber noch einige Erläuterungen zum Begriff Wirtschaftskriminalität – Herr Dr. Goll, Sie haben das auch thematisiert –, gerade im Verhältnis zu den Taten, die mittels des Internets oder nur durch das Internet begangen werden können.

Der Begriff der Wirtschaftskriminalität ist nicht abschließend definiert. Wie Sie aber der Antwort auf die Große Anfrage entnehmen können, werden die Vermögens- und Fälschungsdelikte nur zu einem Teil als Wirtschaftskriminalität erfasst. In der Öffentlichkeit findet in der Regel keine Differenzierung statt. Wenn etwa ein Onlinehändler nach Zahlung durch den Besteller keine Ware zusendet oder wenn plötzlich Mahnungen zugeschickt werden, weil ein Abonnement im Internet abgeschlossen worden sein soll, ohne dass dafür bezahlt worden sei, wird das natürlich zu Recht als Wirtschaftskriminalität wahrgenommen. Es geht um eine wirtschaftliche Dienstleistung, die vorgetäuscht wird, die nicht erbracht wird oder bei der betrogen wird.

Das Landeskriminalamt hat bei der Analyse der Kriminalitätsfelder Wirtschaftskriminalität und Korruption aufgrund der

gestiegenen Bedeutung und der hohen Gewinnspannen auch die Cyberkriminalität einbezogen. Weil bei der Umweltkriminalität in der Regel ebenfalls wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen, wird auch dieser Bereich in die Betrachtung aufgenommen.

Die Kollegin Häffner und der Kollege Sakellariou haben schon darauf hingewiesen, was diese Koalition tut, um Wirtschaftskriminalität zu bekämpfen. Natürlich sind dazu schon früher, Herr Dr. Goll, und nicht erst durch die grün-rote Landesregierung Maßnahmen eingeleitet worden. Aber Kriminalität gab es auch schon vor Amtsantritt der grün-roten Landesregierung.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aber sie hat zugenommen, Herr Kollege! Das wurde hier ausgeführt!)

– Wir haben gehört, Frau Kollegin Gurr-Hirsch, Ihr Kollege Zimmermann hat da eine andere Wertung vorgenommen und hat in der Tendenz eigentlich eher ein optimistischeres Bild gezeichnet, was wir als Kompliment für unsere Koalition natürlich gern verbuchen. Kollege Zimmermann, vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Zahlen stammen aus 2010! Für 2011 liegen sie leider noch nicht vor! 2010 waren noch wir an der Regierung!)

– Sie bekommen zu gegebener Zeit natürlich neue Statistiken. Wir werden sie auch regelrecht ausfeilen, aber sie dann – wenn es geht – nicht alle mündlich erörtern, sondern Ihnen einen Teil davon schriftlich zukommen lassen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber nicht zurechtfeilen, sondern ausfeilen!)

Meine Damen und Herren, was machen wir, was macht die Koalition, was macht die Polizei? Da kann ich einige Punkte nennen, die auch schon angerissen wurden.

Wegen der steigenden Bedeutung von Internet und Computern bei dem Begehen von Straftaten hat der Kollege Gall bereits zu Beginn des Jahres die Einrichtung einer neuen Abteilung „Cyberkriminalität/Digitale Spuren“ beim Landeskriminalamt genehmigt. In dieser Abteilung wird das Fachwissen des Landeskriminalamts in den Bereichen Auswertung, Ermittlung und technische Unterstützung gebündelt. Diese Konzentration von Spezialisten wird nicht nur zur Bekämpfung der Cyberkriminalität vorangetrieben, sie unterstützt auch alle anderen Ermittlungsbereiche bei Datenauswertungen und bei der Suche nach digitalen Spuren – ein Feld, das die Polizei, die Justiz zunehmend beschäftigt und entsprechende Kräfte, entsprechende Ressourcen bindet.

Im Rahmen der Polizeistrukturereform plant das Innenministerium zudem die Einrichtung einer Kriminalinspektion Cyberkriminalität bei den Polizeipräsidien. Damit wird den gestiegenen Anforderungen an Technik und Know-how Rechnung getragen.

Auch in den Bereichen Wirtschaftskriminalität und Korruption werden mit der Strukturreform, wie wir es hier heute Morgen auch schon diskutiert haben, schlagkräftige regionale Einheiten gebildet, die ihren Beitrag zu einer verbesserten Be-

(Minister Rainer Stichelberger)

kämpfung dieser besonders sozialschädlichen Kriminalität leisten werden.

Von großer Bedeutung für die Aufklärung von Wirtschaftskriminalität ist auch eine gezielte Aus- und Fortbildung bei der Polizei und – ich kann das für mein Ministerium sagen – im Anschluss daran selbstverständlich auch für die Bediensteten in der Justiz.

Für die Polizei kann ich sagen: Das bereits bestehende gute Angebot wird noch in diesem Jahr durch das Angebot entsprechender Lehrgänge etwa im Bereich der schweren Umweltkriminalität weiter verbessert.

Wir prüfen bei der Polizei auch laufend Maßnahmen zur Verbesserung der Polizeitechnik. Wir stehen hier vor der Herausforderung, bei knappen Budgets für Sachausgaben mit den ständig neuen technischen Möglichkeiten Schritt zu halten.

Eines möchte ich an dieser Stelle auch einfügen – Herr Kollege Zimmermann, Sie haben das angesprochen; das wird uns in der Tat vor Probleme stellen –: Mit Umschichtungen allein wird es nicht getan sein, wenn wir mit der Entwicklung der Kriminalität auf Dauer Schritt halten wollen. Wir dürfen nicht zulassen, dass diejenigen, die Straftaten begehen, uns immer einen Schritt voraus sind und aus diesem einen Schritt vielleicht größere oder mehr Schritte werden. Deshalb werden wir nicht umhinkommen, auch hier, was Sachmittel und personelle Ausstattung angeht, bei den künftigen Haushaltsberatungen verstärkt tätig zu werden.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Justizminister, Entschuldigung. Ich wollte Sie nicht im Satz unterbrechen.

**Justizminister Rainer Stichelberger:** Ja, bitte.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Löffler?

**Justizminister Rainer Stichelberger:** Selbstverständlich. Ich führe nur noch den Halbsatz zu Ende.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ja.

**Justizminister Rainer Stichelberger:** Oder wir nehmen die Alternative in Kauf, gegebenenfalls auf ein Höchstmaß an Sicherheit zu verzichten. Das – da sind wir uns, glaube ich, einig – können wir uns im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land nicht leisten.

Bitte, Herr Kollege Dr. Löffler.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Herr Minister, Internetkriminalität ist kein auf Baden-Württemberg begrenztes Problem, und es ist auch kein deutsches Problem, sondern primär ein internationales Problem. Die Täter agieren weltweit.

Wichtig wäre es, durch internationale Verträge und Vereinbarungen und durch die Zusammenarbeit mit anderen Ländern die Bekämpfung zu vertiefen. Dazu habe ich bislang nichts gehört. Es wird uns wenig nützen, wenn wir die Arbeitskräfte der hiesigen Polizei verstärken oder noch mehr Aktivität von ihnen verlangen, wenn wir nicht in der Lage sind, die Täter auch international zu verfolgen. Dafür brauchen wir eine

weltumspannende Aktivität beim Kampf gegen die Internetkriminalität. Ich glaube, da müssen Sie aktiv werden, um das Problem an der Wurzel zu packen. Aktivitäten in Baden-Württemberg sind eigentlich nur bedingt geeignet, um zum Erfolg zu kommen.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das war keine Frage, sondern eine Kurzintervention!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Justizminister.

**Justizminister Rainer Stichelberger:** Herr Dr. Löffler, ich gebe Ihnen uneingeschränkt recht: Internetkriminalität ist ein internationales Problem. Ich muss sagen, dass unsere Polizei, aber auch die Justiz dabei schon recht gut aufgestellt sind. Es gibt, glaube ich, kaum einen Bereich der Politik, der im Vergleich zu anderen Ländern so gut vernetzt ist, wie es die Polizei schon jetzt ist. Aber die Zusammenarbeit wird sicher noch verstärkt werden müssen. Da müssen wir sicherlich auch auf europäischer Ebene unseren Einfluss geltend machen. Dabei habe ich den Eindruck, dass Deutschland und insbesondere Baden-Württemberg im Vergleich der europäischen Länder schon recht gut abschneiden. Aber wir müssen diesen Weg weitergehen; da gebe ich Ihnen recht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in der Justiz legen wir ein verstärktes Augenmerk auf die Wirtschaftskriminalität und das Tatmittel Internet. Ich habe beispielsweise bei der Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart – Frau Häffner und Herr Sakellariou, Sie haben dies dankenswerterweise bereits erwähnt – eine Zentralstelle für die Bekämpfung der Informations- und Kommunikationskriminalität eingerichtet. Das ist, wenn Sie so wollen, eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft. Diese neue Stelle steht den Staatsanwaltschaften bei Fachfragen zur Verfügung und sorgt für einen umfassenden Informationsaustausch. Die Richter und Staatsanwälte werden wir ständig fortbilden, damit sie in diesem sehr dynamischen Bereich, der stark expandiert, auf dem Laufenden bleiben. Auch hier arbeiten wir eng mit der Polizei zusammen.

Diese Zentralstelle koordiniert die Zusammenarbeit aller auf Bundes- und Landesebene befassten Behörden und wird natürlich, Herr Dr. Löffler, jetzt auch zunehmend europaweit und international tätig sein müssen. Es gibt entsprechende Möglichkeiten des Informationsaustauschs zwischen der Polizei und der Justiz, um eine schnelle Informationsweitergabe zu gewährleisten. Schließlich prüft die Zentralstelle auch einzelfallunabhängig strafrechtliche und verfahrensrechtliche Fragestellungen, um das rechtliche Instrumentarium zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität den Erfordernissen anpassen zu können.

Es gibt seit Oktober 2010 bei den Staatsanwaltschaften untereinander vernetzte IuK-Ansprechpartner, die über ein besonderes rechtliches und technisches Know-how verfügen und ihre Kollegen bei der Bearbeitung von Wirtschafts- und Internetkriminalität fachlich unterstützen. Zugleich sind sie Ansprechpartner für andere Behörden und halten den Kontakt zur Polizei.

Aber wir kommen trotz aller Maßnahmen, die wir bis jetzt eingeleitet haben, nicht an der Erkenntnis vorbei, dass uns Wirtschafts- und Internetkriminalität täglich vor neue Heraus-

(Minister Rainer Stichelberger)

forderungen stellen, dass sie enorme Personal- und Sachmittel binden und dass deren Bekämpfung damit nicht zum Nulltarif zu haben ist. Die äußerst komplexen Rechtsfragen, verwickelte Sachverhalte, anspruchsvolle Techniken der Wirtschaftskriminellen selbst erfordern ausreichendes und gut geschultes Personal, damit das Land, die Polizei und die Justiz nicht den Kürzeren ziehen.

Angesprochen wurden auch Großverfahren. Ich möchte kurz darauf eingehen: Derzeit sind das Landeskriminalamt und die Staatsanwaltschaft Stuttgart mit einigen Großverfahren im Bereich der Wirtschaftskriminalität besonders belastet. Um welche Fälle es dabei ging, konnten Sie in den letzten Tagen den Medien entnehmen. Dabei ist es zum Teil schon zu Anklagen gekommen. Dass die Ermittlungsbehörden diese von Großverfahren geprägte Situation bewältigen, ist dem Engagement der Beamtinnen und Beamten der Polizei in diesem Bereich und den mit den Verfahren befassten Staatsanwältinnen und Staatsanwälten zu verdanken.

Hilfreich war es natürlich, dass im Jahr 2010 – es ist schon gesagt worden – sieben zusätzliche Staatsanwaltschaften bewilligt wurden, um die Folgen der Finanzkrise aufzuarbeiten. Diese Stellen sind zeitlich befristet; zwei davon laufen Ende dieses Jahres aus, die übrigen haben einen k.w.-Vermerk und werden wieder abgebaut. Aber derzeit brauchen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich, damit wir die Verfahren zu Ende bringen. Denn Wirtschaftsstrafsachen müssen zügig bearbeitet werden. Überlange Verfahrensdauern führen zu späteren Verurteilungen und zu deutlichen Abschlägen bei den Strafen, die der Sache keinesfalls angemessen sind. Wir müssen deshalb für eine ausreichende Personal- und Sachausstattung sorgen.

Die Verstärkung der Steuerverwaltung ist bereits angesprochen worden; auch die Zahlen wurden genannt. Auch das ist ein Beitrag, um der Wirtschaftskriminalität zu begegnen.

Die Taskforce, die Sie angesprochen haben, Frau Häffner, ist nach wie vor tätig. Sie hat ihre Arbeit etwas anders strukturiert als zu dem Zeitpunkt, als sie ins Leben gerufen wurde. Sie arbeitet nach wie vor und unterstützt die einzelnen Staatsanwaltschaften insbesondere bei der Erledigung von Großverfahren, bei denen die einzelne Staatsanwaltschaft auf professionelle Hilfe angewiesen ist. Das leistet diese Taskforce nach wie vor.

Wenn ich noch einmal auf den Koalitionsvertrag mit dem dort formulierten Ziel zurückkomme, muss ich sagen: Wir sind, glaube ich, auf dem richtigen Weg, haben die notwendigen Maßnahmen ergriffen, werden aber weiterhin wachsam sein müssen.

Ich bitte Sie auch künftig um Ihre Unterstützung, dass wir nicht vor der Kriminalität kapitulieren müssen, sondern sie, wie bisher, weiterhin in den Griff bekommen

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wie bisher!)

und uns neuen Entwicklungen der Kriminalität anpassen und entsprechend antworten können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Sakellariou das Wort.

**Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:** Herr Präsident, ich habe noch ein kurzes Schlusswort, wie es angekündigt wurde. Ich möchte auf den Hinweis des Kollegen Zimmermann eingehen. Denn er ist jemand, der sich auch auskennt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Danke schön!)

Es ist umso wichtiger, dass wir darauf zurückkommen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Er hat darauf hingewiesen, dass die Zahlen noch zu Zeiten der alten Landesregierung im Rückgang begriffen waren. Das ist natürlich richtig. Wir sollten daraus aber keinen falschen Schluss ziehen. Denn wir haben uns zum Ziel gesetzt, durch eine verbesserte Struktur und eine bessere Ausstattung noch mehr Fälle aus dem Dunkeln ins Helle zu holen. Weil wir es dann schaffen, mehr Fälle aufzudecken, mehr Fallzahlen zu produzieren, sollte man nicht zu dem Schluss kommen, dass die Kriminalität unter Grün-Rot quasi gestiegen wäre. Es war mir wichtig, das klarzustellen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU:  
Das hat der Minister schon gesagt, dass er daran fehlen muss!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen und Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport zu der Mitteilung der Landesregierung vom 20. Dezember 2011 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“**

**Abschnitt 3.1 – Allgemeine Entwicklungen und Herausforderungen**

**Abschnitt 3.2 – Berufliche Schulen**

**Abschnitt 3.3 – Duale Ausbildung**

**Abschnitt 3.4 – Allgemeine und berufliche Weiterbildung**

**Drucksachen 15/1057, 15/1344**

**Berichterstatte(rin): Abg. Viktoria Schmid**

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Schmid das Wort.

**Abg. Viktoria Schmid CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung hat vollmundig erklärt, was sie alles in Angriff nehmen und besser machen will, aber gemacht wurde bisher wenig.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Genau! – Unruhe)

(Viktoria Schmid)

Was Sie machen, ist, mit ideologisch betriebenem Übereifer unser erfolgreiches Schulsystem völlig über den Haufen zu werfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Besonders erschreckend ist, dass dies ohne erkennbares Gesamtkonzept durchgezogen wird, ohne zu wissen, was mit den heute funktionierenden Schularten eigentlich passiert.

Aber mit Blick auf die Umsetzung der Handlungsempfehlungen und vor allem den zeitnahen und sukzessiven Abbau des Unterrichtsdefizits an den beruflichen Schulen machen wir uns allmählich Sorgen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die CDU-geführte Landesregierung hat dem strukturellen Defizit mit konkreten Maßnahmen entgegengewirkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Sie sagt es! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Da muss sie sogar selbst lachen! – Unruhe)

– Ganz ruhig.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Im Jahr 2000 gab es an den beruflichen Schulen noch ein strukturelles Unterrichtsdefizit von etwa 7 %. Das konnte dann trotz stetig steigender Schülerzahlen, pädagogisch bedingten Mehrbedarfs und der Umschichtung von Lehrerstellen schrittweise auf 4,1 % – Stand heute – abgebaut werden.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aha!)

Die Vorgängerregierung hat zum Anschlag 10 Millionen € in den Haushalt für das Jahr 2011 gestellt. Die ersten Maßnahmen der Enquetekommission werden damit umgesetzt. Die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung war eine Herausforderung, da es eine Verschiebung der Schülerströme weg von den Teilzeitschulen, hin zu Vollzeitschulen gab.

Eine weitere Entwicklung ist zudem ganz deutlich: Immer mehr Schülerinnen und Schüler wollen nicht direkt nach ihrem ersten Schulabschluss eine Lehre machen, sondern sie besuchen oft zunächst eine berufliche Schule, um einen möglichst hohen Schulabschluss zu erreichen.

Sie hätten heute dank der sogenannten demografischen Rendite die Möglichkeit, das strukturelle Unterrichtsdefizit weiter zu senken.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Haben wir doch!)

Im Abschlussbericht der Enquetekommission haben unsere heutigen Regierungsfractionen darüber hinaus sogar ein gemeinsames Minderheitenvotum formuliert. Sie forderten für den Bereich der beruflichen Schulen, in den nächsten drei Jahren zusätzlich 400 Stellen zu schaffen. Davon habe ich allerdings weder im Enquetebericht der Landesregierung noch im grün-roten Haushalt für 2012 etwas gelesen. Das scheint offenkundig in Vergessenheit geraten zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: So ist es!)

Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie sich dieses wichtigen Thema an.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Machen wir!)

– Sehr gut. – Meine Damen und Herren, ich will hier nicht die allgemeinbildenden gegen die beruflichen Schulen ausspielen. Aber wir waren uns immer einig, dass wir die Gleichwertigkeit dieser beiden Schularten herstellen müssen. Die Grundlage hierfür ist eine ausreichende Unterrichtsversorgung.

Durch die Möglichkeit der Umschichtung von etwa 900 Stellen, die durch die demografische Rendite frei werden, hätte man einen wichtigen Schritt in Richtung Sicherstellung der Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen machen können. Sie stellen diese Maßnahme aber unter Finanzierungs- und Planungsvorbehalt. Ich denke nicht, dass dies das richtige Zeichen für unsere hervorragenden beruflichen Schulen ist.

Meine Damen und Herren, eine weitere von der Enquetekommission beschlossene Maßnahme bereitet uns Sorgen. Eine zentrale Handlungsempfehlung war, Jugendlichen mit und Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss, die keinen direkten beruflichen Anschluss finden, durch ein dualisiertes Angebot von Berufsvorbereitungsjahr, Berufseinstiegsjahr und „Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf“ neue Einstiegs- und Qualifizierungswege aufzuzeigen.

Das gemeinsame Ziel war es, durch eine enge Verzahnung von schulischem Unterricht und betrieblichen Praktika die Chance einer Eingliederung der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt deutlich zu verbessern. Vor allem schulmüde und leistungsschwache Jugendliche sollten damit erreicht werden, und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt sollten damit deutlich verbessert werden.

Die häufig fehlende Anschlussperspektive bzw. das Angebot weiterer theoretischer Unterrichtsstunden wirkt auf die Schülerinnen und Schüler dagegen hochgradig leistungshemmend. Sie nehmen damit den jungen Menschen die Zukunftsperspektive; die Empfehlung der Enquetekommission interessiert Sie dabei offensichtlich nicht.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Unglaublich!)

Die CDU-Landtagsfraktion fordert die Regierung deshalb auf, ein tragfähiges Konzept für die Dualisierung der berufsvorbereitenden Bildungsgänge mit konkreten und verlässlichen Angaben zur Finanzierung zu entwickeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Enquetekommission hat hervorragende Arbeit geleistet, die beruflichen Schulen, die duale Berufsausbildung sowie die allgemeine und die berufliche Weiterbildung fit für die Zukunft zu machen. Jetzt gilt es, statt unausgeglichener Schulpolitik konkrete und gut durchdachte Empfehlungen umzusetzen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lehmann das Wort.

**Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Beitrag eben hat mich auf der einen Seite verwundert, auf der anderen Seite – wegen der vergangenen bildungspolitischen Debatten, die wir geführt haben – auch wiederum nicht.

(Siegfried Lehmann)

Ich möchte an die gestrige Debatte anknüpfen. Sie haben eine Große Anfrage zur Realschule eingebracht. In der Begründung steht – ich zitiere –:

*Die „mittlere Reife“ ist das „Ticket“ für einen erfolgreichen direkten Übergang in eine duale Ausbildung ...*

Sie wissen wahrscheinlich auch, wie dieser Übergang aussieht: In Baden-Württemberg wechseln ein Drittel der Realschüler direkt nach dem Erreichen der mittleren Reife in das Berufskolleg. Sie wissen auch, dass dieses Drittel in der Regel keine Anerkennung für diese Ausbildung bekommt. Wo ist da der direkte Übergang? Einen direkten Übergang gibt es nicht.

Ein weiteres Drittel wechselt auf das berufliche Gymnasium. Das ist der Weg, der zur Hochschulreife und zum Studium führt.

Hier haben wir in Baden-Württemberg aber doch ein Übergangssystem aufgebaut. Sie sollten einmal die bundesweiten Zahlen zum Übergangssystem vergleichen.

Ich hätte mir für die gestrige und auch für die heutige Debatte gewünscht – diese Debatte haben wir auch in der Enquetekommission geführt –, dass wir erkennen, dass es hinsichtlich des Übergangssystems einen großen Handlungsbedarf gibt, und zwar nicht nur deshalb, weil es nicht verantwortbar ist, diese jungen Menschen, die zum Teil sehr schulumüde sind, noch länger in der Schule zu belassen und sie nicht in eine duale Ausbildung zu bringen, sondern auch, weil das vor dem Hintergrund der allgegenwärtigen Haushaltskonsolidierung eigentlich Wahnsinn ist. Das Land Baden-Württemberg gibt 280 Millionen € im Jahr für dieses Übergangssystem aus.

Ich will Ihnen einmal ein paar Zahlen nennen, damit ein bundesweiter Vergleich möglich ist: Im Bundesdurchschnitt nehmen 47 % der Jugendlichen eine duale Ausbildung auf. In Baden-Württemberg sind es 42,5 %, also deutlich weniger. Ich frage mich, warum es hier diese Differenz gibt.

Unser Land grenzt an die Schweiz. Dort gehen 68 % der jungen Menschen in eine duale Ausbildung und haben gleichzeitig die Möglichkeit, integrativ die Fachhochschulreife zu erwerben. Wir haben also noch einen weiten Weg vor uns, den wir beschreiten müssen.

In Baden-Württemberg sind ca. 42 % der jungen Leute im Übergangssystem. Das ist eine ganze Menge. Zu den 280 Millionen € muss man dann noch hinzurechnen, was über die BA und andere Maßnahmen hinzukommt. Das ist also nicht nur ein Luxus, den wir uns leisten, sondern da besteht eine Schräglage.

Ich möchte noch einmal an die Debatte von gestern anknüpfen. Mit Blick auf das bundesweite Ranking zur Jugendarbeitslosigkeit stimmt es, dass die Zahlen in Baden-Württemberg positiv sind. Das ist auch gut so. Es ist aber nur die halbe Wahrheit. Mit dem Übergangssystem haben wir noch keine Qualifizierung, die hinterher im Arbeits- bzw. Berufsleben Bestand hat.

Die Bertelsmann Stiftung hat festgestellt, dass über 15 % der Menschen in Baden-Württemberg zwischen 25 und 34 Jahren unzureichend auf Arbeit und Beruf vorbereitet sind und des-

halb Schwierigkeiten haben. Es sind pro Kopf über 21 000 €, die in diesem Zusammenhang jedes Jahr anfallen. Deshalb hat dieses Problem auch eine erhebliche finanzielle Dimension.

Mit diesen hohen Ausgaben liegen wir nicht im Spitzenbereich – das übertüncht das Übergangssystem –, sondern wir sind dabei bundesweit im Mittelfeld. Man muss ganz klar erkennen: Die Bayern sind weiter. In Bayern gibt es ein geringer ausgeprägtes Übergangssystem. Dort ist mehr getan worden.

Mein Wunsch nach Abschluss der Enquetekommission ist, dass wir uns im Landtag darauf verständigen, dass der Rechtsanspruch auf eine berufliche Ausbildung unser bildungspolitisches Ziel der nächsten Jahre ist. Wenn wir es nicht schaffen, das Übergangssystem in diesem Bereich aufzulösen, so dass wir zur Anerkennung kommen, dass wir zu einer besseren Integration in die duale Ausbildung und zu einer Stärkung des dualen Ausbildungssystems kommen, dann hat der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ein ernstes Problem, das wir nicht allein durch Zuwanderung lösen können.

Jetzt muss ich Ihnen, Frau Schmid, noch eines sagen: Dass das strukturelle Unterrichtsdefizit nur noch 4,1 % beträgt, hat sicher auch etwas damit zu tun, dass wir im vergangenen Jahr von der Streichung der 711 Stellen, die Sie streichen wollten oder die im Haushalt bereits gestrichen waren, abgesehen haben. Das sind für den beruflichen Bereich 139 Stellen. Wir haben im Haushalt 2012 fast zwei Drittel der Stellen, die sich aus der demografischen Rendite ergeben, dringelassen. Alle, die sagen, das sei nichts, verkennen einfach die Realität und reden das schlecht und klein, was umzusetzen wir angefangen haben. Das finde ich nicht gut; das muss ich sagen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kleinböck das Wort.

**Abg. Gerhard Kleinböck SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schmid, zu Beginn darf ich Ihnen gleich einmal recht geben: Die Enquetekommission hat wirklich hervorragend gearbeitet. Die Enquetekommission hat gute Handlungsempfehlungen ausgesprochen, aber sie hat auch eine Bestandsaufnahme des beruflichen Schulwesens in Baden-Württemberg gemacht. Wenn wir da einmal genauer hinschauen, sehen wir natürlich, dass das nicht ganz so prickelnd ist.

Zum Übergangs- und Überlaufsystem will ich gar nichts sagen. Ich will vielmehr auf die Punkte eingehen, die in letzter Zeit diskutiert wurden, und dann noch die Punkte ansprechen, die mir persönlich wichtig sind und bei denen ich denke, dass wir in diesen Bereichen noch ganz viel Arbeit vor uns haben.

Eine der Handlungsempfehlungen lautete z. B., das berufliche Gymnasium auszubauen. Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie 100 zusätzliche Klassen gebildet hatten. Sie hatten das Starterjahr in der Tat auch finanziert, aber die 175 Stellen, die für das zweite und dritte Jahr gebraucht werden, waren eben nicht finanziert. Trotz dieser 100 Stellen waren ungefähr 9 000 Schülerinnen und Schüler nach wie vor nicht versorgt. Wir haben uns vorgenommen, diesen Engpass schrittweise abzubauen.

(Gerhard Kleinböck)

Sie wissen natürlich auch, dass wir im Bereich der Bildungspolitik Entscheidungen treffen, die nicht von heute auf morgen wirken, sondern Zeit brauchen. Ich denke, wenn wir über das strukturelle Defizit reden, sind diese 4,4 % – das haben wir auch in der Enquetekommission festgestellt – ein Wert, der sich über viele Jahre hinweg nicht verändert hat. Wie es zu der Veränderung im vergangenen Jahr kam, hat Kollege Lehmann gerade erläutert. Wir haben im Bereich der beruflichen Gymnasien 50 weitere Klassen eingerichtet; darüber hinaus werden an 15 Standorten sechsjährige berufliche Gymnasien neu eingerichtet.

Ich will noch kurz auf den Punkt „Individuelle Förderung und Individualisierung der Förderung der Einzelnen“ eingehen. Ich habe an verschiedenen Stellen schon einmal betont, dass wir an den beruflichen Schulen mit ehemaligen Hauptschülern, Realschülern, Fachoberschülern und Abiturienten in einer Klasse gar keine Alternative zu einer individuellen Gestaltung des Unterrichts haben. In diesem Zusammenhang habe ich auch immer wieder auf die Integrationsleistung der beruflichen Schulen hingewiesen.

Wo wir noch ein große Baustelle vor uns haben, ist in der Tat die Suche nach Lehrkräften mit Migrationshintergrund und deren Qualifizierung. Wir müssen an dieser Stelle auch die Eltern mehr in die Bildungsarbeit einbinden können.

Eine wichtige Sache, die wir auch noch angehen werden: Die bundesweite Quote von rund 20 % Auszubildenden, die die Ausbildung vorzeitig abbrechen, finden wir auch in Baden-Württemberg wieder; wir sind vielleicht marginal besser, aber das spielt keine nennenswerte Rolle. Ich denke da nicht so sehr an diejenigen, die verspätet einen Studienplatz bekommen oder in den Wunschberuf wechseln können, sondern ich denke vor allem an diejenigen, die die Ausbildung ohne Anschluss beenden. Was geschieht denn wirklich mit diesen jungen Menschen? In Deutschland haben wir 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren, die ohne Schulabschluss und ohne Berufsabschluss dastehen. Sie werden es nicht bestreiten: Auch Baden-Württemberg trägt zu dieser Zahl einen erheblichen Anteil bei.

Auch hierzu haben wir den Auftrag aus der Enquetekommission mitgenommen. Nach meinem Dafürhalten ist das gesellschaftspolitisch sicher ein Großauftrag, dessen Bewältigung wir hier noch vor uns haben. Ich denke, der aufkommende Fachkräftemangel zwingt alle Beteiligten zum Handeln. Gerade hier gilt natürlich die Aussage, dass gute Bildungspolitik die beste Sozialpolitik ist.

Ich möchte noch einen letzten Punkt ansprechen: Die Selbstständigkeit der beruflichen Schulen ist zu stärken. Wir haben mit OES und PAB die ersten Schritte gemacht, aber wir brauchen noch mehr Eigenständigkeit der beruflichen Schulen. Wir haben im Koalitionsvertrag die Teilrechtsfähigkeit formuliert, damit die beruflichen Schulen nicht nur schulscharf ausschreiben können, sondern damit sie auch das Budget verwalten, Beförderungen durchführen, Assistenten in der Verwaltung oder im Bereich der Administration einstellen können. Ich denke, dieser rechtliche Rahmen passt. Ich denke auch, dass wir hier in den nächsten Jahren noch einiges tun werden und tun müssen.

Ganz zum Schluss der Hinweis auf die Enquetekommission, die festgestellt hat, dass wir es im Bereich der beruflichen

Schulen mit einer Bugwelle im Umfang von mittlerweile über 1 600 Deputaten zu tun haben. Auch da haben wir eine Erblast, die wir allmählich abbauen müssen. Wir machen uns in diesem Jahr zunächst einmal mit den ersten 100 Stellen auf den Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einsetzung der Enquetekommission war eine politisch weitsichtige und kluge Entscheidung; denn ihr Bericht ist nicht nur ein Wissensfundus zur beruflichen Bildung, sondern er fungiert auch als wichtige regelmäßige Erinnerung an gemeinsam vereinbarte Ziele. Damit ist er ein Maßstab, an dem sich jede Landesregierung messen lassen muss.

Drei aus unserer Sicht besonders wichtige Aspekte will ich herausgreifen.

Erstens: Unsere Anfrage zeigte, dass das Unterrichtsdefizit an den beruflichen Schulen im Schuljahr 2011/2012 bei 4,1 % lag. Gleichzeitig wird auch in diesem Jahr ein nicht unerheblicher Teil der Bewerberinnen und Bewerber trotz entsprechender Voraussetzungen keinen Platz an einem beruflichen Gymnasium erhalten.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Im Bericht der Enquetekommission beziffert die Landesregierung den Bedarf an zusätzlichen Lehrerstellen für die beruflichen Schulen auf insgesamt 900 Deputate. Nun ist die Schaffung von 50 zusätzlichen Eingangsklassen an den beruflichen Gymnasien in diesem Jahr ein guter Schritt.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Danke!)

Es mutet trotzdem befremdlich an, dass sich der Minister für Finanzen und Wirtschaft für 2012 mit 3 300 rechnerisch frei werdenden Lehrstellen brüstet und dann bei den dringenden Vorhaben im Bildungsbereich nur ein Bruchteil davon tatsächlich ankommt.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Wie groß ist denn der Bruch?  
– Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

Rätselhaft ist auch, dass das Freiwerden und der Verbleib der Stellen nirgends im Haushaltsplan 2012 sichtbar werden. So beschleicht einen schon der Verdacht, dass Grün-Rot die Ressourcen für ihre Lieblingskinder wie die Gemeinschaftsschulen zurückhält,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: „Einheitsschule“!)

während der dringend notwendige Ausbau der beruflichen Gymnasien nur halbherzig unterstützt wird.

Zweitens: Im Bereich der dualen Ausbildung lautet doch die entscheidende Frage: Auf welche Weise können wir jungen Menschen den besonderen Wert einer Ausbildung noch stärker

(Dr. Timm Kern)

ker deutlich machen? Hier leisten die Ausbildungsbotschafter eine sehr gute Arbeit. Dadurch, dass sie in die Schulklassen gehen und von ihren Erfahrungen berichten, werden Berufsfelder für die Jugendlichen greifbar. Auch über weitere Perspektiven können sich die Jugendlichen informieren, z. B. darüber, wie es mit den Weiterqualifizierungsmöglichkeiten aussieht. Immerhin stehen beruflich Qualifizierten seit dem Jahr 2010 die Hochschulen offen, und es entwickelt sich ein immer breiteres Angebot an Teilzeit- und berufsbegleitenden Studiengängen.

Die Enquetekommission sah einen wichtigen Ansatz in einer verstärkten Berufsorientierung, gerade auch an den allgemeinbildenden Schulen. Hier fällt die Bilanz der neuen Landesregierung gemischt aus. Wir Liberalen freuen uns, dass Grün-Rot das Ziel der Vorgängerregierung weiterverfolgt, dass alle Schulen mindestens ein Wirtschaftsunternehmen als Kooperationspartner haben sollen. Die Erfolgsquote liegt hier inzwischen bei 90 %.

Für grundfalsch halten wir aber, dass Sie von Grün-Rot zum Zweck der Demontage der von Ihnen ungeliebten Werkrealschule die Kooperation mit den Berufsfachschulen in Klasse 10 gekippt haben. Ihr Verweis auf angebliche organisatorische Schwierigkeiten bei der Umsetzung belegt nur, dass Ihnen das Thema Berufsorientierung nicht die entsprechende Mühe wert war.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Drittens: Uns Liberale stimmen auch einige Aussagen zur dualen Ausbildung im Koalitionsvertrag besorgt. Sie wollen Zeiten in den Vollzeitschulen über eine generelle Anerkennung seitens der Kammern auf die Ausbildungszeit anrechnen lassen. Damit würden nicht mehr die Ausbildungsbetriebe über die Anrechnung entscheiden. Dies wäre ein erheblicher Eingriff in ihre Entscheidungsfreiheit. Auch wollen Sie Berufskollegs dual ausgestalten und dann hier die Kammerprüfung einführen. Beide Maßnahmen könnten dazu führen, dass die Betriebe aus ihrer Mitverantwortung für die Ausbildung herausgedrängt werden und das erfolgreiche duale System infrage gestellt wird.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Ach!)

Auf eine entsprechende Anfrage erhielten wir nun eine ausweichende Antwort. Das gibt Anlass zur Hoffnung, dass Sie von Grün-Rot Ihre Positionen und Ihr teilweise etwas verkorkstes Verhältnis zur Wirtschaft noch einmal überdenken

(Beifall des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

und das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung wertschätzen lernen, um das uns Menschen in vielen Ländern der Welt beneiden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Walter Heiler SPD: 2 %! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann oder nicht?

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Oder nicht.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der Grünen)

Bezüglich des erfreulich großen Markts der Weiterbildung ist es wichtig, für mehr Informationen und somit für mehr Transparenz zu sorgen. Für sehr bedeutend halten wir Liberalen schließlich auch die Bemühungen, weiterbildungsferne Personengruppen gezielt anzusprechen und auf Weiterbildungsmöglichkeiten aufmerksam zu machen.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Die FDP verspricht sich viel von Weiterbildungsgutscheinen, die nicht nur Anreize für mehr Weiterbildungsbeteiligung setzen, sondern auch ein faires Finanzierungsinstrument darstellen.

Zunächst einmal hoffen wir, dass die 10 Millionen € für die Umsetzung der Enqueteempfehlungen nicht eine einmalige Angelegenheit waren, sondern dass die grün-rote Landesregierung im Bewusstsein der Tragweite der Enqueteergebnisse die Finanzierung auch weiterhin sicherstellt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Landesregierung erteile ich Frau Kultusministerin Warminski-Leitheußer.

(Zuruf von den Grünen: Jetzt wird aufgeräumt!)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das berufliche Bildungssystem in Baden-Württemberg ist zweifellos ein Pfund. Ich darf das als gleichsam vor vier Jahren Zugereiste wirklich sagen.

Erstens war ich beeindruckt, als ich dieses System in seiner Ausdifferenziertheit kennengelernt habe. Die Kolleginnen und Kollegen in der Kultusministerkonferenz haben mir auch schon so manches Mal gesagt: „Da seid ihr richtig gut aufgestellt.“ Das ist überhaupt keine Frage.

Zweitens: Natürlich hat uns die Enquete eine wunderbare Analyse des beruflichen Schulsystems und auch der Weiterbildungslandschaft vorgelegt. Vor allem liegt uns ein Maßnahmenkatalog vor, der einvernehmlich verabschiedet wurde und eine sehr gute Basis für unsere künftige Arbeit darstellt.

Wir haben ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht; das ist noch unter der vorherigen Landesregierung geschehen. Es ist übrigens nicht vollständig ausfinanziert; das will ich nur am Rande erwähnen.

(Zuruf von den Grünen)

Wir haben 6,5 Millionen € in den Haushalt 2012 eingestellt, um das Maßnahmenpaket I tatsächlich weiter fortsetzen zu können. Das haben wir auch gern gemacht.

Die Antwort auf die Frage, was wir insgesamt im beruflichen Bildungssystem zu tun haben, ist ziemlich klar. Wir, die neue

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

Landesregierung, arbeiten selbstverständlich auch an diesem Thema.

Jetzt muss ich – Sie werden es mir verzeihen, Frau Abg. Schmid – schon noch einmal darauf eingehen, vor welchem Hintergrund wir die Maßnahmen diskutieren. Natürlich ist ein Maßnahmenpaket II sinnvoll. Das wird es sicherlich auch geben.

Das Ausmaß dieses Pakets entscheidet sich letztlich anhand der Ressourcen, die wir dafür freimachen können. Denn was haben wir im Bildungsbereich an Hinterlassenschaft mitzuorganisieren? Ich habe es gestern schon erwähnt: 223 Millionen € für die Qualitätsoffensive Bildung. Die müssen wir finanzieren und werden wir finanzieren. Das ist ein Riesenbatzen. Wir haben eine Bugwelle von 3 300 Deputaten, davon knapp 1 700 Deputate im beruflichen Bereich. Das sind die Überstunden, die aufgrund des strukturellen Defizits in der Unterrichtsversorgung anfallen. Wir haben ferner ein strukturelles Defizit bei der Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen und auch an den Sonderschulen. All das müssen wir unter einen Hut bringen, all das müssen wir von den 3 300 Deputaten demografische Rendite mitbeackern. Das werden wir auch tun und sorgfältig abwägen.

In einem ersten Schritt haben wir weitere Deputate eingesetzt, um das strukturelle Defizit in der Unterrichtsversorgung von 4,4 % auf immerhin 4,1 % abzubauen. Das scheint ein kleiner Schritt, aber es ist auf jeden Fall ein wichtiger Beitrag, um besser zu werden. Denn das berufliche Bildungssystem kann wirklich nur dann so leistungsfähig sein, wie wir es uns wünschen, wenn wir diese Deputate tatsächlich einrichten.

Ein ganz wichtiger Punkt, der uns allen gemeinsam Sorge bereitet, ist, dass beileibe nicht alle Realschüler, die die formalen Voraussetzungen erfüllen, um an einem beruflichen Gymnasium das Abitur zu machen, auch tatsächlich einen Platz bekommen. Deshalb sind 100 zusätzliche Klassen eingerichtet worden, die wir übrigens auch weiter finanzieren. Auch das war in der mittelfristigen Finanzplanung nicht abgebildet. Das sind immerhin 175 Deputate. Wir haben hier um weitere 50 Eingangsklassen aufgestockt. Es ist vollkommen klar, dass wir entsprechend dem Bedarf dort auch weiter nachlegen müssen. Denn wir wollen den jungen Menschen nicht Wege verbauen, sondern wollen die Wege ermöglichen.

Wir haben ferner 15 neue sechsjährige berufliche Gymnasien mit einer Öffnung für Technische, Ernährungs- und Sozialwissenschaftliche Gymnasien eingerichtet. Wir hatten bisher nur fünf sechsjährige Wirtschaftsgymnasien. Auch das ist ein wichtiger Schritt, der zu einem Rechtsanspruch auf einen Platz in einem beruflichen Gymnasium führen könnte.

Wir haben ferner – auch das ist ein wichtiger Schritt, der u. a. die beruflichen Schulen entlastet – die Krankheitsvertretung, die feste Krankheitsreserve um 200 Deputate aufgestockt. Davon entfallen auf die beruflichen Schulen insgesamt 40 Deputate. Auch das ist ein Beitrag.

Wenn Sie das jetzt alles zusammenrechnen und es den Ressourcen gegenüberstellen, die wir für die Gemeinschaftsschule im Haushaltsjahr 2012 einsetzen, dann werden Sie sehen: 60 Deputate für die Gemeinschaftsschule und auf der anderen Seite – –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: 32 Starterschulen!)

– Da kommt natürlich in den nächsten Jahren mehr dazu, aber wir reden jetzt über das Haushaltsjahr 2012.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Man muss das schon relativ sehen!)

Dann sehen Sie, dass das schon in einem ganz vernünftigen Verhältnis steht.

Ich möchte gern noch etwas zur Berufsorientierung sagen, weil dies angesprochen worden ist. Herr Dr. Kern, die berufliche Orientierung kann sich doch nicht nur darauf beschränken, dass die Werkrealschulen mit den Berufsfachschulen zusammenarbeiten. Ich hoffe, da sind wir uns einig. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es jetzt, sehr genau darauf zu achten, dass sich bei der Überarbeitung der Bildungspläne die berufliche Orientierung wie ein roter Faden durch die Ausbildungsinhalte zieht. Denn es kommt darauf an, jungen Menschen frühzeitig den Blick dafür zu eröffnen, was sie gut können und wie sie sich weiterentwickeln können.

Das sind unsere wichtigsten Punkte.

Wir haben im Bereich der beruflichen Schulen in der Tat ein großes Dilemma; ich will es ruhig so offen formulieren. Auf der einen Seite haben wir eine Bugwelle von – ich habe es gerade gesagt – 1 700 Deputaten und auf der anderen Seite ein strukturelles Defizit von 4,1 %. Das bedeutet, wir müssen abwägen. – Ich glaube, Herr Schebesta möchte nach Hause.

(Heiterkeit – Abg. Volker Schebesta CDU: Nein, noch zusätzliche Redezeit für die Redner der Fraktionen! Andersherum, Frau Ministerin!)

– Gut, denn das ist ein wichtiger Punkt, weil wir da auch gemeinsam Verantwortung tragen. Die Frage ist nämlich: Wie geht man damit um, wenn man auf der einen Seite ein strukturelles Defizit hat, das dazu führt, dass sich immer mehr Überstunden aufbauen, und auf der anderen Seite die berechtigte Forderung besteht, diese Bugwelle endlich abzubauen?

Mein Plädoyer ist nach wie vor, in allen Schularten zunächst einmal das strukturelle Defizit abzubauen. Denn das ist die Basis dafür, dass keine weiteren Bugwellen entstehen und wir gemeinsam mit den Personalvertretungen Schritte vereinbaren können, wie wir mit den Überstunden umgehen.

Im Ergebnis, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehe ich immer wieder große Einigkeit – gerade auch im Bildungsausschuss –, was das berufliche Bildungswesen angeht. Ich finde, das ist eine gute Basis, die sich vielleicht auch auf sonstige Inhalte der Bildungspolitik ausdehnen lässt.

Ich bin der Auffassung, dass wir weiter daran arbeiten müssen, allen jungen Menschen, die, nachdem sie die Realschule erfolgreich absolviert haben, den Weg weitergehen wollen, die entsprechenden Plätze zur Verfügung zu stellen, und in diesem Rahmen immer wieder nachjustieren müssen.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Frage der Frau Abg. Gurr-Hirsch?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** Ja, selbstverständlich.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Abgeordnete.

**Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch** CDU: Frau Ministerin, wir müssen, wie Sie ausgeführt haben, mit den Ressourcen sowohl im Haushalt als auch bei den einzelnen Menschen sehr sorgsam umgehen. Für mich ist z. B. die Situation der Berufskollegs immer ein Sorgenkind. Schüler in der Berufsfachschule absolvieren eine spezielle Ausbildung – nehmen wir einmal an, eine kaufmännische. Anschließend gehen sie aufs Berufskolleg und machen als Drittes eine Ausbildung zum Industriekaufmann. Jedes Mal müssen sie dieselben Fächer noch einmal absolvieren. Wäre es nicht sinnvoll, eine Reform, möchte ich sagen, dahin gehend vorzunehmen, dass man mit dem dualen Partner vereinbart, die letzte Ausbildung zum Industriekaufmann um die Inhalte zu kürzen, die in den beiden Ausbildungen davor schon umfangreich behandelt wurden?

(Beifall des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer:** So, wie Sie das gerade vorgetragen haben, würde ich Ihnen recht geben. Das hört sich nach Doppelstruktur an. Ich kann mir lebhaft vorstellen, dass gerade auch die Ausbildungspartner in der Wirtschaft großes Interesse daran haben – –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Eben nicht!)

– Die haben kein Interesse daran? Ich nehme das als Anregung von Ihrer Seite mit und will mich gern mit um dieses Thema kümmern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD  
– Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Danke schön!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

– Damit an Abgeordnete, die ihre Redezeit schon verbraucht haben, in einer weiteren Runde Redezeiten vergeben werden könnten, hätte die Ministerin in diesem Fall mindestens 14 Minuten und 30 Sekunden lang reden müssen. Die Frau Ministerin hat ihren Beitrag aber locker in neun Minuten abgegeben. Es besteht also keine Möglichkeit, zusätzliche Redezeiten zu vergeben.

(Beifall des Abg. Walter Heiler SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Heiterkeit)

– Nein, das steht so in der Geschäftsordnung. Auch ich muss mich an die Geschäftsordnung halten.

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/1057, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dieser Empfehlung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Ich mache es jetzt, was die übrigen Punkte betrifft, sehr kurz. Ich rufe die **Punkte 8 bis 25** der Tagesordnung gemeinsam auf:

#### **Punkt 8:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Januar 2012, Az.: 2 BvE 7/11 – Organstreitverfahren der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag gegen die Bundesregierung wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen – Drucksache 15/1396**

**Berichterstatter: Abg. Günther-Martin Pauli**

#### **Punkt 9:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Januar 2012, Az.: 2 BvE 2/11 – Organstreitverfahren von vier Abgeordneten des Deutschen Bundestags und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen die Bundesregierung wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen – Drucksache 15/1395**

**Berichterstatter: Abg. Wilhelm Halder**

#### **Punkt 10:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 2011 – Bericht der Landesregierung zu Beschlüssen des Landtags; hier:**

- a) **Denkschrift 2005 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003 – Beitrag Nr. 7: Elektronische Zeiterfassung bei der Landespolizei**
- b) **Denkschrift 2010 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2008 – Beitrag Nr. 6: Arbeitszeit und Zeiterfassung bei der Landespolizei**

**Drucksachen 15/1090, 15/1328**

**Berichterstatter: Abg. Manfred Hollenbach**

#### **Punkt 11:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 2. Dezember 2011 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 6. Oktober 2006 zur Struktur der Grundbuchämter und Einführung des Elektronischen Grundbuchs in Baden-Württemberg – Drucksachen 15/991, 15/1329**

**Berichterstatter: Abg. Andreas Stoch**

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

**Punkt 12:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 8. Dezember 2011 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2010 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2008 – Beitrag Nr. 10: Übertragung der Bewährungs- und Gerichtshilfe auf einen freien Träger – Drucksachen 15/1046, 15/1331

Berichterstatter: Abg. Andreas Stoch

**Punkt 13:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 2011 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2010 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2008 – Beitrag Nr. 11: Personaleinsatz in den öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten – Drucksachen 15/1079, 15/1332

Berichterstatter: Abg. Andreas Stoch

**Punkt 14:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. Dezember 2011 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 17: Personalunterkünfte der Zentren für Psychiatrie – Drucksachen 15/1009, 15/1333

Berichterstatter: Abg. Hans-Peter Storz

**Punkt 15:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 22. Dezember 2011 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2010 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2008 – Beitrag Nr. 14: Förderung von Demonstrationsvorhaben im Energiesektor – Drucksachen 15/1089, 15/1334

Berichterstatter: Abg. Winfried Mack

**Punkt 16:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu

- a) der Mitteilung der Landesregierung vom 16. November 2010 – Bericht der Landesregierung zu Beschlüssen des Landtags; hier: Denkschriften und Beratende Äußerung des Rechnungshofs – Sachstand des Projekts KONSENS und der Arbeitsqualität bei den Veranlagungsstellen
- b) der Mitteilung der Landesregierung vom 9. Dezember 2011 – Bericht der Landesregierung zu Beschlüssen des Landtags; hier: Denkschriften und Beratende Äußerung des Rechnungshofs – Sachstand des Projekts

**KONSENS und der Arbeitsqualität bei den Veranlagungsstellen**

Drucksachen 14/7186, 15/1047, 15/1335

Berichterstatter: Abg. Karl Klein

**Punkt 17:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 8. Dezember 2011 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2010 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2008 – Beitrag Nr. 19: Organisation und Arbeitsweise der Betriebsprüfungsstellen – Drucksachen 15/1045, 15/1336

Berichterstatter: Abg. Karl Klein

**Punkt 18:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. Dezember 2011 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Landesbeteiligungen an Unternehmen und Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien – Drucksachen 15/990, 15/1338

Berichterstatter: Abg. Karl Klein

**Punkt 19:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. Dezember 2011 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Pläne der Landesregierung zum Atomausstieg und zur Energiewende – Drucksachen 15/1043, 15/1361

Berichterstatter: Abg. Paul Nemeth

**Punkt 20:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 17. Februar 2012 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Prioritäre Stoffe im Bereich der Wasserpolitik – Drucksachen 15/1206, 15/1362

Berichterstatter: Abg. Wolfgang Raufelder

**Punkt 21:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu

- a) der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 2. Januar 2012 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Vorschlagspaket zum Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“
- b) der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 14. Januar 2012 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Strategische Innovationsagenda des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT)

Drucksachen 15/1100, 15/1137, 15/1390

Berichterstatter: Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

**Punkt 22:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 2011 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2012 – Drucksachen 15/1160, 15/1389**

**Berichterstatter: Abg. Karl Rombach**

**Punkt 23:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. Februar 2012 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Abschluss der Bund-Länder-Vereinbarung zum Stabilisierungsmechanismengesetz (StabMechG) – Drucksachen 15/1211, 15/1381**

**Berichterstatterin: Abg. Beate Böhlen**

**Punkt 24:**

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 15/1264, 15/1265, 15/1266, 15/1267, 15/1268, 15/1269, 15/1270, 15/1271, 15/1272, 15/1273, 15/1274, 15/1275**

**Punkt 25:**

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – 15/1300, 15/1301**

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 28. März 2012, um 9:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 15:49 Uhr**